



Landtag von Baden-Württemberg

127. Sitzung

15. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 29. April 2015 • Kunstgebäude

Beginn: 9:00 Uhr

Schluss: 13:08 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten	7625	Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD	7649, 7656
1. Aktuelle Debatte – EU-Flüchtlingsgipfel: Die Europäische Union braucht eine humane und faire Flüchtlingspolitik! – beantragt von der Fraktion GRÜNE	7625	Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP	7651
Abg. Manfred Lucha GRÜNE	7625, 7632	Minister Dr. Nils Schmid	7653
Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU	7626, 7632	Beschluss	7657
Abg. Rita Haller-Haid SPD	7628, 7634	4. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Hochschulfinanzierungsvertrags-Begleitgesetz (HoFV-Begleitgesetz) – Drucksache 15/6653	
Abg. Andreas Glück FDP/DVP	7628, 7634	Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wissenschaft, Forschung und Kunst – Drucksache 15/6754	7661
Minister Peter Friedrich	7630, 7634	Beschluss	7661
2. Aktuelle Debatte – Feldversuch Lang-Lkws: Wie glaubhaft ist der Sinneswandel des Verkehrsministers? – beantragt von der Fraktion der FDP/DVP	7635	5. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zu dem Staatsvertrag zur Änderung des Staatsvertrags über den Südwestrundfunk – Drucksache 15/6779	7661
Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP	7635, 7643	Minister Peter Friedrich	7661
Abg. Marcel Schwehr CDU	7637, 7643	Abg. Günther-Martin Pauli CDU	7663
Abg. Andreas Schwarz GRÜNE	7638, 7644	Abg. Alexander Salomon GRÜNE	7664
Abg. Hans-Martin Haller SPD	7639, 7644	Abg. Sascha Binder SPD	7664
Minister Winfried Hermann	7640	Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP	7665
3. Zweite und Dritte Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2015/16 – Drucksache 15/6688		Beschluss	7666
Beschlussempfehlungen und Berichte des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft – Drucksachen 15/6776, 15/6777	7645	6. a) Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der CDU, der Fraktion GRÜNE, der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP – Gesetz zur Stärkung der parlamentarischen Kontrolle des Verfassungsschutzes – Drucksache 15/6746	
Abg. Winfried Mack CDU	7645, 7656		
Abg. Muhterem Aras GRÜNE	7647		

b) Große Anfrage der Fraktion der SPD und Antwort der Landesregierung – Parlamentarische Kontrolle des Verfassungsschutzes in Baden-Württemberg – Drucksache 15/4660.	7666	Abg. Sascha Binder SPD	7667
Abg. Volker Schebesta CDU	7666	Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP.	7668
Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE.	7667	Minister Reinhold Gall.	7669
		Beschluss	7670
		Nächste Sitzung	7670

Protokoll

über die 127. Sitzung vom 29. April 2015

Beginn: 9:00 Uhr

Präsident Wilfried Klenk: Guten Morgen, meine Damen und Herren! Ich eröffne die 127. Sitzung des 15. Landtags von Baden-Württemberg.

Urlaub für heute habe ich Herrn Abg. Gerhard Stratthaus erteilt.

Krankgemeldet sind Frau Abg. Anneke Graner und Herr Abg. Peter Schneider.

Aus dienstlichen Gründen entschuldigt ist ganztägig Frau Ministerin Silke Krebs.

Eine Zusammenstellung der **E i n g ä n g e** liegt Ihnen vor. Sie nehmen davon Kenntnis und stimmen den Überweisungsvorschlägen zu.

*

Im Eingang befinden sich:

1. Schreiben des Rechnungshofs vom 24. April 2015 – Gemeinsame Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung des Südwestrundfunks (SWR) 2011 durch die Rechnungshöfe der am Staatsvertrag über den SWR beteiligten Länder Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz

– Prüfungsmittelteil Teil 1: Allgemeiner Teil mit dem Schwerpunkt SWR in der Fläche (öffentlich)

– Prüfungsmittelteil Teil 2: Kosten der Sportsendungen einschließlich Sportrechteerwerb (vertraulich)

– Prüfungsmittelteil Teil 3: Fußball-Weltmeisterschaft 2010 (vertraulich)

hier: Unterrichtung über die Prüfungsergebnisse nach § 35 Absatz 3 SWR-Staatsvertrag – Drucksache 15/6760

Überweisung an den Ständigen Ausschuss

2. Mitteilung der Landesregierung vom 21. April 2015 – Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Entwurf des Siebzehnten Staatsvertrags zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Siebzehnter Rundfunkänderungsstaatsvertrag) – Drucksache 15/6778

Überweisung an den Ständigen Ausschuss

*

Meine Damen und Herren, unter Punkt 3 unserer Tagesordnung ist die Zweite und Dritte Beratung eines Gesetzentwurfs über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushalts-

plan von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2015/16 vorgesehen. Sie sind gemäß § 50 Satz 2 unserer Geschäftsordnung mit dieser Fristverkürzung zwischen Zweiter und Dritter Beratung des Gesetzentwurfs einverstanden. – Es erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist es so beschlossen.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – EU-Flüchtlingsgipfel: Die Europäische Union braucht eine humane und faire Flüchtlingspolitik! – beantragt von der Fraktion GRÜNE

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aktuelle Debatte eine Gesamtredezeit von 40 Minuten festgelegt. Darauf wird die Redezeit der Regierung nicht angerechnet. Für die einleitenden Erklärungen der Fraktionen und für die Rednerinnen und Redner in der zweiten Runde gilt jeweils eine Redezeit von fünf Minuten. Ich darf die Mitglieder der Landesregierung bitten, sich ebenfalls an den vorgegebenen Redezeitrahmen zu halten.

Das Wort für die Fraktion GRÜNE erhält Kollege Lucha.

Abg. Manfred Lucha GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Menschen fliehen nicht ohne Grund. Das ist heute nicht anders, als es etwa unter der Herrschaft des Nationalsozialismus war. Weltweit sind derzeit ca. 57 Millionen Menschen auf der Flucht vor Krieg, vor Gewalt, vor Hunger, vor Armut.

Auf der Suche nach Perspektiven und in der Hoffnung auf ein lebenswürdiges Leben haben auch viele berechtigterweise Europa als Ziel – ein Kontinent, der sozial stabil ist und der Prosperität verspricht.

Flüchtlinge sind Menschen, die in der EU um Asyl ersuchen. Nun sitzen wir fassungslos bald jede Woche vor dem Fernseher und sehen diese tragischen, dramatischen Bilder aus dem Mittelmeer. Seit Jahren sind wir Zuschauer eines menschenunwürdigen und abscheulichen Dramas, bei dem leider auch die EU bisweilen verantwortungslos Regie führt. Sie hat hier – man muss es deutlich sagen, so tragisch es auch ist – versagt. Die EU-Flüchtlingspolitik hat in diesem Punkt versagt.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Wir Europäerinnen und Europäer – ich glaube, Baden-Württemberg ist eines der „europäischsten“ der europäischen Kernländer, von der Lage, von der Identität und übrigens auch von der eigenen Geschichte her; Baden-Württemberger, Altwürt-

(Manfred Lucha)

temberger sind als Hungerflüchtlinge nach Amerika geflohen; es gibt die berühmten Donauschwaben, dankenswerterweise inzwischen auch die Donaunraumstrategie – sind Zeuge dieser Katastrophe.

Allein in den ersten vier Monaten dieses Jahres sind bereits 30-mal mehr Flüchtlinge im Mittelmeer ertrunken als im Vorjahreszeitraum. Der Tod von 1 750 Flüchtlingen ist bestätigt, die Dunkelziffer ist vermutlich noch höher. Allein bei der bisher schlimmsten Tragödie vor der libyschen Küste letzte Woche haben nach UN-Angaben ca. 800 Menschen ihr Leben verloren – viele Kinder, junge Menschen auf der Suche nach Glück.

Die EU-Bürgerinnen und -Bürger, auch die Bürgerinnen und Bürger hier in unserem Land, in Tübingen, in den Kirchengemeinden, auch in den Helferkreisen für Flüchtlinge, sind schockiert, haben Gottesdienste abgehalten und Mahnwachen. Überall ist eine tiefe Betroffenheit. Wir dürfen nicht weiter zusehen, wie das Mittelmeer zu einem Massengrab wird.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Es ist unsere humanitäre Verpflichtung, dass nicht nur die Mittelmeerländer, sondern die Europäische Union als Ganzes, als eine Werteunion, Flüchtlingen, die auf dem Fluchtweg in die EU in Not geraten, hilft anstatt wegzuschauen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Unsere Maxime heißt: Leben retten, Perspektiven bieten, und nicht abschotten.

Die EU sieht sich angesichts ihres eigenen Versagens zum Handeln gezwungen. Auf dem kurzfristig anberaumten Sondergipfel am 23. April hatten die EU-Regierungschefs auf Grundlage des Zehnpunkteprogramms der EU-Kommission folgende Beschlüsse gefasst: stärkere Seenotrettung, Maßnahmen zur Bekämpfung der Schleuserkriminalität und verstärkte Zusammenarbeit mit Drittstaaten.

Dies klingt gut. Aber reicht dies denn aus? Reicht das Frontex-Mandat aus? Wir teilen die Kritik von amnesty international: Mit dieser Operation wahrt die EU das Gesicht, rettet aber kein Menschenleben. Eine Ausweitung des Einsatzgebiets für diese Mission bringt in der Praxis keine Fortschritte. Viele Flüchtlingsschiffe, die von der libyschen Küste aus starten, geraten bereits in unmittelbarer Nähe der Küste in Seenot. Das Einsatzgebiet der aktuellen Mission erreichen sie gar nicht.

Also: Die Beschlüsse der Staats- und Regierungschefs sind angesichts dieser dramatischen Lage völlig unzureichend. Auch die vielen Fragen der innereuropäischen Solidarität sind weiterhin nicht gelöst und sind strittig. Wir brauchen eine feste Quotenregelung zur Aufnahme von Flüchtlingen. Die müssen speziell wir, Deutschland als das führende Land in Europa, einführen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Die bisherigen freiwilligen Vereinbarungen werden nicht greifen. Es müssen vertraglich verbindliche Bestimmungen kommen.

Meine Damen und Herren, wir müssen uns darauf verständigen, dass wir ein neues „Mare Nostrum“, ein europäisches

Seenotrettungsprogramm für die Flüchtlinge benötigen, das wir gemeinsam finanzieren, das tatsächlich die wirklich in Not Geratenen aufnimmt.

Die letzte politische Forderung: Wir müssen ein europäisches Resettlement-Programm starten. Wir wissen heute, dass von den 340 000 Afrikanerinnen und Afrikanern 80 % aufgrund ihrer individuellen Situation einen Rechtsanspruch auf Asyl bei uns hätten. Darüber hinaus sind sie alle durch die Bank gut ausgebildet und motiviert – Menschen, die in unserem Europa gebraucht werden. Wir müssen diesen Menschen einen festen Bleibeplatz bieten, und wir müssen diesen Menschen einen Zugang nach Europa bieten, der nicht lebensbedrohlich über das Mittelmeer geht, sondern ein sicherer Landweg ist. Das ist unsere politische Aufgabe.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Präsident Wilfried Klenk: Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Professor Dr. Reinhart.

Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! In der Tat, der Titel der Aktuellen Debatte kann auch als Frage formuliert werden: „Braucht Europa eine humane und faire Flüchtlingspolitik?“ Diese Frage kann man natürlich mit Ja beantworten. Der Zeitpunkt ist auch richtig gewählt, denn gerade in diesen Tagen tagen die europäischen Gipfel, gestern auch die EVP-Fraktion in Brüssel, am Wochenende tagte der Koalitionsausschuss in Berlin. Insoweit befassen wir uns alle zum richtigen Zeitpunkt mit diesem Thema.

Wir alle haben die Bilder aus dem Mittelmeer vor Augen, bei denen sicher jeder, der eine Seele hat, der Trauer und Schmerz empfinden kann, Mitgefühl hat. Wenn wir diese Bilder des Massengrabs im Mittelmeer sehen, berührt uns das, und es geht auch bis an die Wurzel der Seele.

Allerdings glaube ich, dass wir es uns nicht so einfach machen können wie der Vorredner, nämlich nur auf die EU zu schimpfen. Europa selbst ist sicherlich nicht die alleinige Hauptursache. Im Gegenteil: Wir müssen über die Fluchtursachen nachdenken – die nicht in Europa liegen –, und wir blicken sicherlich sorgenvoll in die Zukunft, wenn wir diese Entwicklungen der zunehmenden Flüchtlingsströme sehen. Natürlich gehört an dieser Stelle unser Mitgefühl den Opfern und ihren Familien. Aber es ist auch richtig, wie der Vorredner sagte: Menschen waren in der Geschichte schon immer auf der Flucht, und sie haben selten ihre Heimat freiwillig verlassen.

„Das Parlament“ titelte diese Woche sinngemäß: „Europa einig in der Uneinigkeit“. Deshalb will ich vorab sagen: Wann, wenn nicht jetzt, muss sich Europa mit der Frage der Migration vertieft befassen?

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen, der SPD und der FDP/DVP)

Aber hierzu gehört, dass sich in Europa nicht 20 Staaten wegducken dürfen, sondern dass wir gerade in Europa zunächst einmal bei der Frage der Migration eine faire Lastenverteilung brauchen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

(Dr. Wolfgang Reinhart)

Das ist eine der Forderungen, die, denke ich, auf Einigkeit stoßen. Wir brauchen damit auch eine abgestimmte Politik zwischen der EU, den Mitgliedsstaaten und den Regionen, also eine neue Gesamtstrategie.

In der Tat sind über 50 Millionen Menschen auf der Flucht – eine Zahl, die erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg wieder erreicht wird. Nach Angaben der EU-Grenzschutzagentur Frontex hat sich allein vom letzten Jahr bis zu diesem Jahr bei der zentralen Mittelmeerroute die Zahl der Flüchtlinge auf über 170 000 Menschen – im letzten Jahr waren es 40 000 – vervierfacht, und diese Entwicklung setzt sich aktuell fort. Seit Beginn der Operation „Triton“ wurden über 25 000 Menschenleben gerettet.

Deshalb glaube ich, es hilft nichts, wenn wir nur pauschale Vorwürfe an die EU richten. Wir sind der Meinung, dass dieses Thema auch für parteipolitische Spiele ungeeignet ist, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP sowie des Abg. Josef Frey GRÜNE)

Angesichts dieser Zunahme brauchen wir – das hat auch in der letzten Woche im Bundestag Außenminister Steinmeier betont, ebenso Innenminister de Maizière beim „Rettungsgipfel“ und am Wochenende auch die Große Koalition – natürlich eine Verbesserung der Seenotrettung, aber auch eine bessere Überwachung der Seegrenzen. Die jetzt beschlossene, vom Europäischen Rat vorgenommene Verdreifachung der Mittel für diese Missionen begrüßen wir. Ich glaube eher, dass diese Mittel sogar zu gering sind.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Warum hat man die Seenotrettung dann eingestellt?)

– Sie kennen auch die Doppelproblematik der Seenotrettung. Das Problem sind doch auch die kriminellen Machenschaften der Schleuser. Den Schleusern muss das Handwerk gelegt werden, Herr Kollege.

(Beifall bei der CDU – Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Warum hat man die Seenotrettung eingestellt?)

Denn das Problem ist doch: Wenn Programme kommen und die Flüchtlinge auf Schiffen nur für ein paar Kilometer unterwegs sind in der Gewissheit, dass sie jetzt gerettet werden, hat das im Grunde genommen die Schleuserbanden sogar ermutigt und ihre Zahl erhöht. Auch dagegen müssen wir vorgehen. Wir müssen die Probleme an der Wurzel angehen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Warum hat man die Seenotrettung eingestellt? Sagen Sie doch mal etwas dazu! – Zuruf der Abg. Beate Böhlen GRÜNE)

– Die ist ja nicht eingestellt worden. Herr Kollege, informieren Sie sich erst einmal richtig, bevor Sie solche Zwischenrufe machen.

Was Italien betrifft, ist es natürlich so: Wir haben ein EU-Asylrecht, zu dem gestern die EVP-Fraktion in Brüssel zu Recht gesagt hat, wir müssen auch dort Änderungen vornehmen. Nach dem jetzigen Dublin-Abkommen dürfte ein Asyl-

bewerber nach Deutschland normalerweise nur über den Luftweg kommen. Wir wissen, dass das nicht funktioniert. Insofern hat diese Rechtslage versagt. Da sind wir uns völlig einig.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Deshalb ist es richtig, wenn gesagt wird, dass wir im Grunde genommen eine bessere, eine saubere Quotenregelung brauchen und dass wir natürlich auch darüber nachdenken müssen: Wie machen wir aus einer ungesteuerten Zuwanderung eine kluge Einwanderung? Die Frage der Legalität muss natürlich gestellt werden.

Diese Woche hat der Chef des Instituts der deutschen Wirtschaft zu Recht diese Frage auch im „Handelsblatt“ gestellt. Heute haben Sie die Überschrift: „Deutschland schrumpft“. Unsere Bevölkerungszahl wird zurückgehen auf 67 Millionen, wenn nicht 500 000 Zuwanderer im Jahr kommen. Deshalb müssen wir uns die Frage stellen: Welche kluge Einwanderungspolitik betreiben wir, um diesen zukünftigen Herausforderungen gerecht zu werden? Auch der Sachverständigenrat für Migration hat diese Frage heute in den Medien gestellt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen)

Aber ich will schon sagen: Wir dürfen nicht zulassen, dass Kriminelle mit der Not anderer Menschen Geschäfte machen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen, der SPD und der FDP/DVP)

Deshalb ist es richtig, dass man darüber nachdenkt, Migrationsberatungszentren auch vor Ort in Afrika zu schaffen. Gestern waren die Bischöfe bei uns in der Fraktion. Ich habe auch dort gesagt: Ich glaube, wir müssen schon darüber nachdenken, nicht nur den Fisch – in Europa – zu geben, sondern auch die Angel – vor Ort in Afrika. Das heißt Hilfe zur Selbsthilfe.

(Beifall bei der CDU)

Auch Hilfe vor Ort muss im Grunde genommen eine Diskussionsgrundlage für unsere Debatten sein. Bei einer neuen Quotenregelung in der EU gehören natürlich Größe, Einwohnerzahl, ökonomische Situation für eine gerechte Verteilung bei den zukünftigen Regeln, aber auch die Einhaltung des Europarechts dazu.

Ich möchte an dieser Stelle aber auch all den Bürgerinnen und Bürgern danken, die momentan in unserem Land mit großer Hilfsbereitschaft den Flüchtlingen helfen, die sie begleiten, die sie fördern und die ihnen damit helfen, sich zu integrieren. Auch das ist eine große Leistung unserer Landsleute in Baden-Württemberg.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen, der SPD und der FDP/DVP)

Es ist auch sehr wichtig, dass wir jungen, gut ausgebildeten Leuten in Zukunft eine Perspektive geben. Aber dazu mehr in der zweiten Runde.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Manfred Lucha GRÜNE)

Präsident Wilfried Klenk: Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Frau Kollegin Haller-Haid.

Abg. Rita Haller-Haid SPD: Herr Präsident, liebe Kollegen und Kolleginnen! Es musste sehr viel passieren – viele Unfälle, viele Tote, das Drama von Lampedusa und jetzt die ganz große Katastrophe –, bevor Europa bereit war, das Thema Flüchtlingspolitik ins Visier zu nehmen und zu überdenken. Vorher wurde in Europa nur über Abschottungspolitik und darüber, wie diese zu organisieren ist, diskutiert. Daher teile ich die Meinung des Vorredners: Europa hat in dieser Hinsicht absolut versagt.

Natürlich gab es nach jedem Unfall Betroffenheitsbekundungen, aber es gab gleichzeitig die Diskussion, dass eine Ausweitung der Seenotrettung nur neue Anreize für Schlepper schaffe. Das haben wir gerade auch vom Kollegen gehört. Ich denke, so können wir nicht mit diesem Thema umgehen, indem wir immer nur überlegen, was auf der einen Seite passiert, und die andere Seite, die Seite der Flüchtlinge, nicht betrachten.

„Mare Nostrum“ hat nach Schätzungen immerhin 150 000 Menschen das Leben gerettet. Es wurde im Oktober letzten Jahres eingestellt, weil Europa nicht bereit war, das Programm, das bisher von Italien finanziert worden ist, weiter zu finanzieren. Seit dieser Einstellung sind wieder Tausende von Menschen ertrunken, die noch leben könnten, wenn es statt „Triton“, des Programms zum Schutz der EU-Außengrenzen – das reicht nur über 30 Seemeilen –, ein echtes Seenotrettungsprogramm gegeben hätte.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Weil das so ist, gibt es in unserer Bevölkerung eine ganz große Empörung, eine Wut. Die Menschen bei uns trauern um die vielen Flüchtlinge, die uns Leben gekommen sind. Sie zeigen mehr Empathie als viele Politikerinnen und Politiker in Brüssel, die bloß überlegen, wie man eine Abschottungspolitik organisieren kann.

Sie haben am Wochenende zuhauf demonstriert unter dem Motto „Europas Grenzen töten“. Sie sind bereit, den Flüchtlingen zu helfen. Ich finde, wir können auf diese Menschen in Baden-Württemberg stolz sein, die so viel Empathie für die Flüchtlinge aufbringen. Ich möchte mich auch ausdrücklich bei diesen Menschen bedanken.

(Beifall bei der SPD und den Grünen sowie Abgeordneten der CDU)

Unter dem Druck der Ereignisse hat nun ein Sondergipfel stattgefunden, und man muss sich einmal anschauen, was dabei herausgekommen ist: Die Verdreifachung der Mittel für die Seenotrettung klingt richtig gut, aber – da muss ich „aber“ sagen – diese Maßnahme ist eben nicht so weitreichend wie „Mare Nostrum“, weil sie sich auf diese 30-Meilen-Zone beschränkt und nicht da wirkt, wo die Hilfe am dringendsten gebraucht wird: an der Küste Libyens, von wo aus sich im Moment die meisten Flüchtlinge auf den Weg über das Mittelmeer machen.

Stattdessen sagt man jetzt: Man muss die Schleuserkriminalität bekämpfen – richtig –, Schleuserschiffe versenken. Aber Sie wissen alle, dass das ein sehr, sehr fragwürdiges Unter-

fangen ist. Hierzu bedarf es wahrscheinlich eines UN-Mandats. Nicht ohne Grund kommt auch die Kritik aus dem Vatikan, dass das Ganze mit dem Völkerrecht unvereinbar sei.

Die Menschen werden trotzdem kommen, wenn man nicht dafür sorgt, dass es auch legale Zuwanderungsmöglichkeiten gibt.

Am Wochenende wurden in einer Zeitung Beispiele von den wenigen Menschen gebracht, die das Unglück überlebt haben. Ich will einmal ein kurzes Beispiel zitieren.

Irfan aus Pakistan: Es war zu gefährlich in Pakistan. Wir haben große Probleme – mit al Qaida und anderen Terroristen. Es gibt Anschläge, und wenn sie dich ins Visier genommen haben, bist du nicht mehr sicher. Sie haben schon meine beiden Brüder getötet. Ich musste weg. Das einzige Visum, das ich bekommen habe, war ein libysches. Das war 2013. Aber in Libyen war es schlimmer als bei uns in Pakistan. Dort herrschte auch kein Frieden. Also habe ich beschlossen, nach Italien zu gehen.

Und so weiter.

Hätte diese Person es jetzt nicht geschafft, sie würde sich immer wieder – weil ihr gar keine andere Möglichkeit bleibt – auf den Weg nach Europa machen.

In dieser Situation befinden sich viele Menschen, die im Moment in Libyen, in Nordafrika irgendwo warten. Europa ist der Rettungsanker. Deshalb ist es nötig, legale Zuwanderungsmöglichkeiten zu schaffen.

Natürlich müssen wir auch die Fluchtursachen bekämpfen. Das Thema Afrika ist angesprochen worden. Natürlich müssen wir uns um Afrika kümmern. Wir brauchen eine bessere Koordinierung zwischen den Ländern, und wir brauchen natürlich auch eine gerechtere Verteilung der Flüchtlinge.

Das sind Themen für die nächsten Gipfel. Aber diese Fragen werden sich nicht von heute auf morgen lösen lassen. Deshalb, meine Damen und Herren, gibt es keine Alternative zu „Mare Nostrum“. Das ist auch das, was wir wieder einfordern, wofür wir uns einsetzen: eine Seenotrettung, die sich eben nicht nur auf die europäischen Küsten beschränkt, sondern im gesamten Mittelmeer tätig ist. Die Alternative zu „Mare Nostrum“ heißt erneutes Sterben – Massengrab Mittelmeer.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Präsident Wilfried Klenk: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich dem Kollegen Glück das Wort.

Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Es ist nicht das Europa, das ich will, vor dessen Toren Flüchtlinge im Mittelmeer ertrinken. Das ist nicht das Europa, das ich will, wo ertrunkene Frauen, Kinder und Männer als Abschreckung dienen sollen für andere, eine gefährliche Überfahrt anzutreten.

Ich bin zutiefst berührt, aber auch beschämt und frustriert; berührt von den Menschen, die auf der Suche nach einem besseren Leben dieses verlieren, und beschämt, dass wir, dass Europa keine adäquate Antwort auf diese Fragen hat. Wir be-

(Andreas Glück)

kommen es nicht einmal hin, dass wir einen gemeinsamen Verteilungsschlüssel für Flüchtlinge in Europa etablieren. Wir schaffen es nicht einmal, dass wir in Europa einen Schritt vorwärts gehen und dann den nächsten Schritt vorwärts gehen, sondern wir gehen einen Schritt vorwärts und gehen dann wieder zwei Schritte zurück.

Ein Beispiel hat die Kollegin Haller-Haid gerade angesprochen: „Mare Nostrum“, das Seenotrettungsprogramm von Italien, wurde von der EU nicht übernommen, sondern ersetzt durch „Triton“, und dies wurde finanziell mit deutlich schlechteren Ressourcen ausgestattet. Nun wird nicht mehr vor der libyschen Grenze patrouilliert – worauf es ankommen würde –, sondern in europäischen Gewässern.

Beim EU-Flüchtlingsgipfel, den wir hatten, gab es viele, viele Worte. Es gab in der Tat auch – zumindest in diesem Bereich – eine kleine Verbesserung, nämlich, dass „Triton“ mit mehr Geld ausgestattet wird. Aber die Schiffe und die Flugzeuge patrouillieren halt immer noch nicht dort, wo sie patrouillieren müssten, nämlich vor Libyen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bin frustriert, weil auch ich kein Patentrezept liefern kann, wie wir, der Landtag von Baden-Württemberg, als Gesetzgeber hier in Baden-Württemberg direkt Einfluss darauf nehmen können.

Oder können wir vielleicht doch Einfluss darauf nehmen? Unser Landesvorsitzender Michael Theurer hat im Nachgang zu dem letzten Schiffunglück gesagt: „Wir müssen versuchen, die Lebensbedingungen vor Ort zu verbessern.“ Das ist alles richtig – das kann ich nur unterstreichen –, aber dazu kann das Land Baden-Württemberg nur „umschrieben“ etwas leisten.

Weiter: „Wir brauchen einen wirksamen Schutz an der EU-Außengrenze, der auf der einen Seite Schlepper bekämpft und auf der anderen Seite Schiffbrüchige rettet.“ Auch das ist bestimmt richtig. Aber dazu kann das Land Baden-Württemberg nicht arg viel beitragen.

Und: „Wir brauchen einen gerechten Verteilungsschlüssel für die Flüchtlinge in der EU.“ Auch dazu können wir als Landesparlament vielleicht nicht allzu viel beitragen. Wir können aber z. B. auf eine gerechte Kostenerstattung für unsere Kommunen achten. Das können wir machen.

Der letzte und vielleicht wichtigste Punkt: Wir brauchen aus unserer Sicht ganz klar ein Einwanderungsgesetz. Bei diesem Punkt ist auch Baden-Württemberg als Land gefragt.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Grundsätzlich ist es doch so: Das Asylrecht ist wichtig und richtig für die Menschen, die in ihren Heimatländern systematischer Verfolgung ausgesetzt sind. Aber es gibt eben auch andere Menschen, Menschen, die aus wirtschaftlichen Gründen hierher nach Europa kommen wollen und ein besseres Leben suchen. Ich habe selbst zwei Kinder, und – glauben Sie mir – ich würde auch versuchen, für meine Kinder das bestmögliche Umfeld herauszuholen.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Wilfried Klenk: Kollege Glück, gestatten Sie – –

Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Ich lasse die Frage gern am Schluss zu.

Präsident Wilfried Klenk: Jawohl.

Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Aber das Asylrecht ist an dieser Stelle überfordert. Das Asylrecht ist für die Menschen da, die Asyl suchen, nicht für diejenigen, die einwandern wollen. Deswegen brauchen wir eine andere Art der legalen Einwanderung nach Deutschland. Wir brauchen ein Punktesystem. Dazu haben wir einen Fraktionsantrag eingereicht, Drucksache 15/6619. Darin ersuchen wir die Landesregierung, über eine Bundratsinitiative ein Zuwanderungsgesetz zu etablieren.

Ich mache jetzt hier keine Parteipolitik. Ich tue das nicht. Frau Haller-Haid, Sie haben mir dazu einige Steilvorlagen gegeben. U. a. hätte ich Sie fragen können: Wer stellt denn den Außenminister in der Bundesrepublik Deutschland?

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Aber ich verzichte auf diese Frage. Die einzige kritische Anmerkung, die ich machen möchte, ist: Unser Antrag, in dem wir mehr als eine Seite lang konkrete Vorschläge machen, wie ein Einwanderungsgesetz aussehen könnte – mit einem Punktesystem, mit Fördermaßnahmen zum Spracherwerb, mit Regelungen für den Übergang von einem Asylrecht zu einem Einwanderungsrecht, sodass auch ein Quereinstieg möglich ist; es ist mehr als eine DIN-A4-Seite voller konkreter Vorschläge –, wurde beantwortet auf einer halben Seite mit dem Verweis darauf, Rheinland-Pfalz habe schon eine Initiative eingebracht; diese wolle man unterstützen, was aber leider kompliziert sei, weshalb das Ganze in den vier Ausschüssen bisher vertagt worden sei.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Warum haben Sie es nicht zu Ihrer Regierungszeit in Berlin gemacht?)

Meine sehr geehrten Damen und Herren – –

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

– Jetzt brauchen wir doch einmal gar nicht zu brüllen, Herr Lede Abal. Bei diesem Thema könnte man doch wirklich einmal die Klappe halten und gemeinsam an einem Strang ziehen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Deswegen möchte ich an dieser Stelle noch einmal die Landesregierung auffordern: Arbeiten Sie im Bundesrat darauf hin, dass schnellstmöglich ein Einwanderungsgesetz auf der Basis eines Punktesystems zustande kommt. Wir müssen bei aller Betroffenheit sagen: Es gibt vielleicht nicht arg viel, was Baden-Württemberg tun kann. Aber durch eine gerechte Kostenerstattung an unsere Kommunen könnten wir etwas machen. Außerdem müssen wir Druck machen, dass wir ein Einwanderungsgesetz bekommen; legale Einreise muss sich bezahlt machen.

Jetzt lasse ich die Frage zu.

(Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Hat sich erledigt!)

Präsident Wilfried Klenk: Gut, hat sich erledigt.

Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE – Gegenruf des Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Immer diese Hineinschreierei! – Gegenruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Entschuldigung, das ist hier keine Kirche!)

Präsident Wilfried Klenk: Dann darf ich für die Landesregierung das Wort Herrn Minister Friedrich erteilen.

Minister für Bundesrat, Europa und internationale Angelegenheiten Peter Friedrich: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten, liebe Gäste! Ich möchte mich bedanken für die, wie ich finde, sehr sachliche und auch über alle Parteigrenzen hinweg sehr verbindende Debatte. Denn das, was wir an den Außengrenzen der EU, insbesondere an den Seegrenzen im Mittelmeer, erleben, beschämt uns und muss uns beschämen. Wenn wir sehen, dass Menschen, die nach einem besseren Leben suchen, vor Gewalt, vor der Vernichtung ihrer Existenzgrundlage, vor dem Zerfall ihrer Staaten und vor Verfolgung fliehen und dabei den Weg wählen – unfreiwillig wählen –, in Boote zu steigen, die nicht seetüchtig sind, und dabei selbst Opfer dieser Mächenschaften von Schleppern werden und auf der Überfahrt ertrinken, dann ist das für uns alle nicht das Europa, das wir uns vorstellen.

Die Wahrheit ist auch, dass all die Instrumente, die angesprochen worden sind, keine Lösung von jetzt auf nachher für diese Schwierigkeiten darstellen werden. Deswegen ist der Hinweis des Abg. Glück sehr berechtigt, dass wir es nicht nur nicht geschafft haben, durchgreifende Lösungen zu erzielen, sondern dass die europäischen Mitgliedsstaaten und die EU bei diesem Thema mäandern, dass sie keineswegs immer gemeinsam und in der richtigen Richtung an einem Strang ziehen.

Ich will die EU an dieser Stelle aber trotzdem in Schutz nehmen. Denn nach wie vor ist die Frage der Sicherung von Außengrenzen, von Staatsbürgerschaftsrecht, von Asylrecht, von Flüchtlingsrecht zunächst Sache der Mitgliedsstaaten der EU. Die EU hat mit dem Gipfel ein erweitertes Mandat bekommen. Ich glaube trotzdem: Um das tatsächlich in eine Gesamtstrategie gießen zu können, brauchen wir auch verstärkte Zuständigkeiten und eine Verständigung in der EU auf eine gemeinsame europäische Politik und nicht das Verstecken hinter Verantwortlichkeiten der jeweils anderen zuständigen Ebene. Es braucht eine gemeinsame, eine umfassende Antwort der Mitgliedsstaaten und der EU auf diese Herausforderung statt des Weiterschiebens der Verantwortung von Gipfel zu Gipfel und von Regierungen zur Kommission und umgekehrt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich finde es wichtig in der Debatte, dass wir beim Thema „Bekämpfung der Fluchtursachen“ beginnen. Natürlich sind Themen wie Seenotrettung, Umgang mit Flüchtlingen, Integration, Unterbringung und natürlich Finanzierung wichtige Fragen. Aber wir sollten gemeinsam nicht die Hoffnung aufgeben, dass es uns tatsächlich gelingt, die vielen Krisen und die vielen Ursachen für Flucht auch anzugehen.

Ich finde den Umstand nach wie vor beschämend, dass wir, die EU-Mitgliedsstaaten, ein Vielfaches dessen, was für die Bekämpfung der Fluchtursachen eingesetzt wird, an Mitteln dafür ausgeben, Außengrenzen zu sichern und letztlich auch Grenzsicherung zu betreiben. Deswegen ist in einer Debatte um die EU-Flüchtlingspolitik das Wichtigste, mit der Frage zu beginnen: Was können wir tun – sei es durch Entwicklungshilfe, sei es durch Sicherheitspolitik –, um Fluchtursachen auch wirklich anzugehen, damit die Menschen erst gar nicht aus ihrer eigenen Heimat wegziehen?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU, der Grünen und der SPD)

Das Zweite – da danke ich auch für die Bekenntnisse, die es in dieser Debatte u. a. von Ihnen, Herr Dr. Reinhart, gab –: Wir müssen legale Möglichkeiten der Zuwanderung in die EU stärken. In vielen Ländern, sei es in Afrika, sei es auf dem Balkan, gehen die Menschen illegale Wege, weil sie überhaupt keine legale Möglichkeit der Zuwanderung haben. Wie verzweifelt muss man denn sein, in ein solches Boot zu steigen oder sich irgendwelchen Schleppern – übrigens für viel Geld – anzuvertrauen, um zuwandern zu können? Was können wir gegen diese Verzweiflung tun?

Eine Möglichkeit ist, dass wir tatsächlich in der EU und auch in Deutschland endlich ein Einwanderungsgesetz schaffen, damit die Menschen nicht auf Asyl angewiesen sind, sondern auch humanitäre Möglichkeiten zur legalen Zuwanderung nutzen können. Da danke ich für die Impulse auch aus der FDP. Wir sind in einem laufenden Bundesratsverfahren, und Sie können sicher sein, Herr Abg. Glück, die Landesregierung unterstützt nach Kräften alles, was dazu führt, dass wir in Deutschland endlich ein richtiges Zuwanderungsrecht bekommen, um den Menschen legale Zuwanderungsmöglichkeiten anbieten zu können, damit sie sich nicht mehr illegalen Mächenschaften anvertrauen müssen und eine Chance und eine Perspektive in der EU finden.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie Abgeordneten der FDP/DVP und der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Es wurde gemahnt, nicht parteipolitische Debatten zu führen. Das ist sicher richtig. Aber wir sollten Verantwortlichkeiten auch klar benennen. Ich bin der Meinung, dass unser jetziges Asylrecht nicht ausreicht, um legale Zuwanderungsmöglichkeiten zu schaffen. Deswegen ist es dringend notwendig – Ich hoffe, dass die CDU/CSU im Bundestag ihren Widerstand gegen ein echtes Zuwanderungsrecht in Deutschland aufgibt. Es gibt Vorschläge: Die FDP hat welche gemacht, die SPD-Bundestagsfraktion hat einen umfassenden Vorschlag vorgelegt mit verschiedenen Möglichkeiten für eine Zuwanderung, die Grünen haben selbstverständlich auch Vorschläge vorgelegt.

Es ist dringend geboten, dass wir nicht Thesen in die Welt setzen in der Art, wie es auch der Abg. Wolf gemacht hat – „Wir dürfen nicht durch die Hintertür zum Zuwanderungsland werden“. Wir müssen endlich auch die Vordertüren aufmachen, um legale Zuwanderung zu ermöglichen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Wir begrüßen sehr den Beschluss, die Seenotrettungsmittel zu verdreifachen; das ist gut und richtig. Gut und richtig ist auch,

(Minister Peter Friedrich)

dass sich die deutsche Bundesregierung auch durch die Bereitstellung von Schiffen und die Bereitstellung von Transportkapazitäten daran beteiligt, die Seenotrettungskapazitäten im Mittelmeer zu verbessern. Gleichwohl – das ist in der Debatte richtigerweise gleich mehrfach angesprochen worden – braucht es dafür zwei Dinge. Das ist zum einen die Ausweitung des Zuständigkeitsgebiets. Ob das jetzt „Mare Nostrum“, „Triton“ oder einen anderen Titel hat, ist egal. Wichtig ist, dass die Seenotrettung dort stattfindet, wo tatsächlich die Boote in Gefahr geraten.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen, der SPD und der FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Deswegen wäre eine Ausweitung des Zuständigkeitsgebiets wichtig.

Was zweitens aber auch wichtig ist, eben um Schlepperkriminalität auch bekämpfen zu können – dies ist ein hoch profitables Geschäft, bei dem mit dem Leid der Menschen Geld gemacht wird –, ist, dass wir ein Mandat – sei es ein UNO-Mandat, sei es ein entsprechendes Mandat auch für die EU – bekommen, um in diesem Bereich operieren zu können.

Wir werden nicht eine schnelle Lösung auf den Weg bringen für den Bürgerkrieg, der faktisch in Libyen herrscht. Wir werden nicht die Stabilisierung der Länder in Afrika und die wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten so rasch voranbringen, wie es notwendig ist. Das Gleiche gilt natürlich auch für den ganzen Bereich des Mittleren Ostens, sei es Syrien, sei es Nordirak. Wir haben mit unserem Sonderkontingent für die jesidischen Frauen und Mädchen auch einen Beitrag dazu geleistet. Insofern können wir, das Land Baden-Württemberg – bislang als einziges Bundesland –, einen Beitrag leisten, uns in Resettlement-Programme tatsächlich einbringen,

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

um legale und sichere Wege dafür zu ebnen, dass für Flüchtlinge in Gebieten, wo wir in naher Zukunft keine Befriedung, keine Eindämmung der Konflikte erwarten können, tatsächlich die Wege in die EU möglich sind und sie zu uns kommen können. Ich bin froh, dass der EU-Gipfel auch eine Ausweitung von Resettlement-Programmen beschlossen hat. Allerdings ist die Zahl von 5 000 angesichts der Möglichkeiten der EU wirklich eine beschämend geringe Zahl.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Wilfried Klenk: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Glück?

Minister für Bundesrat, Europa und internationale Angelegenheiten Peter Friedrich: Sehr gern.

Präsident Wilfried Klenk: Kollege Glück, bitte.

Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Herr Minister, danke, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. – Ich finde es richtig und gut, dass Sie die Bundesratsinitiative von Rheinland-Pfalz unterstützen möchten. Aber glauben Sie nicht, dass es, um auf der zeitlichen Achse noch mehr Druck aufzubauen, sinnvoll wäre, eine eigene baden-württembergische Bundesratsinitiative zu starten? Damit könnte einfach klar demonstriert werden: Wir brauchen hier schnelle Lösungen. Das Verschieben auf

die lange Bank unter Verweis auf die Zuständigkeit der einzelnen Ausschüsse ist zu wenig.

Wir brauchen schnell eine Lösung. Denn jeder Tag, an dem wir noch keine Lösung haben, bringt mit sich, dass Menschen im Mittelmeer ertrinken.

Minister für Bundesrat, Europa und internationale Angelegenheiten Peter Friedrich: Sie haben sicher recht, dass wir schnell eine Lösung brauchen. Aber Sie wissen aus den Debatten über ein Zuwanderungsrecht in Deutschland auch, dass dies keine Sache ist, die schnell vorangehen wird.

Momentan sprechen wir – darauf möchte ich noch eingehen – über das Thema Bleiberechtsreform. Ich finde, es ist ein wichtiger Schritt, dass wir mit dem Bleiberecht möglichst vielen Menschen in Deutschland legalen Aufenthalt ermöglichen. Es hat sich dabei als sehr gut erwiesen, dass wir gemeinsam mit anderen Ländern aktiv geworden sind, um beispielsweise ein dauerhaftes Bleiberecht für Flüchtlinge, die in Ausbildung sind, zu schaffen etc. Ich glaube tatsächlich, dass es besser ist, wenn wir uns mit anderen Ländern zusammuntun, als nun mit vielen Eigeninitiativen mehrere Dinge nebeneinander zu stellen.

Der zentrale Player ist in diesem Fall aber tatsächlich der Deutsche Bundestag mit den Mehrheiten, die es dort gibt. Wir werden mit noch so vielen Initiativen von Ländersseite kommen können – – Wir haben reihenweise Gesetzesbeschlüsse des Bundesrats, die im Bundestag momentan noch auf Halde liegen und nicht beraten werden.

Um zeitlich wirklich voranzukommen, bedarf es der Überzeugungsarbeit. Auf diese Überzeugungsarbeit hoffe ich nach den Aussagen des Kollegen Reinhart auch vonseiten der baden-württembergischen CDU und innerhalb der CDU, damit wir tatsächlich zu einem Einwanderungsgesetz kommen statt nun noch vieler weiterer Anträge im Bundesrat.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Ich will noch einen letzten Punkt ansprechen, der in dieser Debatte von allen Rednerinnen und Rednern ebenfalls schon angesprochen wurde. Das ist das Thema einer solidarischen Flüchtlings- und Asylpolitik und einer Quote in Europa. Ich glaube, es ist gut, dass in der deutschen Bundesregierung alle inzwischen gemeinschaftlich darauf drängen, dass wir bei diesem Thema vorankommen. Es kann auf Dauer nicht gut funktionieren, wenn faktisch vier bis fünf europäische Staaten 80 % aller Flüchtlinge unterbringen.

Ich will aber trotzdem – diesen Hinweis habe ich auch schon auf dem baden-württembergischen Flüchtlingsgipfel gegeben – eines sagen: Ein solidarisches europäisches Flüchtlingssystem ist eine Notwendigkeit für sich selbst. Die Hoffnung oder gar die Erwartung, dass mit einem solchen System entweder die Ursachen von Flucht oder auch die Zahl der Flüchtlinge, die Deutschland zugewiesen werden, in irgendeiner Weise reduziert würden, sollten wir nicht wecken. Deutschland nimmt nämlich nach allen Schlüsseln, die es bisher gibt, in etwa genau so viele Flüchtlinge auf, wie nach allen Verteilungsschlüsseln auch auf Deutschland zukommen würden.

Wichtig ist, dass sich alle Länder daran beteiligen. Denn es ist die Frage, wie es gelingt, den Ländern, die besonders be-

(Minister Peter Friedrich)

troffen sind – sei es Italien, Griechenland oder Spanien –, Verlässlichkeit darin zu bieten, dass sie – vorausgesetzt, sie setzen EU-Recht vollständig um – von den anderen EU-Staaten solidarische Hilfe erhalten. Das ist die wichtige Aufgabe. Es darf nicht sein, dass die Nationalstaaten in ihrer Eigenverantwortung – die sie für die Grenzsicherung haben und die sie auch für die Asylunterbringung haben – das Gefühl haben müssen, sie würden damit alleingelassen. Spanien müsste deutlich mehr Flüchtlinge aufnehmen, als es das momentan tut. Spanien macht das aber deswegen nicht, weil dort die Sorge besteht, dass sie, wenn sie es machen, mit der Aufgabe alleingelassen werden.

Die Aufgabe eines solidarischen europäischen Flüchtlingssystems ist also, deutlich zu machen: Kein Land – in welcher Betroffenheit auch immer – wird mit dieser Aufgabe alleingelassen. Es kann nicht Zweck der Veranstaltung sein, dass wir irgendwelche Lasten von Deutschland weg auf andere Schultern verlagern. Dazu wird ein europäisches Flüchtlingssystem keinerlei Rahmen bieten.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch und Jutta Schiller CDU)

Präsident Wilfried Klenk: In der zweiten Runde erteile ich das Wort für die Fraktion GRÜNE dem Kollegen Lucha.

Abg. Manfred Lucha GRÜNE: Herzlichen Dank, Herr Präsident. – Herzlichen Dank, Herr Minister Friedrich, für die klaren Worte, und auch Ihnen herzlichen Dank, Herr Reinhart, für Ihre besonnenen Äußerungen. Wir wünschen uns, dass Ihre Position in der CDU mehrheitsfähig wird.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Wir müssen uns einmal Folgendes vor Augen halten: Jetzt werden 5 000 Resettlement-Plätze geschaffen. Das UNHCR reklamiert 380 000 Plätze. Genau das ist es: Wir müssen natürlich in Europa, in den anderen europäischen Staaten, auch in solchen, die bisher noch keine Kultur in Fragen der Aufnahme haben, aber die – wie etwa die baltischen Staaten – durchaus in der Lage wären, aktive Unterstützungspolitik zu leisten, darauf hinwirken, dass sich dort Communities ansiedeln können. Wenn dort einmal Flüchtlinge leben, werden andere aus diesen Nationen hinzukommen. Denn niemand geht an einen Ort, an dem er allein ist.

Selbstverständlich müssen wir auch in Europa, in Ländern, die Mitglied der EU sind, in denen es aber deutliche ausländerfeindliche und rassistische Tendenzen gibt, eine EU-Menschenrechtspolitik nach innen betreiben, damit diese Länder auch tatsächlich Flüchtlinge aufnehmen und diese ordentlich behandeln. Auch das ist eine Aufgabe, der wir uns stellen müssen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Ein bisschen Wasser muss ich nun doch in den harmonischen Wein gießen. Lieber Herr Reinhart, die Frage, ob Frontex nicht Seenotrettungseinsätze wie „Mare Nostrum“ koordinieren könne, beantwortet Ihr Innenminister de Maizière – ein CDU-Minister – so: „Hierfür hat die Agentur weder das Man-

dat noch die Ressourcen.“ Das heißt, er hat sich für eine Seenotrettung nicht ausgesprochen.

(Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Genau!)

Diese Äußerungen – Herr de Maizière ist der Schlüssel. Wenn er aktiv sagen würde: „Ich bin der oberste Seenotretter“, wäre es in Europa schon zu mehr Aktivitäten gekommen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Jawohl!)

Dazu passt auch nicht, dass Herr Wolf überall, vor allem in Bierzelten und auf stammtischähnlichen Versammlungen, immer wieder von „Wirtschaftsflüchtlingen“ spricht, so, als wären das welche, die wir nicht haben wollten. Wenn wir heute eine differenzierte Debatte über die Not der Menschen führen, hilft uns eine solche „Differenzierung“ nicht. Die Menschen haben individuelle Fluchtgründe. Wir wären diejenigen, die ebenfalls flüchten würden; wir wären die Ersten, die bei diesen Zuständen weg wären. Flüchtlinge sind Menschen, die eine Perspektive suchen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Dazu passt auch nicht, wenn Ihr Landesvorsitzender Strobl sich gegen eine Gesundheitskarte für Flüchtlinge – eine deutliche Verbesserung für das System und auch eine finanzielle Erleichterung – ausspricht und sagt, dies würde die Attraktivität steigern. Die Menschen in der Sahelzone flüchten nicht, weil wir eine Gesundheitskarte für Flüchtlinge haben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Mein allerletzter Satz: Wenn immer wieder ziemlich pathetisch und fast schon populistisch von Schlepperbekämpfung geredet wird: Sie wissen ganz genau, dass, wenn die Schiffe, die jetzt im Einsatz sind, versenkt werden, noch unsicherere Nusschalen verwendet werden. Auch das wird die Menschen nicht abhalten. Sie haben nämlich im wahrsten Sinn des Wortes nichts zu verlieren. Das ist doch gerade die humanitäre Tragik. Darum gilt: Fluchtursachen bekämpfen, und nicht Flüchtlinge.

Danke sehr.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Präsident Wilfried Klenk: Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Kollegen Professor Dr. Reinhart.

Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Herr Kollege Lucha, zunächst zu Ihren Ausführungen: Sie werden all den berechtigten Asylbewerbern in Deutschland keinen Gefallen tun, wenn Sie hier die Forderung einbringen, jeder könne unter dem Begriff „A-S-Y-L“ zu uns kommen.

(Abg. Manfred Lucha GRÜNE: Das habe ich überhaupt nicht gesagt! – Zuruf von den Grünen: Das hat er nicht gesagt!)

Das ist der falsche Weg. Wir haben das Asylrecht als Grundrecht für die begründeten Fälle geschaffen, und wir dürfen – das muss man immer sehen, und da hat der Kollege Wolf völ-

(Dr. Wolfgang Reinhart)

lig recht – auch unsere deutsche Gesellschaft nicht überfordern. Das ist ein ganz entscheidender Punkt.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben im Moment einen großen gesellschaftlichen Konsens – übrigens ein großer Unterschied zu der Situation Anfang der Neunzigerjahre. Ich bin seit 1992 hier im Parlament. Wir hatten damals hier die Fraktion der Republikaner mit einem Stimmenanteil von 11 %; manche Kollegen erinnern sich sicher noch daran. Das war eine ganz andere Zeit. Es ist sehr lobenswert, dass wir im Moment trotz dieser steigenden Flüchtlingszahlen einen großen Konsens haben. Aber das sollten wir nicht gefährden, Herr Kollege.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Manfred Lucha GRÜNE: Da sind wir d'accord!)

Das Zweite: Sie sagen, es gebe Konsens in der Koalition. Ich sage – übrigens auch in Bezug auf meine Vorredner, Herrn Minister Friedrich und Sie –: Die Grünen und die SPD haben einen völligen Dissens bei der Frage der Zuwanderung und der Einwanderung – einen völligen Dissens! Die SPD hat vorgeschlagen, beispielsweise das Kanada-Modell einzuführen, mit einem Punktesystem. Das wird von den Grünen vollständig abgelehnt.

Das heißt, wir müssen irgendwann schon die berechnete Frage ehrlich beantworten: Wie viel Zuwanderung und welche Einwanderung braucht Deutschland, und auf welchem Weg können wir das auch klug steuern? Das kann nicht einfach nach dem Motto gehen: „Wir müssen alle reinlassen.“ Das wird Deutschland überfordern. Deshalb müssen wir darüber nachdenken, wenn Sie über die Fluchtursachen sprechen: Wie können wir vor Ort helfen? Da sind die Vorschläge, Migrationszentren vor Ort, auch in Afrika, einzurichten, sinnvoll.

Damit komme ich auch zum Thema Entwicklungspolitik und zu diesem Landeshaushalt. Wir hatten 2011 noch 4 Millionen € für Entwicklungspolitik eingestellt. – Übrigens, Kollege Hauk, Kollege Lasotta und andere waren jetzt in Burundi. – Sie haben diese Mittel – in der jetzigen Zeit! – auf 2,9 Millionen € gekürzt – trotz steigender Steuereinnahmen. Das ist doch in meinen Augen von Ihnen nicht beantwortet.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Wie kann man in einer solchen Zeit kommen und sagen: „Wir wollen mehr Hilfe in der Entwicklungspolitik vor Ort“, und gleichzeitig um 25 % kürzen? Auch darüber muss man fair und offen sprechen.

Jawohl, Herr Minister, Sie haben richtigerweise die Problematik Libyens angesprochen. Wenn Libyen nicht stabilisiert wird, werden wir dieses Problem vor Ort, an der libyschen Grenze, nicht lösen können. Das ist eines der ungelösten Probleme; das muss man auch ehrlich sagen.

De Maizièrè haben Sie, Kollege Lucha, natürlich unvollständig zitiert. Ich empfehle Ihnen wegen der Kürze der Zeit: Lesen Sie seine Rede, die er in der vergangenen Woche vor dem Deutschen Bundestag gehalten hat, dann werden Sie seine Haltung kennenlernen.

Aber eines will ich hier ergänzen: Wir werden bei 28 EU-Staaten nicht mit Deutschland allein das Problem Europas lösen können. Deutschland gehört zu den Ländern, die hier sehr fair vorgehen. Dafür werden wir in der Bundesrepublik Deutschland übrigens heute sehr gelobt. Nehmen Sie einmal die „Stuttgarter Zeitung“ von heute: Wir brauchen eine faire Aufnahmequote – jawohl, das hat gestern auch die EVP-Fraktion in Brüssel gefordert –, entsprechend legale Zugangswege, auch zeitweise befristete Aufnahme von Flüchtlingen als Arbeitskräfte oder zur Ausbildung. „Als Einwanderungsland ist die Bundesrepublik sehr liberal“, so heißt es gleich am Anfang. Das stimmt. Gleichzeitig heißt das: Wir brauchen alle 28 EU-Staaten. Nehmen Sie einmal Großbritannien und andere Länder.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Wilfried Klenk: Würden Sie bitte zum Schluss kommen.

Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Es geht natürlich nicht, dass sich manche EU-Staaten einen schlanken Fuß machen und Deutschland die Probleme der Welt lösen soll. Das wird uns überfordern. Auch das will ich an dieser Stelle hinzufügen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Zu dieser angesprochenen Bundesratsinitiative: Lieber Kollege Glück, dazu muss ich schon sagen, Politik in Berlin spielt sich nicht im Sandkasten ab.

(Heiterkeit der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Sie sagen: eine Bundesratsinitiative zum Demonstrieren. Da wird mir der Minister sicher recht geben: Bevor Sie eine Mehrheit haben, brauchen Sie erst einmal 35 Stimmen der Länder. Aber damit ist es noch nicht getan. Sie waren auch einmal in einer Koalition in Berlin. Sie brauchen zwei große Koalitionspartner, und Sie brauchen Mehrheiten.

Dieses Thema wird uns beschäftigen, aber es ist viel zu ernst, als dass man Show-Demonstrationsinitiativen im Bundesrat einbringt. Wir brauchen Mehrheiten und vernünftige Lösungen für Deutschland. Deshalb will ich abschließend schon darauf hinweisen: Die Komplexität ist sehr groß. Die Union, unsere Fraktion, ...

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Wilfried Klenk: Herr Kollege, ich bitte Sie jetzt wirklich, zum Ende zu kommen.

Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: ... fordert in Europa eine humanitäre Flüchtlingspolitik, eine moderne Zuwanderungspolitik und eine kommunalfreundliche Asylpolitik.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE – Zuruf des Abg. Manfred Lucha GRÜNE)

Präsident Wilfried Klenk: Für die Fraktion der SPD erteile ich das Wort der Kollegin Haller-Haid.

Abg. Rita Haller-Haid SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Kollege Glück hat zu Recht gefragt: Was können wir hier in Baden-Württemberg machen? Natürlich kann man über den Bundesrat etwas machen, gemeinsam mit anderen, und genau das werden wir auch tun. Dazu haben wir gerade eine Anfrage vorgelegt.

Aber wir können noch etwas anderes machen. Wir können als Parlament von Baden-Württemberg hier Stellung beziehen. Stellung zu beziehen in der Frage der Flüchtlingspolitik ist eine ganz wichtige Sache. Die Menschen schauen, was hier drin passiert, ob wir es schaffen, uns gemeinsam für eine humane Zuwanderung auszusprechen. Das ist eine ganz wichtige Frage, ebenso wie die Frage: Wie gehen wir mit einer Flüchtlingspolitik um, die wir nicht akzeptieren, die dazu führt, dass Menschen ums Leben kommen? Dass wir dazu Stellung beziehen, das wird von uns erwartet, und das sollten wir tatsächlich parteiübergreifend gemeinsam machen. Deshalb ist es notwendig und richtig, dass wir diese Debatte führen und hier Stellung beziehen.

Das Zweite, was wir hier von Baden-Württemberg aus machen können: Wenn es um die Nothilfe für die Mitgliedsstaaten an den Außengrenzen geht, dann können wir auch etwas machen. Die sind nämlich in einer ganz anderen Weise betroffen. Wir dürfen nicht bloß darüber diskutieren, wie nun die gerechte Verteilung aussieht, und fragen: Überfordern wir hier unsere Gesellschaft? Eine Überforderung erleben ganz andere Länder, z. B. die Türkei. Dort befinden sich Millionen Menschen in den Flüchtlingslagern. Darauf muss man einmal hinweisen. Dies gilt auch für die afrikanischen Länder; diese sind mit ihren Flüchtlingen in einer Art und Weise überfordert, wie wir es uns hier kaum vorstellen können. Hier von Überforderung zu reden, führt daher nicht zu einer größeren Akzeptanz.

Wir müssen tatsächlich anfangen, den Staaten zu helfen, die überfordert sind, und das sind auch europäische Staaten. Das sind Griechenland und vor allem Italien. Da können wir einiges machen. Vor allem müssen wir aufhören, eine schiefe Debatte zu führen, wie sie in diesem Land immer wieder geführt wird. Da sagt man: „Griechen, spart ein bisschen mehr, aber die Flüchtlinge müsst ihr anständig unterbringen.“ Das passt alles nicht zusammen. Ich denke, wir können hier einiges tun, um diesen Mitgliedsstaaten zu helfen.

Jetzt komme ich noch einmal zur Verdreifachung der Mittel. Das ist ein richtiger Schritt. Was aber haben wir für die Bankenrettung ausgegeben? Da haben wir viele Sondergipfel veranstaltet. Auch was die Rettung der Handelsschiffe angeht, organisieren wir sehr viel und engagieren uns stark am Kap Horn mit ganz vielen Schiffen. – Jetzt stellt Deutschland zwei Schiffe; das ist in der Relation sehr, sehr wenig. Ich denke, wir sind alle aufgefordert, Stellung zu beziehen und mit dafür zu sorgen, dass in dieser Frage künftig mehr Engagement von Deutschland ausgeht.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Präsident Wilfried Klenk: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich das Wort dem Kollegen Glück.

Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir sind der Landtag von Baden-Württemberg. Da tut es manches Mal gut, sich die Frage

zu stellen: Was können wir nicht tun, und was liegt in unserer Schlagweite, was können wir tun?

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Sehr richtig!)

Wenn wir uns diese Frage nicht stellen, dann kommen am Schluss irgendwelche tollen Worte, denen keine Taten folgen. Ich glaube, wir sind uns einig: Das darf an dieser Stelle nicht sein.

Herr Kollege Reinhart, Sie wollten uns vorhin darüber aufklären, dass das Asylrecht überfordert ist. Wenn Sie gut zugehört haben, haben Sie vielleicht gehört, dass jeder andere Redner das genauso gesagt hat. Das Asylrecht ist nicht ausreichend,

(Zuruf des Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU)

das Asylrecht ist – Stand heute – überfordert und wird für etwas angewendet, für das es ursprünglich nicht gemacht wurde. Wenn ich mir überlege: Eine Flucht aus Afrika nach Europa, das ist ein riesengroßer Aufwand. Es ist ein organisatorischer und ein finanzieller Aufwand. Die Leute geben alles an Kraft und an Geld, was sie geben können. Ich überlege mir jetzt: Wenn ein Flüchtling aus der Sahelzone mit dem gleichen Aufwand die Möglichkeit bekommt, eine Ausbildung zu machen und Deutschkenntnisse zu erlangen, z. B. an einem Goethe-Institut, und beides dann Berücksichtigung in einem Punktesystem findet, das wir im Rahmen eines Einwanderungsgesetzes etablieren, dann lohnt der legale Weg, weil er weniger Risiko birgt.

Dann passieren zwei Dinge: Das Erste ist, dass wir auf einmal einen Menschen mit einer Ausbildung, der noch dazu eine Fremdsprache beherrscht, in Afrika haben, der möglicherweise – weil er besser ausgebildet ist – keine Ursache mehr für eine Flucht sieht. Das ist das eine, was passieren kann.

Das andere, was passieren kann, ist, dass dieser Mensch nach Deutschland kommt, aber dann nicht als Asylant, sondern als Fachkraft.

Mit solchen Rahmenbedingungen haben wir die Möglichkeit, auch unserer Bevölkerung die Chancen der Zuwanderung zu vermitteln und nicht nur das Risiko.

Herr Kollege Reinhart, auch beim Vermitteln der Chancen sind Sie ganz besonders gefragt.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Präsident Wilfried Klenk: Herr Minister Friedrich, Sie wünschen noch einmal das Wort? – Bitte.

Minister für Bundesrat, Europa und internationale Angelegenheiten Peter Friedrich: Ich möchte noch zwei kurze Hinweise geben.

Mein erster Hinweis bezieht sich auf das Thema Einwanderungsgesetz. Herr Reinhart, ich weiß nicht, wie Sie auf eine Uneinigkeit zwischen SPD und Grünen gekommen sind.

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: „Stuttgarter Zeitung“ von heute! – Gegenruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Wenn es in der Zeitung steht, wird es schon stimmen!)

(Minister Peter Friedrich)

Sicher gibt es bei der Ausgestaltung der einzelnen Punkte – – Ich empfehle Ihnen einmal die Lektüre der Presse aus der Zeit, als das Konzept der SPD-Bundestagsfraktion vorgestellt wurde. Ich erinnere mich ganz gut, dass es da Uneinigkeit zwischen einem Herrn Tauber und einem Herrn de Maizière darüber gab, ob die CDU ein Einwanderungsgesetz will oder nicht. Ich finde, wir sollten Ihre Aussage aus der ersten Runde sozusagen nutzen, um gemeinsam für ein echtes Zuwanderungsrecht und Einwanderungsrecht zu streiten. Vielleicht bekommen wir dafür auch Mehrheiten im Deutschen Bundestag hin, wenn Sie sich in der Union durchsetzen können.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Der zweite Punkt, den ich ansprechen möchte, ist die wiederholt aufgestellte Behauptung, wir hätten die Mittel in der Entwicklungshilfe gekürzt. Das ist schlicht und ergreifend unwahr. Schauen Sie sich einmal den Bericht des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung über die ODA-Quote der Bundesländer an. Die ODA-Leistung Baden-Württembergs beträgt inzwischen 124 Millionen €. Das ist übrigens fast doppelt so viel wie in Bayern. Baden-Württemberg steht damit auf dem zweiten Platz. Die Mittel sind in den letzten Jahren auch immer weiter angestiegen.

Sie haben einen Haushaltsposten herausgegriffen, in dem das frühere Internationale Institut für Berufsbildung Mannheim enthalten war, dessen Weiterentwicklung Sie damals während Ihrer Regierungszeit versäumt haben. Dieses Institut hat zum Schluss faktisch keine Entwicklungsarbeit mehr gemacht, sondern war vor allem für den Bereich China tätig und hat dort fast ausschließlich nur noch Fortbildungen für Fachkräfte für China angeboten. Dies entspricht ehrlicherweise nicht unbedingt dem Ansatz von Entwicklungszusammenarbeit, den wir uns gemeinsam mit unseren Leitlinien des Landes Baden-Württemberg gegeben hatten.

Vielleicht können wir das in einer gemeinsamen Debatte über Entwicklungszusammenarbeit im Land noch einmal aufarbeiten; denn ich glaube, dass Sie da schlicht und ergreifend falsch liegen. Wir machen da in Baden-Württemberg auch in finanzieller Hinsicht mehr denn je.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Ein letzter Punkt: Ich bin nicht dagegen, dass man gerade auch in Nordafrika Migrationsberatung anbietet. Aber dafür werden aus meiner Sicht tatsächlich auch legale Zuwanderungsmöglichkeiten benötigt.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Natürlich!)

Gleiches haben wir auch im Kosovo erlebt, und Gleiches werden wir auch in Afrika erleben. Wir waren gerade in Tunesien. Wir brauchen auch die Möglichkeit, dass Menschen legal als Fachkräfte oder um Fachkräfte zu werden zu uns kommen.

Reine Asylzentren, in denen wir den Leuten erklären, dass das Asylrecht für sie eigentlich gar nicht einschlägig ist, können keine erfolgversprechenden Migrationszentren werden. Mit Goethe-Instituten, mit Botschaften und mit den konsularischen Tätigkeiten können wir in diesem Bereich Verbesserungen bewirken. Dafür brauchen wir aber auch die rechtlichen

Instrumente, um legale Zuwanderung tatsächlich auch zu ermöglichen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Sehr richtig!)

Präsident Wilfried Klenk: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aktuelle Debatte beendet und Punkt 1 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Feldversuch Lang-Lkws: Wie glaubhaft ist der Sinneswandel des Verkehrsministers? – beantragt von der Fraktion der FDP/DVP

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aktuelle Debatte eine Gesamtrededzeit von 40 Minuten festgelegt. Darauf wird die Redezeit der Regierung nicht angerechnet. Für die einleitenden Erklärungen der Fraktionen und für die Rednerinnen und Redner in der zweiten Runde gilt jeweils eine Redezeit von fünf Minuten. Ich darf die Mitglieder der Landesregierung bitten, sich ebenfalls an den vorgegebenen Redezeitrahmen zu halten.

Das Wort für die Fraktion der FDP/DVP erhält Kollege Haußmann.

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir stellen seit Jahren einen deutlichen Anstieg des Güterverkehrs in Baden-Württemberg und in ganz Deutschland fest. Die Prognosen bis zum Jahr 2025 ergeben – auf der Basis des Jahres 2010 – einen Anstieg des Güterverkehrs um 50 % in unserem Land. Insofern sind wir alle aufgefordert, uns mit dem Thema „Effizienz der Nutzung der Verkehrsträger Straße, Schiene, Wasserstraße und Luftfracht“ intensiv zu beschäftigen.

Der Bund hat schon vor Jahren entschieden, bis Ende 2016 einen Feldversuch für Lang-Lkws durchzuführen, und den Bundesländern die Möglichkeit gegeben, sich daran zu beteiligen. Baden-Württemberg hatte noch unter Schwarz-Gelb vor, sich an diesem Feldversuch zu beteiligen. Nach dem Regierungswechsel bestand eine der ersten Aktionen – siehe auch Koalitionsvertrag – darin, dass der Verkehrsminister gesagt hat: Baden-Württemberg beteiligt sich nicht an diesem Feldversuch.

Das ist insofern völlig unverständlich, als die mittelständischen Spediteure, die Unternehmen der Logistikbranche seit Jahren immer wieder auf die Notwendigkeit dieses Feldversuchs hinweisen. Der Verkehrsminister hat bisher keine dieser Anregungen aufgegriffen. Es ist aus unserer Sicht unverständlich, warum man nicht stärker auf die mittelständischen Spediteure hört, die sagen, dass sich Baden-Württemberg als Automobilstandort, als Wirtschaftsstandort an diesem Feldversuch beteiligen sollte.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Wenn man in die Diskussion einsteigt, muss man auch einmal die verwendeten Begriffe erklären. Denn oft wird von Giga-Linern gesprochen. Man verwechselt also oft Äpfel mit Bir-

(Jochen Haußmann)

nen. Deshalb möchte ich an dieser Stelle auf die Begriffe eingehen. Der Lang-Lkw, um den es hier geht, hat eine Länge von maximal 25,25 m, und dafür brauchen wir keine neuen Fahrzeuge und keine aufwendigen Neukonstruktionen, sondern können auf bestehenden Kombinationen aufsetzen,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

und zwar entweder mit einem sogenannten Dolly oder einer zusätzlichen Anhängerkupplung.

Um auf den Einwand, das belaste unsere Straßen stärker, reagieren zu können, muss man kein Mathematikspezialist sein. Ein Lang-Lkw hat sieben oder acht Achsen, während ein herkömmlicher Lkw fünf oder sechs Achsen hat. Beide haben ein zulässiges Gesamtgewicht von maximal 40 t, das sich in dem einen Fall auf sieben oder acht Achsen und in dem anderen Fall auf fünf oder sechs Achsen verteilt. Bei dieser Betrachtung kommen Sie sogar auf das Ergebnis, dass der Lang-Lkw für die Straßen auch in Baden-Württemberg schonender ist als die herkömmlichen Fahrzeuge. Auch das sollte man sich an dieser Stelle einmal klarmachen.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Arnulf Freiherr von Eyb CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Zum Thema Ökologie – ein Thema, das Ihnen, Herr Verkehrsminister, durchaus am Herzen liegt – eine Beispielrechnung eines Spediteurs für eine Strecke, die er seit Anfang 2012 jeden Tag fahren könnte, wenn Sie es nicht verhindert hätten, eine Strecke von 198 km, davon 90 % auf der Autobahn A 81 nach Hessen, Fahrzeit zwischen 2,5 und 3,0 Stunden, jeweils in der Nacht, volle Ladung hin, volle Ladung zurück, nämlich zu einem zentralen Verteilersystem: Für diese Fahrten würde – ich habe mir das einmal ausrechnen lassen – eine jährliche Einsparung von 25 200 l Treibstoff erzielt. Beginnend Anfang 2012 wären es insgesamt 83 000 l.

Weil das für Grüne durchaus auch interessant ist, wurde auch einmal die CO₂-Einsparung berechnet. Pro Jahr hätten auf diesen Fahrten 66 170 kg CO₂ eingespart werden können.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Hört, hört!)

Seit Beginn des Feldversuchs Anfang 2012 wären es insgesamt 217 811 kg CO₂. Herr Verkehrsminister, da frage ich mich: Warum haben Sie das seither blockiert?

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Rechnen müsste man können!)

Bei vielen Fahrten wird auch argumentiert, dadurch werde der Bahnverkehr verdrängt. Dazu ist jedoch zu sagen: Wenn Sie diese Fahrten in einer ländlich geprägten Region mit der Bahn abwickeln wollten, brauchten Sie wahrscheinlich mehrere Tage und hätten trotzdem noch extrem lange Transportwege auf der Straße mit dem Lkw zurückzulegen, weil es nicht überall eine Bahnanbindung gibt. Dazu können wir aber vielleicht nachher noch etwas sagen.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Jetzt gibt es einen Zwischenbericht der Bundesanstalt für Straßenwesen. Außerdem hat sich Daimler beim Ministerpräsi-

denten gemeldet und gesagt, jetzt wäre es doch wirklich gut, am Feldversuch teilzunehmen, zumal auch der Zwischenbericht positiv ausgefallen sei. Daraufhin hat der Ministerpräsident sein Gewicht in die Waagschale geworfen und den Verkehrsminister überzeugt.

Ich muss mich da aber schon fragen: Was für eine Mittelstandspolitik ist dies eigentlich? Die baden-württembergischen Spediteure, die, wenn man die erweiterte Logistik zugrunde legt, bis zu 10 % der Arbeitskräfte in Baden-Württemberg beschäftigen, fordern und wünschen dies seit Jahren. Jedes Jahr wird dies im Verkehrsausschuss – Kollege Schwarz war dabei – gefordert. Nun kommt die Firma Daimler, und schon wird es anders gemacht. So sieht Mittelstandspolitik in Baden-Württemberg aus. Ich finde das schade.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Claus Schmiedel SPD: Was haben Sie denn gegen Daimler?)

Nun muss auch geschaut werden, wie das Ganze derzeit läuft. Am 1. April – das ist kein Aprilscherz – fand im Verkehrsministerium ein Treffen statt, bei dem die Speditionen über die Teilnahme am Feldversuch informiert wurden. Man hat ihnen gerade einmal einen Tag Zeit gegeben, um vorzuschlagen, welche Strecken das Verkehrsministerium beim Bund anmelden sollte. Wider Erwarten haben die fleißigen Spediteure tatsächlich viele Strecken gemeldet. Sie waren richtig fleißig und haben eine Nachtaktion eingelegt. Seither – inzwischen haben wir den 29. April – warten sie auf Informationen darüber, welche Strecken dem Bund nun eigentlich gemeldet worden sind.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das ist Service!)

Die Speditionen würden gern planen und bitten um Informationen. Sie werden von ihren Speditionskollegen angesprochen und müssen antworten: „Wir wissen es nicht. Das Verkehrsministerium gibt uns keine Informationen.“ Ich finde es unerträglich,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

wie hier mit den Speditionen umgegangen wird. Das ist keine Art, wie wir mit den Unternehmen in Baden-Württemberg umgehen sollten.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Darüber hinaus wird es nun ein Begleitgutachten vom Land geben. Doch der Bund erstellt bereits Gutachten zu seinem Feldversuch. Da drängt sich mir schon die Frage auf, warum wir noch ein weiteres Gutachten brauchen. Nur, damit unser Verkehrsminister sozusagen sein Gesicht wahren kann? Herr Verkehrsminister, ich sage Ihnen: Sie gehen noch als der Minister der 1 000 Gutachten in die Geschichtsbücher ein.

(Abg. Winfried Mack CDU: Ja! – Abg. Martin Rivoir SPD: Das Protokoll vermerkt: „Kein Beifall“!)

Grüne Verkehrspolitik wirkt mitunter abgehoben. Die Realität holt einen dann doch wieder ein. Insofern: Willkommen in

(Jochen Haußmann)

der Realität, Herr Verkehrsminister. Dieses Verhalten im Umgang mit dem Thema Lang-Lkws ist gegenüber den mittelständischen Unternehmen in unserem Land allerdings ein Trauerspiel und völlig unverständlich. So geht man mit den Unternehmen in Baden-Württemberg nicht um.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Psychologisch unmöglich!)

Präsident Wilfried Klenk: Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort dem Kollegen Schwehr.

Abg. Marcel Schwehr CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Herr Haußmann, zunächst einmal sind wir, was die Inhalte anbelangt, nicht weit voneinander entfernt. Wir haben uns aber schon etwas darüber gewundert, wie man dieses Thema zum Thema einer Aktuellen Debatte hochstilisieren kann.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Weil es dringend notwendig ist, Herr Kollege!)

Die Verwunderung darüber war bei uns durchaus gegeben. Aber nichtsdestotrotz sind wir uns inhaltlich durchaus einig.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, eine zweite Anmerkung vorweg: Wäre der Herr Minister ein Turner, würde ich sagen: Respekt. Ich würde ihn für Olympia oder für die Weltmeisterschaft vorschlagen. Denn diese Rolle rückwärts, die er vollführt hat, ist nach meinem Dafürhalten erste Sahne, sie ist ganz toll.

(Minister Reinhold Gall: Mit Rolle rückwärts kommt man nicht zu Olympia! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das ist keine olympische Disziplin!)

Zu seinem Trainer, zum Ministerpräsidenten, der zu meiner Rechten sitzt, muss ich sagen, dass sein Pfiff zur rechten Zeit gekommen ist. Der Minister hat ihn gehört und hat diese Rolle rückwärts vollführt, und zwar par excellence, wirklich hervorragend.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Claus Schmiedel SPD: Ja was denn jetzt? – Abg. Winfried Mack CDU: Das ist wie in den Sechzigerjahren!)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, ein Blick auf die bisherigen Aussagen zum Thema „Feldversuch mit Lang-Lkws“ macht, wie eben schon beschrieben, einen radikalen Sinneswandel deutlich. Bereits im Koalitionsvertrag, der natürlich auch von der SPD unterschrieben ist, wurde die Einführung der Lang-Lkws ganz klar abgelehnt mit der Begründung, dass dies zu einer Verkehrsverlagerung von der Schiene bzw. der Binnenschifffahrt auf die Straße führen würde.

Nun kommen wir zu den Zahlen und Fakten. Ende 2012 wurde gemeinsam mit dem Land Schleswig-Holstein ein abstraktes Normenkontrollverfahren beantragt. Dies bezog sich auf die befristete Verordnung des BMVI hinsichtlich der Lang-Lkws. Der Antrag wurde im Mai letzten Jahres, also 2014, abgewiesen. Im Nachgang zur Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts werden Sie, verehrter Herr Verkehrsminister

Herrmann, in der Pressemitteilung vom 28. Mai 2014 wie folgt wiedergegeben – ich zitiere –:

Ungeachtet der nun entschiedenen Rechtsfrage sind wir aus ökologischen Gründen aber weiterhin gegen den Einsatz von Lang-Lkws, ...

Weiter ist der Pressemitteilung zu entnehmen, es sei ein Märchen, dass die Lang-Lkws aus ökologischen Gründen eingesetzt würden, es gehe nur um die Senkung der Transportkosten; gleichzeitig würden die Lang-Lkws die Brücken und Kreisverkehre beschädigen. So lautet die Aussage des Verkehrsministers in der Pressemitteilung aus dem Jahr 2014.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, der Verkehrsminister zeigt hier eine klare Kante gegen die Zulassung von Lang-Lkws. Ich denke, viel deutlicher als in dieser Pressemitteilung kann sich ein Minister nicht artikulieren.

In diesem Zusammenhang ist auch interessant, dass Sie, Herr Minister Hermann, schon im Mai letzten Jahres genau wussten, welche Auswirkungen die Lang-Lkws haben, also noch bevor die Bundesanstalt für Straßenwesen – das wurde vorhin schon angesprochen – überhaupt ihren Zwischenbericht zum Feldversuch vorstellen konnte. Dies erfolgte nämlich erst im September 2014.

Der Zwischenbericht konnte Ihre Ideologie allerdings keineswegs bestätigen. Denn es heißt, dass wirklich gravierende Probleme bisher nicht hätten nachgewiesen und angezeigt werden können.

Herr Minister Hermann, das hielt Sie aber nicht davon ab, weiterhin gegen Lang-Lkws zu kämpfen. So war noch am 14. Dezember letzten Jahres in der „Stuttgarter Zeitung“ zu lesen – ich zitiere –, dass Sie nicht eine „Lex Daimler“ schaffen wollen, indem Sie Daimler eine Sondergenehmigung zum Einsatz von Lang-Lkws erteilen. Das war noch im Dezember 2014.

(Abg. Winfried Mack CDU: Das hat er gesagt!)

Es dauerte dann nicht einmal fünf Monate, bis Sie, Herr Minister Hermann, im März dieses Jahres ankündigten, dass das Land die wissenschaftliche Studie zur CO₂-Bilanz von Lang-Lkws in Kooperation mit Daimler begleiten werde und dass Baden-Württemberg am Feldversuch für Lang-Lkws teilnehmen werde. Mit dieser Entscheidung haben Sie alle Ihre bisherigen Aussagen zu Makulatur erklärt und – wie bereits gesagt – eine komplette 180-Grad-Wende vollzogen, und das in nicht einmal fünf Monaten. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt. Denn kürzlich hat sich unser Ministerpräsident herausgenommen, die Grünen als die Wirtschaftspartei im Land Baden-Württemberg herauszustellen.

(Abg. Winfried Mack CDU: Er hat gepfiffen!)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, damit die Kehrtwende aber nicht so peinlich wird, haben Sie sich ein Alibi für die Teilnahme am Feldversuch mit Lang-Lkws ausgedacht. Das Alibi ist der Klimawandel, der Klimaschutz. Lassen Sie mich eines sagen, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen: Der Zwischenbericht der Bundesanstalt für Straßenwesen ist bezüglich des CO₂-Einsparpotenzials der Lang-Lkws ganz deutlich und exakt. So ersetzen zwei Lang-Lkw-Fahrten etwas mehr als drei

(Marcel Schwehr)

konventionelle Lkw-Fahrten. Auch das muss man einmal deutlich sagen. Dadurch, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, sinken der Spritverbrauch und der CO₂-Ausstoß um bis zu 25 %.

Auch die vonseiten des Ministers viel beschworene Verlagerung des Güterverkehrs von der Schiene und der Binnenschifffahrt auf die Straße konnte bisher nicht festgestellt werden. Dafür gibt es einfache Gründe. So transportieren die Lang-Lkws – das wissen wir alle – nicht vor allem schwere Güter, sondern voluminöse Güter wie etwa Toilettenpapier, Papier, Kartonagen und ähnliche Materialien von A nach B.

Die prognostizierten Zuwächse im Güterverkehr von insgesamt 38 % bis 2030 machen es angesichts der ausgereizten Kapazitäten von Schiene und Straße notwendig, neue Logistikkonzepte zu beraten. Hierzu gehören auch – das sage ich deutlich – die Lang-Lkws.

Mit Ihrer bisherigen Position haben Sie sich selbst in Bedrängnis gebracht. Ihre Position ist schlicht und ergreifend auf Dauer nicht haltbar und auch angesichts der Erkenntnisse der Bundesanstalt für Straßenwesen nicht nachvollziehbar.

Angesichts der dargestellten Ergebnisse ist die Erstellung der angesprochenen wissenschaftlichen Studie vor der Fertigstellung des endgültigen Berichts der Bundesanstalt für Straßenwesen unnötig. Aber, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen, wir sind es mittlerweile gewohnt, dass Gutachten und Studien alles sind, was wir unter dieser Regierung und gerade auch unter diesem Verkehrsminister zu erwarten haben: Viel Geld für nichts, aber Gutachten und Studien werden permanent in Auftrag gegeben – so kann es auf Dauer nicht sein.

Liebe Kolleginnen und liebe Kollegen, lassen Sie mich abschließend klarmachen, welche Ideologie hinter der Ablehnung von Lang-Lkws bisher bestanden hat. Am vergangenen Freitag haben Sie, verehrter Herr Minister Hermann, auf dem Kongress „Neue Mobilität“ gesagt – ich zitiere wieder –: „Baden-Württemberg ist nicht länger Autoland.“

(Lachen des Abg. Dieter Hillebrand CDU – Abg. Dieter Hillebrand CDU: Fahrradland!)

Wenn Baden-Württemberg nicht einmal mehr Autoland ist, liebe Kolleginnen und Kollegen, was haben dann Lkws in diesem Land verloren? Das ist die Ideologie; das muss man ganz deutlich sagen.

Das heißt für mich: Ein echter Sinneswandel hat bei Ihnen nicht stattgefunden. Denn Lang-Lkws passen schlicht und einfach nicht in Ihr Weltbild. Für Sie ist schließlich alles Teufelszeug, was mehr als zwei Räder hat und nicht durch das Treten von Pedalen angetrieben wird.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Präsident Wilfried Klenk: Das Wort für die Fraktion GRÜNE erteile ich dem Kollegen Schwarz.

(Abg. Winfried Mack CDU: Jetzt musst du eiern!)

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Seit vier Jahren betreiben wir in Baden-Württemberg erfolgreich die Politik des Gehörtwerdens.

(Lachen bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Beifall bei Abgeordneten der CDU sowie der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE und Claus Schmiedel SPD)

– Ich freue mich über den Applaus der CDU. Dieser bestätigt einmal mehr, wie richtig wir auf dieser Linie liegen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Feuern Sie uns in den nächsten Monaten an, wenn wir damit im Land unterwegs sind und die Politik des Gehörtwerdens vertreten.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Lachen bei Abgeordneten der CDU)

Feuern Sie uns dabei an, denn das ist das beste Indiz dafür, dass die vom Herrn Ministerpräsidenten vorgegebene Linie in der Breite des Landtags angekommen ist.

(Lachen bei Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Märchenstunde!)

Wenn neue Erkenntnisse vorliegen, werden wir diese in unsere Entscheidungsfindung einfließen lassen. Das ist der klare Unterschied zu einer Basta-Politik, wie sie der frühere Ministerpräsident Mappus gelebt hat.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Nicole Razavi CDU: Fällt Ihnen nichts Besseres ein? – Zuruf des Abg. Thaddäus Kunzmann CDU)

Lernen, Realitäten akzeptieren und verhandeln, um das Beste für die Menschen und die Wirtschaft im Land zu erreichen, nach dieser Methode machen wir Politik,

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Genau!)

nach dieser Methode macht der Verkehrsminister Politik. Das ist eine verantwortungsvolle Politik, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU)

Ich bin dem Verkehrsminister dankbar, dass er den Dialog mit der Wirtschaft gesucht und mit den Unternehmen eine gute Lösung für den Einsatz der Lang-Lkws in Baden-Württemberg gefunden hat.

(Zuruf des Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU)

Denn: Führt man solche Gespräche – meine Fraktion führt diese seit vier Jahren mit der verladenden Wirtschaft –, dann stellt sich der Sachverhalt doch wesentlich differenzierter dar, als er heute von der CDU und von der FDP/DVP vorgetragen wurde.

Viele Bürgerinnen und Bürger machen sich Sorgen um die Verkehrssicherheit. Diese Sorgen müssen wir, die Politikerinnen und Politiker, ernst nehmen. Auf der anderen Seite stehen die Hinweise und Forderungen der Wirtschaft und der Logistikbranche. Wir müssen tatsächlich die Frage stellen und auch

(Andreas Schwarz)

beantworten, ob der Einsatz von Lang-Lkws einen weiteren Klimavorteil bringt. Diese Frage ist meiner Fraktion wichtig. Diese Frage werden nun die erwähnten Gutachten und die weiteren Prozesse klären, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf von den Grünen: Genau!)

Es steht aber doch viel weiter die Frage dahinter: Wie organisieren wir die für unseren Wirtschaftsstandort so wichtige Logistik effizient, menschen- und umweltfreundlich? Das ist doch die eigentliche Frage der heutigen Debatte. Daran sieht man wieder: Das, was FDP/DVP und CDU vorgetragen haben, greift wieder einmal viel zu kurz. Man kann sich doch nicht allein auf den Lang-Lkw fokussieren. Wir brauchen ein Gesamtkonzept, das zu einem geringeren Schadstoffausstoß führt, das zu weniger verstopften Autobahnen führt.

(Zurufe der Abg. Dr. Reinhard Löffler und Nicole Ravazi CDU)

Unterstützen Sie uns dabei, Verkehre auf die Schiene und auf die Wasserstraße zu verlagern, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Nehmen wir das Thema Wasserstraßen. Wir haben im Landtag seit vielen Jahren gefordert, dass die Wasserstraße Neckar bis Plochingen für die Nutzung von Schiffen mit einer Länge von bis zu 135 m ausgebaut wird. Ich freue mich über die Zustimmung der CDU-Landtagsfraktion. Aber wo bleiben die Initiativen der CDU auf Bundesebene? Warum rührt sich Ihr Bundesverkehrsminister nicht?

(Abg. Nikolaus Tschenk GRÜNE: Genau!)

Wo ist Ihr Landesvorsitzender Strobl, wenn es um den Ausbau der Neckarschleusen geht?

(Abg. Nikolaus Tschenk GRÜNE: Abgetaucht!)

Fehlanzeige bei der CDU im Bereich der Infrastruktur. Sehr bedauerlich!

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: So ist es!)

Wir werden sehr genau prüfen, welche Rolle der Lang-Lkw in einem Gesamtkonzept für nachhaltige Logistik spielen kann. Der Zwischenbericht der Bundesanstalt für Straßenwesen ist schon erwähnt worden. Die Bundesanstalt für Straßenwesen begleitet diesen Versuch. Aus dem Zwischenbericht ging hervor, Brücken und Straßen seien nicht deutlich mehr belastet, auch bei der Verkehrssicherheit gebe es offenbar keine Probleme. Das sind einerseits positive Zwischenergebnisse. Wir müssen aber sehen, Herr Kollege Schwehr, dass diese Ergebnisse darauf beruhen, dass man mit einem Gesamtgewicht der Lkws von 40 t gerechnet hat. Es gibt Forderungen, bei den Lang-Lkws ein Gewicht von bis zu 60 t zuzulassen. Insofern ist hier der Hinweis auf eine differenzierte Betrachtung angebracht.

Wenn man den Zwischenbericht weiter liest, erkennt man, dass weitere Schwierigkeiten thematisiert werden. Wie sieht

es mit Nothaltebuchten in Tunnels aus? Sind Rastanlagen, Parkanlagen für die Lang-Lkws geeignet? Auch hier formuliert der Zwischenbericht einige Fragezeichen.

Der Zwischenbericht trifft keine Aussage zu der Frage, wie die CO₂-Bilanz des Lang-Lkws aussieht. Da ist der Zwischenbericht der Bundesanstalt für Straßenwesen sehr dürftig. Genau diese Frage will die Landesregierung bzw. das Verkehrsministerium näher beleuchten lassen. Das ist ein sehr gutes Vorgehen.

(Beifall bei den Grünen)

Denn aus der Sicht der grünen Landtagsfraktion muss man die Frage beleuchten, ob der Einsatz von Lang-Lkws zu einer Emissionseinsparung von ca. 2 000 t CO₂ führt. Denn wenn sich diese Emissionseinsparung von 2 000 t CO₂ tatsächlich realisieren ließe, dann hätten wir einen immensen Schritt im Klimaschutz getan. Wenn es tatsächlich zutrifft, dass zwei Fahrten mit einem Lang-Lkw drei Fahrten mit einem konventionellen Lkw ersetzen können, könnte ein immenser Schritt getan werden,

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Toll!)

um das Autobahnnetz zu entlasten und den Schwerlastverkehr auf Autobahnen zu reduzieren.

(Abg. Marcel Schwehr CDU: Meine Worte!)

Wenn am Ende tatsächlich eine Einsparung an Dieselmotorkraftstoff von zwischen 15 und 20 % erreicht wird,

(Abg. Marcel Schwehr CDU: 25 %!)

dann würde der Einsatz von Lang-Lkws tatsächlich einen Klimavorteil bringen. Daher ist es absolut richtig, gemeinsam mit der Wirtschaft diese Punkte einer näheren Betrachtung zu unterziehen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Ich kann also festhalten: Bei diesem Thema ist der Minister auf einer richtigen Fährte. Er untersucht die Sache sehr differenziert. Meine Fraktion trägt diesen differenzierten Kurs mit. Wir sind gespannt, welche Ergebnisse Sie berichten werden.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Präsident Wilfried Klenk: Das Wort für die SPD-Fraktion erteile ich dem Kollegen Haller.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Wenn einer für Lang-Lkws ist, dann er!)

Abg. Hans-Martin Haller SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Problem haben meine Vorredner hinreichend beschrieben: Das Volumen des Gütertransports in dieser Republik steigt und steigt – auch durch neue Techniken, durch Interneteinkäufe. Es wird immer mehr sogar direkt zum Kunden transportiert, und die Transportwege werden nicht entsprechend ausgebaut. Das betrifft die Straße, aber noch viel mehr das Schienennetz und die Wasserwege.

(Hans-Martin Haller)

Der Bund – das kann man sagen, egal, welche Partei gerade regiert – versagt beim Ausbau des Schienennetzes und der Wasserwege, um Alternativen zur Straße zu haben. Denken Sie nur einmal darüber nach, wie lange man für den Bau des dritten und des vierten Gleises im Rheintal braucht.

(Beifall des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE – Zuruf des Abg. Marcel Schwehr CDU)

Was sagt denn Dobrindt dazu? Das ist die Situation. Deswegen geht es nicht auf ein Versagen der Spediteure und der Logistiker zurück, wenn wir immer mehr Lkws auf der Straße haben, sondern es ist ein gewisses Versagen derer, die für die Infrastruktur in diesem Land verantwortlich sind. Das sind vor allem die Bundesregierung und der Bundesverkehrsminister.

Es sind keine Perspektiven vorhanden, wonach in absehbarer Zeit, in einem Jahrzehnt, ein Ausbau des Schienennetzes stattfinden kann oder wird, der es zuließe, die wachsenden Gütermengen auf die Schiene zu verlagern. Wir bedauern dies. Trotzdem hält die SPD uneingeschränkt an ihrem Ziel fest, mehr Güter auf die Schiene und möglichst auf die Wasserwege zu verlagern.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Das ist unser erklärtes Ziel, wenngleich wir wissen: Es ist ein weiter, weiter Weg, den wir hierbei vor uns haben.

Nun gibt es die Überlegung, über einen Modellversuch in Deutschland andere Lkws zuzulassen – übrigens ein Modellversuch, der in Europa wenig Anklang findet. Das muss man sehen. Er wird speziell nur in Deutschland durchgeführt, weil das europäische Recht gar nichts anderes zulässt als einen Versuch.

Nun wurde beschrieben, wie die Spediteure das alle wollten, wie der gesamte logistische Mittelstand das alles wolle. Dahinter kann man schon zwei Fragezeichen setzen. In der Republik gibt es ca. 300 000 Lkws. Es sind – wenn ich es richtig nachgelesen habe – derzeit gerade einmal 110 Lang-Lkws unterwegs. Das ist – lassen wir Baden-Württemberg einmal weg – nicht der Run für die Logistiker und die Spediteure, und sie wollen das zum Teil auch nicht.

Ich will Ihnen auch erklären, weshalb. Zum einen haben sie ihre Betriebshöfe, ihre ganzen Abläufe auf die jetzigen Größen von Lkws eingerichtet. Jeder neue Lang-Lkw sprengt das gesamte Ordnungssystem in einem Betriebshof. Deswegen gibt es durchaus eine Reserviertheit, hier eine völlig andere Art aufzubauen.

Natürlich ist die gesamte Verkehrsinfrastruktur in dieser Republik nicht überall für diese Lang-Lkws ausgerichtet. Hinsichtlich der Brückenlasten ist das ja noch denkbar. Aber die Rasthöfe, die Autohöfe, Kreisel und anderes mehr sind nicht zwingend für diese Lang-Lkws ausgerichtet. Das führt zu Behinderungen, und deswegen ist es richtig, den Versuch zu machen.

Dass es gegenüber dem Versuch Vorbehalte geben kann, ist nicht das Privileg dieser Landesregierung, des Ministers. Herr Haußmann, ich darf Aussagen aus dem Jahr 2011 zitieren:

Lang-Lkw – Hessen kritisiert Verordnung für Feldversuch ... Hessens Verkehrsminister Dieter Posch (FDP) bemängelt unter anderem den Umfang der wissenschaftlichen Begleitung des Versuchs.

Dieser müsse eine zuverlässige statistische Bewertung der Verkehrssicherheit ermöglichen.

Wir haben also nicht allein Vorbehalte. Wir hatten diese. Dazu bekennen wir uns, weil wir auch im Interesse der Mittelständler, die auf uns zugegangen sind, gesagt haben: Das ist nicht zwingend die Lösung, zumal die Lösung auch immer nur auf klar definierten Autobahnabschnitten erfolgen kann.

Der Lang-Lkw ist kein Modell für die vielen Hidden Champs im ländlichen Raum. Das muss einmal deutlich gesagt werden. Die Hidden Champs im ländlichen Raum, von denen wir reden, sichern Arbeitsplätze und Lebensqualität in Baden-Württemberg.

So viel zur Beschreibung der Situation.

Nun ist dieser Feldversuch gelaufen. Daraus sind Erkenntnisse gewonnen worden. Dazu haben wir von der SPD schon im Herbst gesagt: Okay, das ist gut, wir müssen darüber nachdenken. Das ist kein Fehler, ganz im Gegenteil. Wir sehen das als Lob.

Jetzt frage ich mich nur, Herr Haußmann – Sie stellen eine Frage im Titel der von Ihnen beantragten Aktuellen Debatte –: Was ist denn jetzt Ihre Antwort? Die haben Sie noch nicht gegeben. Ist der Herr Verkehrsminister jetzt glaubhaft oder nicht? Er ist glaubhaft! Natürlich ist er glaubhaft,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

weil er lernfähig ist, weil er lernwillig ist – wie wir alle in der Koalition. Wir hören auf die Stimmen, auf die Menschen, mit denen wir reden, mit denen wir Dialoge führen. Wir sind mit ihnen zwar nicht immer einer Meinung, aber wir respektieren deren Meinung – also Lernfähigkeit pur in dieser Koalition, in dieser Regierung. Das ist, wie Sie richtig gesagt haben, „erste Sahne“. Darauf sind wir stolz.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Präsident Wilfried Klenk: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Hermann das Wort.

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin gerade für die letzten beiden Redebeiträge sehr dankbar, weil die Debatte damit auch differenziert geführt worden ist.

(Zuruf des Abg. Thaddäus Kunzmann CDU)

– Ja, und zwar ganz eindeutig und mit Argumenten. Ich will einige Punkte, die vonseiten der Opposition gerade vorgetragen worden sind, noch einmal deutlich relativieren.

Ich musste die Verwaltung des Landesverkehrsministeriums Baden-Württemberg nicht vom Gialiner abbringen. Vielmehr waren die Bedenken im Haus, bei den Experten im Verkehrsministerium, gegen die Gialiner vorhanden – eben aus Gründen der Verkehrssicherheit und der Infrastrukturbelastung. Sie tun jetzt so, als wären Sie dem Feldversuch damals mit Feuer und Flamme beigetreten und hätten keine Bedenken dagegen gehabt.

(Minister Winfried Hermann)

Richtig ist – das hat Herr Haller sehr gut ausgeführt –, dass innerhalb des Speditionsbereichs, innerhalb der Branchen und übrigens auch innerhalb der Wirtschaft seit Jahren hochumstritten ist: Mit welchen Gefäßen transportiert man die Waren, und sind Gigaliner dafür eine richtige Antwort?

Wenn eine Debatte so strittig geführt wird, dann finde ich es ziemlich lernunfähig, würde ich einmal sagen, wenn man so tut, als gäbe es nur eine Meinung, nie verschiedene Positionen. Ich finde es auch überhaupt nicht anrühlich, wenn Politik bei Vorliegen neuer Informationen nachdenkt und gegebenenfalls auch die Positionierung ändert. Das zählt für mich zum Wesen guter Politik.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Ich sage ganz deutlich: Ja, wir nehmen an diesem Feldversuch jetzt teil – unter sehr begrenzten Bedingungen und auch nur auf sehr begrenzten Strecken. Wir haben eine klare Vereinbarung: Wir öffnen nicht das ganze Netz. Vielmehr sind wir, nachdem die Debatte anlässlich des Zwischenberichts nochmals aufgekommen ist, nachdem die Wirtschaft auch mit uns das Gespräch gesucht und deutlich gemacht hat: „Es sind doch neue Erkenntnisse vorhanden. Warum macht ihr das nicht?“, zusammengekommen und haben gesagt: Wir sind weiterhin skeptisch, ob das zutrifft.

Weiterhin haben wir die Frage: Wird das Ganze einen positiven oder einen negativen Klimaschutzeffekt haben? Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn Klimaschutz so einfach wäre, dass Sie den Effekt über einen Dreisatz ausrechnen könnten, brauchten wir keine Wissenschaft. Wenn es so einfach wäre, dass man nur Lkws zählen müsste und dann schon wüsste, was herauskommt, brauchten wir keine Wissenschaft.

Sie brauchen hier nicht immer wissenschaftliche Beratung irgendwie lächerlich zu machen. Es täte Ihnen gut, wenn Sie sich ab und zu solcher Ratschläge bedienen würden.

(Abg. Jörg Fritz GRÜNE: Ob das was hilft?)

Denn es ist doch ganz offenkundig, dass man mehr wissen muss als die Antwort auf die Frage, wie viele Lkws fahren. Ich muss wissen: Wie ist die Auslastung, wie sind die Wege, wie sind die Verlagerungseffekte, wie ändert sich die Logistikkette, hat das Ganze einen langfristigen Verlagerungseffekt weg von der umweltfreundlichen Schiene hin zur Straße? All das sind Fragen, die man klären muss, die man auch wissenschaftlich klären muss.

Ich möchte Ihnen einmal eines sagen: Wenn ich als Minister meinem Haus den Auftrag geben würde, das einmal zu beurteilen, würden Sie nur lachen, weil Sie sagen würden: „Das ist doch eine interessengeleitete Beurteilung.“

(Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

Umgekehrt: Wenn die Wirtschaft ihrerseits käme und sagen würde: „Wir haben aber wissenschaftlich bewiesen, dass alles gut ist“, würde das auch niemand glauben.

Jetzt sind wir einen Schritt weiter. Denn zum ersten Mal hat sich ein Unternehmen, nämlich Daimler, bereit erklärt – als Hersteller dieser Lkws –, auf einem definierten Feld, wissenschaftlich begleitet, untersuchen zu lassen, ob tatsächlich CO₂

eingespart wird, wie die Auslastung dieser langen Lkws ist, ob sie z. B. leer zurückfahren oder nicht leer zurückfahren, ob sie zu 70 oder zu 80 % beladen sind. All dies sind Fragen, die wir bisher nicht klären konnten und die übrigens auch die BAST mit ihrer Studie nicht klären konnte. Da sind wir wirklich einen Schritt weiter.

Insofern glaube ich, dass unsere Vereinbarung, das Ganze wissenschaftlich untersuchen zu lassen, ein Beitrag zur Versachlichung dieser Debatte ist, die seit Langem ziemlich unsachlich abgelaufen ist.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD
– Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Sehr richtig!)

Kommen wir einmal zu der BAST-Untersuchung. In sie ist vieles hineininterpretiert worden. Aber ich muss schon einmal sagen: Der Versuch läuft erstens über fünf Jahre, und wir haben nur einen Zwischenbericht. Es handelt sich also nicht um einen Endbericht, und es kann noch kein abschließendes Urteil gefällt werden.

(Abg. Marcel Schwehr CDU: Ich habe nichts anderes gesagt!)

Zweitens hat die BAST in ihrem Zwischenbericht eine Reihe von Punkten aufgelistet, die eher besser sind als erwartet, und andere Punkte dargestellt, die noch gar nicht geklärt sind. Beispielsweise steht ganz eindeutig darin: Die ursprünglich erwarteten großen verkehrstechnischen Probleme – etwa dass die Kreisverkehre nicht ausreichend breit sind, dass die Straßen nicht breit genug sind oder dass die Lkws die Kurven nicht kriegen – scheinen nicht so schwierig zu sein. Es wurde bewusst hineingeschrieben, dass man es noch nicht sicher weiß, es aber leichter als gedacht sein könnte.

Andere Punkte – auch das haben sie gesagt – sind nicht gelöst und vermutlich auch nicht ohne Weiteres und ohne Investitionen lösbar, weil Infrastruktur – z. B. Straßen, Tunnel, Nothaltebuchten oder Raststättenparkplätze – gar nicht auf dieses Format ausgelegt sind. Das heißt, wenn diese Lkws dauerhaft ein sicheres Transportmittel sein sollen, müssten all diese Investitionen getätigt werden. Das sind Beispiele für offene Fragen.

Jetzt komme ich noch einmal zur CO₂-Bilanz. Die BAST sagt dazu ganz eindeutig: „Wir untersuchen diese Frage nicht mit sehr viel Tiefe.“ Übrigens ist die Frage der Verlagerung nicht Teil des Gutachtens. Damit ist völlig klar, dass unser Ansatz, solche Fragen zu bearbeiten, völlig berechtigt ist. Denn die BAST bildet das so nicht ab.

Wenn ich Ihnen Folgendes sagen darf: Der Herr, der zuständig ist und dieses Projekt leitet, hat mich dazu beglückwünscht, dass Baden-Württemberg diesen Modellversuch macht. Er hat gesagt: „Es ist gut, dass Sie diese Lücke schließen. Wir erklären uns bereit, mit Ihnen zusammenzuarbeiten. Denn auch wir haben ein Interesse daran, dass diese Fragen endlich eindeutig geklärt werden.“

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Kommen wir zu der Behauptung, wir würden damit nur für Daimler etwas machen und hätten die anderen nicht gefragt. Tatsache ist: Nachdem die Debatte öffentlich geworden ist,

(Minister Winfried Hermann)

haben sich unglaublich viele gemeldet. Wenn wir dem nachgegangen wären, hätten wir das ganze Netz in Baden-Württemberg freigeben können. Dies wäre jedoch verantwortungslos gewesen, weil man sich die Infrastruktur natürlich genau daraufhin ansehen muss, wo es überhaupt geht. Es geht nämlich nicht überall. Man muss die Umsetzbarkeit vorher mit der Polizei, dem Regierungspräsidium usw. überprüfen.

Eindeutig ist: Nicht wir haben gesagt, sondern der Bund hat gesagt: „Bis zum 10. April müssen Strecken für die nächste Änderungsverordnung angemeldet werden.“ Daher war es uns nicht mehr möglich, ein umfassendes Beteiligungsverfahren durchzuführen. Ich hätte einmal hören wollen, was Sie, wenn wir ein umfassendes Beteiligungsverfahren durchgeführt hätten und die Frist abgelaufen wäre, zu uns gesagt hätten.

Es war also richtig, dass wir unter Zeitdruck gehandelt haben. Wir haben gegenüber der Wirtschaft gesagt: „Es bleibt nicht viel Zeit.“ Wir haben auch gesagt: „Wir können nur eine kurze Liste und nicht eine lange Liste vorlegen.“

Die kurze Liste, die wir gemeldet haben, sieht nun so aus: Wir melden beim Bund erstens die A 81 von der bayerischen Grenze bis Herrenberg, zweitens die A 8 von der bayerischen Landesgrenze bis Karlsruhe, drittens die A 5 von Karlsruhe bis Rastatt und einige kürzere Zuliefererstrecken an.

Außer Daimler sind auch ein anderes Großunternehmen und eine Spedition beteiligt. Es ist also nicht ausschließlich Daimler beteiligt, und die Strecken sind genau definiert.

Nun zu der Frage der FDP/DVP, wie glaubwürdig ich bin. Ob Sie es glauben oder nicht: Wir haben die Liste mit den Anmeldungen am 10. April eingereicht. Es ist Ihre Frage, ob Sie sich der Wirklichkeit stellen oder nicht. Tatsache ist: Wir haben das angemeldet.

Ich will auch einige Gedanken aufgreifen, die von verschiedenen Seiten angesprochen worden sind. Die eigentliche Herausforderung dieser Debatte liegt nicht in der Frage, wie lang Lkws sein dürfen, die bei uns auf die Straße gebracht werden. Die gesamte Branche und alle Leute, die sich in diesem Bereich auskennen, wissen ganz genau, dass man, selbst wenn die Gigaliner am Ende dieser Untersuchung positiv bewertet würden, vielleicht 5 % der Lkw-Verkehre im Land damit abwickeln könnte. Man könnte damit also nicht wirklich die Transportprobleme auf unseren Straßen und nicht wirklich die Klimaschutzfragen lösen. Dazu brauchen wir eigentlich mehr.

Die Frage lautet im Grunde genommen: Wie schaffen wir es, das ständig wachsende Transportaufkommen auf unseren Straßen, das auch durch unser Konsumverhalten und unser Wirtschaften ausgelöst wird, dauerhaft nachhaltig zu organisieren – ohne Umweltschaden, ohne Klimaschaden? Es sollte doch wenigstens darüber ein Konsens möglich sein, dass das die Herausforderung ist. Dabei kann ein längerer Lkw nur ein kleiner Beitrag sein.

Viel entscheidender ist doch die Beantwortung der Frage, wie wir es schaffen, dass mehr Verkehr auf die Schiene verlagert wird, dass mehr Verkehr auf die Binnenschiffe verlagert wird, und wie wir das Ziel, wenigstens 30 % des Güterverkehrs auf die Schiene zu bringen, erreichen können. Dieser Anteil liegt in Baden-Württemberg deutlich unter 20 %. Das 30-%-Ziel

ist nicht nur das Ziel dieser Regierung, sondern auch das Ziel der Bundesregierung und auch das Ziel der Europäischen Kommission. Am Erreichen dieses Ziels müssen wir doch arbeiten.

Ich will auch den Punkt aufgreifen, den Herr Schwarz angesprochen hat. Mich besorgt es – Sie haben mich anfangs immer damit angegriffen, dass ich mich nicht um den Neckarschleusenausbau kümmern würde. Inzwischen schreibt uns der Bund, dass er erstens die Schleusen nicht verlängert und es zweitens mit der Sanierung ohne die Verlängerung wahrscheinlich bis 2045 dauert. Dies ist ein glatter Bruch der Verwaltungsvereinbarung, die übrigens Sie vor vielen Jahren mit dem Bund getroffen haben. Nichts passiert. Ich höre auf Bundesebene keine Kritik. Ich habe noch keinen Brief gelesen, in dem einer von Ihnen einmal den Bundesverkehrsminister oder den Bundesfinanzminister in dieser Sache angegriffen hätte.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Wir pflegen einen anderen Stil, Herr Minister! – Weitere Zurufe von der CDU)

Die Herausforderungen sind doch: Verlagerung auf die Wasserstraße, Verlagerung auf die Schiene.

(Beifall bei den Grünen)

Wir müssen uns auch einmal darüber Gedanken machen, wie es eigentlich kommt, dass seit vielen Jahren jeder Verkehrsminister – egal, welcher Partei er angehört, welcher politischen Couleur er ist – für sich den Anspruch hat: „Wir müssen mehr Verkehr auf die Schiene und auf die Wasserstraße verlagern“, der Trend aber seit Jahrzehnten genau andersherum ist. Warum ist das so? Darüber muss man sich doch einmal Gedanken machen.

Eine wesentliche Ursache ist, dass der Güterverkehr auf der Straße in den letzten Jahrzehnten im Vergleich zu dem auf der Schiene deutlich verbilligt worden ist. Übrigens ist der Güterverkehr auf der Straße auch besser, flexibler als der auf der Schiene geworden. Der Schienengüterverkehr ist von der Deutschen Bahn systematisch vernachlässigt worden. Viele Terminals sind abgebaut worden. Das sind doch die Ursachen: Verbilligung des Güterverkehrs auf der Straße, schlechte Angebote für den Güterverkehr auf der Schiene. Wenn wir das nicht ändern, wird uns eine umweltfreundliche Verlagerung nicht gelingen.

Ich erwarte von der Bundesregierung eine Offensive in Sachen Schienengüterverkehr und Ausbau des Schienengüterverkehrs.

Das Umweltbundesamt hat vor einigen Jahren einmal aufgelistet, was man mit vergleichsweise wenig Geld erreichen könnte, um den Schienengüterverkehr deutlich leistungsfähiger zu machen, als er heute ist.

Wir bräuchten übrigens auf europäischer Ebene auch endlich Grenzwerte für den CO₂-Ausstoß von Lkws. Wir brauchen auch faire Kostenbedingungen. Heute zahlt man auf der Schiene – egal, auf welcher Strecke man fährt, und sei es eine noch so kleine Nebenbahn – Schienenmaut. Aber für den Lkw zahlt man nur auf der Bundesautobahn Maut, jetzt auch etwas auf einigen Bundesstraßen und vielleicht langfristig auf mehr

(Minister Winfried Hermann)

Bundesstraßen. Notwendig wäre es, für Lkws auf allen Straßen zahlen zu müssen. Dann wären die Rahmenbedingungen ungefähr gleich,

(Zurufe der Abg. Nicole Razavi und Winfried Mack
CDU)

und dann wäre auch eine Voraussetzung für eine Verlagerung geschaffen.

Meine Damen und Herren, das sind also die eigentlichen Fragen, um die es gehen muss. Dazu würde ich von Ihnen gern Antworten erhalten. Es muss eine Diskussion darüber geführt werden, wie man diese Strategie entwickeln kann. Jedenfalls war diese Debatte so, wie sie angesetzt war, nicht die richtige Art und Weise, wie man mit einem solchen Problem umgeht.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Präsident Wilfried Klenk: In der zweiten Runde erteile ich das Wort für die FDP/DVP-Fraktion dem Kollegen Haußmann.

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Sehr geehrter Herr Präsident! Lieber Herr Kollege Schwarz, Sie haben die Landesregierung als die Koalition des Gehörtwerdens gelobt.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Sehr richtig!)

Ich habe das Gefühl, dass Sie, wenn sich der Mittelstand meldet, nicht zuhören, dass Sie jedoch dann zuhören, wenn sich ein großer Konzern meldet.

(Oh-Rufe von den Grünen und der SPD – Weitere Zurufe)

Sie müssen noch einmal überlegen, wie das Gehörtwerden dieser Landesregierung tatsächlich aussieht. Ich will das bloß sagen, weil Sie das so hoch gelobt haben.

Zu all den Argumenten, die Sie und auch der Verkehrsminister angesprochen haben: Wir reden über einen Feldversuch. Es geht jetzt nicht darum, morgen zu entscheiden, dass der Lang-Lkw bundesweit Einzug hält. Wir reden vielmehr über einen Feldversuch.

Deswegen ist es umso unverständlicher, dass Sie sich diesem Versuch, bei dem man genau das prüft, was Sie jetzt angesprochen haben, vier Jahre lang verweigert haben.

Ich gebe Ihnen recht, Herr Verkehrsminister: Wir reden nicht über eine Entwicklung, die dahin führen würde, dass Lang-Lkws künftig alle Verkehre abdecken würden. Denkbar wären vielleicht 5 %, manche sprechen von 10 %. Es wird auf jeden Fall ein kleiner Anteil bleiben. Sie tun das so en passant mit den Worten ab: „Das bisschen Diesel und CO₂.“ Ich habe Ihnen ein Beispiel genannt, das die Nachhaltigkeit aufzeigt. Wenn es uns nach einer positiven Bewertung gelänge, tatsächlich einige Prozent, einige Fahrten bei einigen Spediteuren zu erreichen, dann hat sich doch der Feldversuch gelohnt.

Vor diesem Hintergrund sollte man sich jetzt nachhaltig bereit erklären, möglichst viele Strecken anzumelden, damit wir

eine fundierte Grundlage haben, um nach dem Feldversuch zu entscheiden, ob Lang-Lkws in Deutschland eingesetzt werden.

Deswegen verstehe ich nicht, dass Sie hier vier Jahre lang blockiert haben.

(Vereinzelt Beifall)

Die Erkenntnisse des Zwischenberichts kennen wir im Grunde genommen schon seit Längerem.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der
CDU)

Ich will nur ein paar weitere Punkte ansprechen: Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat im Bundestag eine Anfrage eingebracht, die im März vom Bundesverkehrsminister beantwortet wurde. Darin sind u. a. die Themen Verkehrssicherheit, Brandschutz, Gefahrgüter und die Problematik der Kreisverkehre, die sich sehr günstig darstellt, beschrieben. Wir stehen – Sie haben das beschrieben – bei Nothaltebuchten vor Herausforderungen; diese Buchten werden jedoch auch für andere Lkws benötigt. Für all das brauchen wir den Feldversuch.

Doch in der Antwort – dies zu dem Gutachten, das Sie noch beauftragen – steht auch, dass eben gerade zu dem Thema „Verlagerungseffekte, CO₂-Emissionen“ die neuen Erkenntnisse in einer konkreten Studie ausgearbeitet werden sollten. Insofern ist es für mich unverständlich, dass wir, das Bundesland Baden-Württemberg, hierzu noch einmal ein zusätzliches wissenschaftliches Gutachten in Auftrag geben, damit diese Dinge auf Bundesebene mit abgedeckt werden.

Fazit zum Lang-Lkw: Dieser Feldversuch macht Sinn, er schont unsere knapper werdenden Ressourcen, er steigert die Effizienz unseres Verkehrsträgers Straße, und er ist betriebswirtschaftlich und ökologisch sinnvoll.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Marcel
Schwehr CDU)

Präsident Wilfried Klenk: Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort dem Kollegen Schwehr.

Abg. Marcel Schwehr CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein paar Sekunden habe ich noch.

Ich möchte darauf eingehen – der Minister hat es vorhin angesprochen –, dass man eine Meinung auch einmal ändern kann. Respekt davor, das ist in der Tat so. Nur: Wir nehmen Ihnen Ihre Meinungsänderung nicht ab. Sie wurden vonseiten des Ministerpräsidenten zurückgepfiffen, und daraus resultierte Ihre Meinungsänderung in diesem Punkt. Ideologisch verfolgen Sie nach wie vor das, was Sie bisher verfolgt haben.

Punkt 2: Herr Haller, Sie haben es angesprochen: 110 Lang-Lkws sind derzeit unterwegs. Das ist in der Tat richtig; ich habe das auch noch einmal nachgelesen. Nur: Wenn wir den Feldversuch in Baden-Württemberg bisher nicht hatten, warum soll dann eine Spedition sagen: „Ich beantrage das; ich möchte fahren“? Das heißt, es können im Prinzip erst in der Zukunft mehr Lang-Lkws werden.

(Marcel Schwehr)

Zum letzten Punkt noch, Politik des Gehörtwerdens: Ich kann es ehrlich fast nicht mehr hören,

(Heiterkeit)

weil Sie, Herr Ministerpräsident, immer dazusagen: „Gehört werden heißt nicht erhört werden.“ Das müssen wir immer wieder deutlich sagen: Sie werden zwar gehört, aber nicht erhört, so auch in diesem Punkt.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP)

Präsident Wilfried Klenk: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort dem Kollegen Schwarz.

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach 30 Minuten Debatte kann man festhalten: Die Opposition hat dem, was die Landesregierung beschlossen hat, nichts Substanzielles entgegenzusetzen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Lachen der Abg. Nicole Razavi CDU)

Selbst der Kollege Schwehr zollt dem Minister Respekt. Also wo ist Ihre Kritik? Die Sache ist im Übrigen entschieden. Deshalb tun wir gut daran, den Verkehrsminister bei den anstehenden Untersuchungen, die er jetzt gemeinsam mit der Wirtschaft durchführt, zu unterstützen.

Ich möchte Sie trotzdem noch einmal bitten: Gehen Sie auch auf Ihren Bundesverkehrsminister zu, Herr Schwehr, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, wenn es darum geht, die Transportwege in Baden-Württemberg insgesamt auszubauen. Im Landtag ziehen wir, was den viergleisigen Ausbau der Rheintalbahn angeht, zum Glück an einem Strang. Da bin ich jetzt gespannt, was Ihr Bundesverkehrsminister sagt. Was den Ausbau der Neckarschleusen angeht, warten wir dringend auf die Aufnahme der Neckarschleusen bis Plochingen in den neuen Bundesverkehrswegeplan. Auch da bin ich gespannt, welche Aktivitäten die CDU an den Tag legen wird.

(Zuruf der Abg. Nicole Razavi CDU)

Letztendlich brauchen wir auch in Baden-Württemberg weitere Umschlagstellen für den kombinierten Verkehr,

(Zuruf der Abg. Nicole Razavi CDU)

die Vernetzung von Straßen- und Güterverkehr. Auch da warten wir darauf, dass der Bundesverkehrsminister das Land unterstützt.

(Abg. Matthias Pröfrock CDU: Nur zu warten reicht nicht!)

Es gibt also viel zu tun für den Verkehrsminister in Berlin.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Präsident Wilfried Klenk: Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort dem Kollegen Haller.

Abg. Hans-Martin Haller SPD: Meine Damen und Herren! Ich glaube, eines ist jetzt in der zweiten Runde doch deutlich geworden: Die Lang-Lkws sind nicht die Lösung des Güterverkehrsproblems. Herr Haußmann, Sie haben es selbst gesagt: Es geht um einen Anteil von bis zu 10 %. Ich zitiere dazu nochmals aus dem Zwischenbericht – mit Ihrer Erlaubnis, Herr Präsident –:

Als weitere Erkenntnis konnte im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitung die vereinfachte Schätzung des Marktpotenzials von Lang-Lkws generiert werden. Bezogen auf das gesamte deutsche Straßennetz hat die vorgenommene Schätzung ergeben, dass theoretisch 2 % bis maximal 9 % aller Fahrten bzw. 3 % bis maximal 7 % der Fahrleistung konventioneller Lkws durch Lang-Lkws ersetzt werden könnten.

Das ist also ein kleines Mosaiksteinchen in einem riesengroßen Problemthema, und das sollte man nicht zur Lösung aller Probleme hochstilisieren. Sie haben zugegebenermaßen im zweiten Teil klargestellt, dass das nicht der Fall ist. Insoweit, denke ich, haben wir doch jetzt eigentlich auch Konsens darüber,

(Zuruf des Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP)

dass das einen Versuch wert ist und dass der Herr Verkehrsminister das auch richtigerweise so durchführt.

Noch einmal zu dieser Mittelstandsglorifizierung: Natürlich wären es, wenn Baden-Württemberg von Anfang an dabei gewesen wäre, vielleicht ein paar Unternehmen mehr gewesen. Aber im Rest der Republik, dort, wo es zulässig war, haben insgesamt gerade einmal 42 Unternehmen teilgenommen. Daraus kann man doch nicht ableiten, dass das der große Run und die große Forderung dieser mittelständischen Spediteure wäre.

(Abg. Marcel Schwehr CDU: Aber die können nicht überall fahren!)

– Nein, nein, nein. – Also nochmals: Das Ganze ist ein äußerst beschränktes Segment für einen kleinen Teilbereich des Güterverkehrs, bei dem es – vielleicht; das müssen wir dann erproben – möglich ist, mit weniger Fahrten auszukommen, den CO₂-Ausstoß zu reduzieren, das Ganze umweltfreundlicher zu gestalten. Wir sind dabei, und wir begeben uns auf einen guten Weg und hoffen, dass dieser Versuch in unserem Sinn erfolgreich sein wird.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Wilfried Klenk: Kollege Haller, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Schwehr?

Abg. Hans-Martin Haller SPD: Ja, gern.

Präsident Wilfried Klenk: Bitte, Herr Kollege.

Abg. Marcel Schwehr CDU: Herzlichen Dank. Zur Klarstellung: Wenn ich irgendwo im Norden dieser Republik eine Spedition betreibe, aber deutschlandweit tätig bin, dann will ich nur dann die Zulassung von Lang-Lkws, wenn ich auch deutschlandweit unterwegs sein kann und nicht sagen muss: „Durch Baden-Württemberg oder Bayern darf ich nicht fah-

(Marcel Schwehr)

ren.“ Aufgrund dessen ist natürlich eine Zulassung für Deutschland insgesamt erforderlich; nur dann wird der Spediteur das auch beantragen. Daher werden es auch nur sehr wenige sein.

Abg. Hans-Martin Haller SPD: Richtig. Das können Sie hochrechnen, wie Sie wollen. Tatsache ist: Es gibt keine Massenbewegung bei den Spediteuren dahin gehend, dass sie diese Lang-Lkws wollen und brauchen.

Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE)

Präsident Wilfried Klenk: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aktuelle Debatte beendet und Punkt 2 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

Zweite und Dritte Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2015/16 – Drucksache 15/6688

Beschlussesempfehlungen und Berichte des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft – Drucksachen 15/6776, 15/6777

Berichterstatter: Abg. Klaus Maier

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Allgemeine Aussprache eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion festgelegt.

In der Allgemeinen Aussprache erteile ich das Wort für die CDU-Fraktion dem Kollegen Mack.

Abg. Winfried Mack CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es gab einmal eine Zeit in diesem Haus, da haben die Grünen davon geträumt, dass sie an der Seite der CDU Finanzpolitik machen können, Finanzpolitik lernen können

(Lachen bei den Grünen – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Lernen? Sie irren, Herr Kollege!)

und ihre Kompetenzen im Bereich der Finanzpolitik erweitern können. Damals hat der Kollege Kuhn gesagt, er wolle mit grüner Politik schwarze Zahlen schreiben.

(Zurufe der Abg. Muhterem Aras und Andreas Schwarz GRÜNE)

Jetzt machen die Grünen vier Jahre Finanzpolitik an der Seite der SPD. Was ist dabei herausgekommen?

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Drei Mal Nullverschuldung! Das habt ihr noch nie geschafft!)

Grüne Politik mit roten Zahlen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zurufe von den Grünen und der SPD)

Sie machen nichts anderes als das, was alle grün-roten Regierungen landauf, landab machen: Neue Schulden auf dem Rücken der jungen Generation. Von Nachhaltigkeit keine Spur.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Diese Regierung macht in dieser Legislaturperiode 3,8 Milliarden € neue Schulden. Sie haben den Haushalt von 35 Milliarden € auf 44 Milliarden € aufgepumpt, um über 25 %. Man muss sich das einmal vorstellen: Man pumpt den Haushalt in guten Zeiten auf, bis es nicht mehr geht,

(Lachen des Abg. Daniel Renkonen GRÜNE)

und dann spricht man von Rücklagen. Man sagt: Aus Rücklagen wolle man jetzt durch diesen Nachtragshaushalt die Mehrausgaben decken. Wissen Sie, was diese Rücklagen sind? Das ist nichts anderes als eine Nettoneuverschuldung.

(Beifall bei der CDU – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Abgeordneter, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten – – Bitte?

Abg. Winfried Mack CDU: Deswegen ist es ein Propagandatricks, von Rücklagen zu sprechen.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage – –

Abg. Winfried Mack CDU: Nein.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Nein.

Abg. Winfried Mack CDU: Dieser Haushalt ist in Unordnung, obwohl die Steuereinnahmen netto – nicht brutto! – massiv gestiegen sind, und zwar um 5,5 Milliarden €. Wir hatten im Jahr 2011 den Haushalt mit 18,4 Milliarden € Netto-steuereinnahmen übergeben, und wir rechnen jetzt für 2016 damit, dass wir 23,9 Milliarden € haben werden. Nächste Woche erfolgt die Mai-Steuerschätzung. Da werden diese Zahlen sogar noch übertroffen.

Trotz dieser Steuereinnahmen schaffen wir es nicht, wie die anderen Länder in Deutschland oder wie der Bund keine Schulden zu machen oder gar Schulden zurückzuzahlen. Nein, diese Regierung lebt auf Pump, betreibt Pumpkapitalismus, und der Pump von heute sind die Steuern von morgen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl Zimmermann CDU: So ist es!)

Deswegen sagt der Ministerpräsident: Den Soli kann man natürlich nicht abschaffen. Die deutsche Einheit ist zwar weit vorangeschritten, aber jetzt brauchen wir natürlich den Soli für die Opfer rot-grüner Politik in Deutschland.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Was ist denn das? – Zuruf des Staatssekretärs Jürgen Walter)

Schauen Sie sich an, was die SPD im Bund durchgesetzt hat: 1 Milliarde € für Not leidende Kommunen. 33 % dieser 1 Milliarde € sollen nach Nordrhein-Westfalen gehen, weil die nach 25 Jahren Rot-Grün so notleidend sind, und nur 7 % nach Baden-Württemberg.

(Zurufe von den Grünen und der SPD)

Dann habe ich im Finanzausschuss diese Regierung gefragt,

(Winfried Mack)

(Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Keine Ahnung, der Mann!)

was denn die Meinung dieser Regierung zu dieser Bundratsgeschichte ist, wie sie im Bundesrat stimmen wird. Was hat diese Regierung gesagt? Sie wüssten es nicht, wie sie sich verhalten werden. Sie wissen es nicht. Das ist das Muster dieser Regierung: Viel reden, nicht handeln.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Mir kommen die Tränen!)

Das sehen wir jetzt bei der Erbschaftsteuer. Herr Finanzminister, Sie tun mir leid. Mit dem Antrag zur Erbschaftsteuerreform, den die Regierungsfractionen heute einbringen, würde ich mich schämen. Wir sollen in diesem Haus beschließen, dass das vom Finanzminister des Landes vorgeschlagene Modell weiter vorangetrieben werden soll und die Regierung ihrerseits ergebnisoffen auch andere Vorschläge prüfen soll, die den Erfordernissen entsprechen, insbesondere eine verfassungskonforme Regelung zu finden. Von den 100 Millionen € steht da gar nichts mehr drin. Was der Finanzminister bisher erzählt hat, ist alles ein Popanz. Er hat nicht für die Regierung gesprochen. Er hat überhaupt keinen Rückhalt in der Regierung. Es gibt keine Bundratsinitiative, gar nichts.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Abg. Mack, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Schwarz?

Abg. Winfried Mack CDU: Nein.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Der weiß, warum!)

Deswegen ist das das gleiche Muster, das wir jeden Tag erleben. Gestern Abend schaute ich Nachrichten im SWR.

(Zuruf: Oi!)

Da kam der Ministerpräsident. Er wurde nach der Kabinettsitzung gefragt, was er zur Nahles-Bürokratie meint. Da sagte er, für die kleinen und mittleren Unternehmen sei das natürlich schon ein Problem. Doch hat er denn im Kabinett dafür gesorgt, dass da ein Beschluss gefasst wird, dass diese Regierung Position bezieht?

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Was haben wir denn für eine Regierung in Berlin, Herr Kollege Mack? Regiert denn die CDU in Berlin oder nicht?)

Gerade hatten wir die Debatte zu den Lang-Lkws. Bei den Lang-Lkws hat jetzt Daimler nachgegeben. Aber am vergangenen Freitag machte dieser Verkehrsminister einen Kongress „Neue Mobilität“, und was war der erste Satz, den er sagte? „Baden-Württemberg ist nicht länger Automobilland.“ Das ist das Muster dieser Regierung.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Was?)

– Ja, das war der Satz: „Baden-Württemberg ist nicht länger Automobilland.“

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Das stimmt doch überhaupt nicht! Stimmt doch gar nicht!)

– Herr Kollege Schwarz, Sie waren dabei. – Das ist das Muster dieser Regierung.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Falsch zitiert!)

Es kommt mir manchmal so vor, als ob es so wäre: Frau Krebs sitzt im Nebenzimmer des „Ochsen“ im Main-Tauber-Kreis,

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

und dann hört sie, was die Bürger in Baden-Württemberg denken. Dann suchen die sich immer einen aus, der irgendetwas sagen muss, was sich gar nicht schlecht anhört. Aber zu Beschlüssen der Regierung kommt es nicht. Zu Bundratsinitiativen der Regierung kommt es nicht. Wenn es um Steuerorgien auf dem Bundesparteitag der Grünen geht, sagt der Ministerpräsident nichts, und dann wundert er sich, dass der SPIEGEL schreibt: „Der Gescheiterte“. Aber so sieht es aus, meine sehr verehrten Damen und Herren. Diese Regierung redet, aber sie bekommt nichts, aber auch gar nichts zustande.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Staatssekretärs Jürgen Walter)

Das Einzige, was sie schafft, ist: die Beamten schröpfen. Der Staatssekretär im Staatsministerium hat eine Haushaltsstrukturkommission einberufen. Noch nie war ein Haushalt in Baden-Württemberg strukturell so in Schiefelage wie dieser.

(Lachen bei der SPD – Abg. Martin Rivoir SPD: Das glaubt er selbst nicht!)

Wir erinnern uns, dass im Doppelhaushalt 2015/2016 aus sogenannten Rücklagen aus den vergangenen Jahren altes Geld reingepumpt wurde

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Überschüsse!)

– Überschüsse –, um das Füllhorn auszugießen. Nur den Beamten sagt man: „Wir haben für euch kein Geld.“ Da sagt man, die vermögenswirksamen Leistungen werden gestrichen, die Beihilfe wird gekürzt, in den Pensionsfonds wird gegriffen: 238 Millionen € werden herausgenommen. 8 % Absenkung der Eingangsbesoldung; ein Lehrer, der in Baden-Württemberg am 1. September beginnen soll, bekommt 8 % weniger. Dann wird noch die Gehaltserhöhung verschoben. Das sind 10 % weniger. Ein solcher Lehrer schaut sich als Erstes an einer Privatschule um, der schaut sich in anderen Ländern um.

(Lachen bei den Grünen und der SPD)

– Natürlich, weil er da das Geld bekommt. Natürlich ist es so.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Mein Gott! Wieder verloren!)

Deswegen ist dies eine völlig verfehlte Politik und unfair gegenüber den Beamtinnen und Beamten in Baden-Württemberg.

(Beifall bei der CDU)

Dann kommt das Feigenblatt der Regierung, das aber die Blöße dieser Herren kaum zu verdecken vermag. Man sagt, ein Jobticket komme jetzt. Andererseits erklärte der Verkehrsminister

(Winfried Mack)

nister, der nur noch Mobilitätsminister genannt werden möchte, auf dem Kongress, es sei ein Lob für ihn, wenn man sage, er sei ein Verkehrsverhinderungsminister, denn der Verkehr müsse heraus.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Quatsch! Falsch zitiert!)

Auch die E-Autos müssten weniger werden. – Nein, Herr Kollege Schwarz, es hilft nichts. So hat er es gesagt.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Herr Kollege, bleiben Sie bei der Wahrheit! Bleiben Sie bei der Wahrheit, Herr Kollege! – Unruhe)

– Selbiges gilt für Sie, Herr Kollege Schwarz. Ich habe alles mitgeschrieben. So war es. Regen Sie sich nicht so auf. Es ist halt so.

(Abg. Guido Wolf CDU: Sehr gute Idee! Immer bei der Wahrheit bleiben! – Zuruf: Getroffene Hunde bellen, Herr Kollege! – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Immer bei der Wahrheit bleiben!)

Jedenfalls hat dies der Verkehrsminister so gesagt.

Aber, meine Damen und Herren, es hilft doch alles nichts. Wir müssen dafür sorgen, dass wir in Baden-Württemberg auch unsere Beamtinnen und Beamten so besolden,

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Anständig!)

wie das die anderen Länder auch machen. In Zeiten, in denen Steuerquellen sprudeln, können wir den Beamtinnen und Beamten nicht sagen: „Aber ihr seid die Einzigen, die Verzicht üben müssen“, sondern wir müssen fair gegenüber unseren Beamtinnen und Beamten bleiben. Da hilft auch ein Jobticket nicht.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort Frau Abg. Aras.

(Abg. Jörg Fritz GRÜNE: Jetzt kann es nur besser werden!)

Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, vor allem lieber Kollege Mack! Das, was Sie hier geboten haben,

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: War allererste Sahne! Nur kein Neid!)

war nur peinlich,

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Natürlich war das peinlich! Für die Regierung!)

ging an der Realität und an den Fakten vorbei. Es zeigt, dass Sie einfach keine Ahnung haben. Vor allem verstehe ich jetzt, warum nicht der seriöse Fachmann Herrmann bei Ihnen sprechen durfte. Jetzt wird es mir klar.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Klaus Herrmann CDU: Wir haben vereinbart,

dass der Kollege Mack spricht! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Da sehen Sie, wie viele Fachleute wir im Gegensatz zu Ihnen haben!)

Nun kommen wir zum Nachtrag. Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit diesem Nachtrag stellen wir wichtige Weichen. Wir übernehmen humanitäre Verantwortung, und wir zeigen Perspektiven auf. Bereits wenige Monate nach der Verabschiedung des Doppelhaushalts 2015/2016 stiegen die Flüchtlingszahlen und damit auch die Kosten. Wir übernehmen humanitäre Verantwortung, weil wir die Mittel für eine gute Versorgung der Flüchtlinge bereitstellen. Konkret heißt das, dass wir für den Stadt- und Landkreisen höhere Kosten erstatten, dass wir für den Ausbau und die Ausstattung der Erstaufnahmestellen mehr Mittel zur Verfügung stellen, und zwar rund 80 Millionen €. Konkret heißt das weiter: dezentrale Unterbringung. Sie wissen genauso gut wie wir, dass für eine erfolgreiche und nachhaltige Integration vor allem die dezentrale Unterbringung der Flüchtlinge wichtig ist. Dabei unterstützen wir die Kommunen mit einem Programm im Umfang von 30 Millionen €. Das ist humanitäre Verantwortung. Dazu stehen wir. Wir stehen zu diesen Ausgaben in Höhe von rund 360 Millionen € in diesem Bereich.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Aber wir zeigen auch Perspektiven in der Bildung auf. Wir investieren in die Kinder, in die jungen Menschen in unserem Land. Es geht uns dabei um die bestmögliche Förderung aller Kinder und nicht um das Bewahren alter Strukturen.

Was machen wir konkret? Wir stärken die Grundschulen mit zusätzlichen 180 Deputaten, weil es auf den Anfang ankommt. Es gilt nämlich: Je früher man in die Bildung investiert, umso besser sind die Mittel angelegt, und man erreicht mit den geringsten Mitteln den besten Effekt, und zwar im Sinne jedes einzelnen Kindes und im Sinne unserer Gesellschaft.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Jeder in den Bildungsbereich investierte Euro ist eine Investition in die Zukunft, weil das eben den Kindern hilft, später ein selbstbestimmtes Leben zu führen, und weil das zu mehr Bildungsgerechtigkeit führt.

Wir bieten den Realschulen eine Perspektive, weil wir ihnen zusätzlich 325 Deputate geben. Das war bei Ihnen nie der Fall. Damit haben die Realschulen die Möglichkeit, sich in der wandelnden Bildungslandschaft weiterzuentwickeln.

Wir geben auch der Inklusion eine Perspektive und bringen sie voran. Denn Eltern von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf haben in Zukunft das Recht zu wählen, ob sie ihr Kind in eine Sonderschule oder eine allgemeine Schule schicken wollen. Das sind immerhin 400 Deputate. Damit bringen wir die Inklusion voran, und wir geben den Kindern mit Behinderung und denen ohne Behinderung eine Perspektive für einen gemeinsamen Unterricht.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Diesen bildungspolitischen Bereich stärken wir mit diesem Nachtragshaushalt mit rund 140 Millionen €. Auch zu diesen Mehrausgaben stehen wir, weil das Land damit vorangebracht wird.

(Muhterem Aras)

Aber wir geben auch unseren Beschäftigten eine Perspektive. Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst leisten eine hervorragende Arbeit,

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Ja! – Abg. Klaus Herrmann CDU: Trotz schlechter Bezahlung!)

egal, ob in den Steuerverwaltungen, in den Laboren der Lebensmittelkontrolleure, in den Klassenzimmern, in den Polizeistationen, in den Forstverwaltungen oder an den Universitäten. Überall dort leisten die Beschäftigten eine hervorragende Arbeit. Wir honorieren diese gute Arbeit, indem wir den Tarifabschluss inhaltsgleich übertragen.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Das war immer so!
Völlig neu!)

Bis einschließlich der Besoldungsgruppe A 9 wird das Tarifergebnis auch zeitgleich und damit 1 : 1 umgesetzt. Mit Blick auf den Landeshaushalt wird das Tarifergebnis für höhere Besoldungsgruppen, ab der Besoldungsgruppe A 10, mit leichter zeitlicher Verzögerung, nämlich um vier bzw. acht Monate, übertragen.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Das trifft alle Lehrer!
– Abg. Karl Zimmermann CDU: Staatsanwaltschaften, Justiz, überall immer weniger!)

Das ist ein guter Mittelweg.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Das ist ein „guter“ Mittelweg?)

– Das ist ein guter Mittelweg zwischen den berechtigten Interessen unserer Beschäftigten und der Konsolidierung des Haushalts.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD
– Abg. Klaus Herrmann CDU: Bei 3 Milliarden € Überschuss!)

Für die Attraktivität des öffentlichen Dienstes geht es nicht nur darum, was am Ende des Monats herauskommt, sondern da geht es noch um weitere Aspekte. Es geht da um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, es geht darum, Telearbeitsplätze einzurichten – das haben wir gemacht –, es geht darum, dass Menschen nicht stundenlang von Aalen nach Stuttgart oder sonst wohin unterwegs sind, um in einem geringen Umfang Arbeit zu erledigen. Wenn wir ihnen diese Fahrten ersparen, gewinnen sie Lebensqualität, können sie mehr arbeiten oder auch länger arbeiten.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD
– Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Aber es geht auch darum, wie es mit den Beförderungen und wie es mit den Stellenhebungen aussieht. Es gibt in unserer Finanzverwaltung, bei der Polizei und in vielen anderen Behörden Bereiche, in denen Beamte zehn Jahre oder länger auf ihre Beförderung gewartet haben oder, wenn sie befördert worden sind, nicht die entsprechende Bezahlung bekommen haben, weil die entsprechende Stelle nicht frei war oder die Personalausgaben gedeckelt waren. Genau das gehen wir hier mit unserem Antrag an. Wir geben den Beschäftigten eine Per-

spektive, indem wir Stellenhebungen massiv voranbringen werden.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Eine weitere Perspektive für unsere Beschäftigten ist die Einführung eines Jobtickets. Damit kommen wir den Wünschen der Beschäftigten nach und leisten einen Beitrag zu einer nachhaltigen und vernünftigen Mobilität. Außerdem unterstützen wir damit das Anliegen der Ballungszentren, in denen man massiv daran interessiert ist, die Verkehrsprobleme zu reduzieren.

Meine Damen und Herren, Haushaltsberatungen gelten oft als Sternstunde der Opposition. Das gilt jedoch nicht für diese Opposition, auch nicht für den neuen Fraktionsvorsitzenden der CDU.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Aber für Sie, geht?)

Herr Wolf, Sie sind nun fast 100 Tage im Amt und hätten diese Haushaltsberatungen zur Sternstunde der Opposition machen können. Aber nein, Fehlanzeige auf der ganzen Linie.

(Abg. Winfried Mack CDU: Das haben Sie jetzt aufgeschrieben!)

Was haben Sie geliefert? Sie haben in der Ersten Beratung die Notwendigkeit und Richtigkeit des Nachtragshaushalts bestätigt; Sie haben das, was wir hier vorgelegt haben, inhaltlich quasi bestätigt. Lediglich die Finanzierung haben Sie kritisiert, nicht die Maßnahmen selbst.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Was heißt „lediglich“?
Das ist das Wichtigste!)

– Ja, Moment! Sie wollten alles, was wir gemacht haben, und noch mehr dazu.

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Aber bei der Finanzierung gehen Sie nicht mit. Jede seriöse Opposition würde Gegenfinanzierungsvorschläge bringen. Was sind Ihre Gegenfinanzierungsvorschläge? Sie sagen erstens, Sie wollten die Nettonull – also keine Kredite in Höhe von 768 Millionen € –, und die finanzieren Sie, indem Sie die Haushaltsrücklage auf null senken und indem Sie globale Minderausgaben erhöhen. Jetzt sage ich einmal: Hätten wir auf Sie gehört – das hatten Sie auch in den letzten Haushaltsberatungen gebracht – und hätten in der Folge jetzt keine Rücklage, wie könnten wir jetzt mit den gestiegenen Kosten bei den Flüchtlingen zurechtkommen?

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Durch Einsparungen an anderer Stelle!)

– Ja, ja, genau, globale Minderausgaben – das ist der nächste Punkt – erhöhen.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Mogelpackung!
– Abg. Klaus Herrmann CDU: Keine Gutachten zu den Gemeinschaftsschulen und vieles andere mehr!
– Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Liebe Kolleginnen und Kollegen, Frau Abg. Aras hat das Wort. Herr Abg. Herrmann!

(Zuruf: Ja, ja! Die Grünen sagen, wir seien nicht in der Kirche!)

Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Ihre zweite Finanzierungsalternative – ich wiederhole es – ist die Erhöhung der globalen Minderausgaben. Das ist ja das Allerletzte, was man liefern kann; denn damit drücken Sie sich nämlich vor der konkreten Entscheidung, wo Sie sparen wollen. Sie setzen auf der einen Seite pauschal einen Betrag fest und sagen, dort sei zu sparen, und drücken sich, wenn es konkret wird. Auf der anderen Seite sagen Sie: „Das, was Grün-Rot vorgelegt hat, ist zu wenig. Wir wollen sogar noch mehr Polizeistellen, noch mehr Lehrerstellen für die Realschulen und vieles mehr.“ Und das alles bei einer Nettonull! Sie müssen sich schon entscheiden, was Sie wollen. Seriös ist das nicht.

Mein letzter Punkt bezieht sich auf den Vorwurf der Haushaltsaufblähung um 25 %. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, es trifft zu: Das Haushaltsvolumen ist tatsächlich sogar um fast 26 % angestiegen. Aber wenn Sie seriös wären, würden Sie sich auch einmal anschauen, wie diese Erhöhung zustande kommt.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Ich nenne nur beispielhaft: Tarif- und Besoldungserhöhung 1,1 Milliarden € mehr, Versorgungsausgaben 1 Milliarde € mehr, Zuführung zu Versorgungsrücklage und Versorgungsfonds von fast 340 Millionen € mehr, Länderfinanzausgleich 1 Milliarde € mehr, Gesamtausgaben FAG 3,6 Milliarden € mehr. Allein für diese beispielhaft genannten Positionen komme ich in der Summe auf 7,5 Milliarden €. Das alles sind Ausgaben, bei denen Sie in der Regel mitgestimmt haben. Oder wollen Sie sagen, Sie seien gegen die Tarifierhöhung oder gegen die Erhöhung der Zuführung zur Versorgungsrücklage und zum Versorgungsfonds oder gegen den Länderfinanzausgleich? Das sind also alles Ausgaben, die zwangsläufig sind. Damit ist Ihre Feststellung vom Anstieg des Haushaltsvolumens um 25 % zwar zahlenmäßig richtig, aber inhaltlich falsch.

Wir stehen zu diesen Ausgaben, und wir stehen dazu, dass unsere Beschäftigten vernünftig und fair bezahlt werden.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Klaus Herrmann CDU)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dr. Fulst-Blei das Wort.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Herr Maier darf nicht reden?)

Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! 1 000 zusätzliche Lehrerstellen für Baden-Württembergs Schulen, Zukunftssicherheit für den Forschungs- und Lehrstandort Baden-Württemberg – Baden-Württemberg wird seinen humanitären Aufgaben gerecht. Dem heutigen Tag kann man die Überschrift geben: Dem

Land geht es gut, und mit diesem Nachtragshaushalt wird es Baden-Württemberg an vielen Stellen noch besser gehen.

(Beifall bei der SPD)

Zukunftsminister Dr. Nils Schmid hat in seiner Haushaltsrede das seit 2011 verfolgte Ziel klar benannt: Wir machen Baden-Württemberg zum Bildungsland Nummer 1. Dem dient auch dieser Bildungsnachtrag. Ich komme, wenn ich zur Schulpolitik spreche, noch einmal ausführlich darauf zurück.

Im Rahmen des Hochschulfinanzierungsvertrags stellt das Land den Hochschulen ca. 1,7 Milliarden € im Zeitraum von 2015 bis 2020 zusätzlich zur Verfügung. Baden-Württemberg erhöht als bundesweit erstes Land die Grundfinanzierung um jährlich 3 % und setzt damit die Empfehlung des Wissenschaftsrats um. Die sehr positive Resonanz bei den Hochschulrektoren im Land hat Claus Schmiedel bereits ausführlich beleuchtet.

Mir als Sozialdemokrat sind besonders die 2 200 neu geschaffenen bzw. entfristeten Stellen wichtig; ein Signal mit Vorbildcharakter. Wir halten an unserem Ziel fest, Baden-Württemberg zum Musterland für gute Arbeit zu machen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Dieser Nachtragshaushalt steht aber auch für Verantwortung und Menschlichkeit. Die Mehrausgaben für Flüchtlinge in Höhe von 176,65 Millionen € im Jahr 2015 sowie von 189,08 Millionen € im Jahr 2016 sind in der Tat hoch. Wir ergänzen allein für Flüchtlinge die 200 Lehrerstellen, die wir bereits im Sommer bereitgestellt haben, heute mit weiteren 162 Stellen. Bemerkenswert ist, dass das Land in der Lage ist, durch eine finanzpolitisch solide Grundlage auf eine Herausforderung dieser Dimension die richtige Antwort zu geben. Ohne die Bildung von Rücklagen in der Vergangenheit könnten wir heute diese Aufgaben so nicht meistern.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Rücklagen durch Schulden!)

Deshalb war es wichtig und richtig, diese in den Urhaushalt einzustellen. Sehen Sie es mir nach, Kollege Rülke und Kollege Mack: Diese Seriosität unterscheidet auch diese Landesregierung von einer Opposition, die aktuell die volle und zeitgleiche Übernahme des Tarifiergebnisses fordert, ohne aber einen tragfähigen Finanzierungsvorschlag vorzulegen. Die grünrote Landesregierung hat einen fairen und vor allem sozial gerechten Kompromiss für die Übertragung des Tarifiergebnisses gefunden. Wir haben der CDU im Finanzausschuss nachgewiesen, dass, würde ihren Anträgen gefolgt – Schulden senken, Rücklage plündern –, überhaupt keine Luft mehr für eine 1:1-Übernahme des Tarifiergebnisses bestehen würde.

(Abg. Winfried Mack CDU: Rücklagen plündern?)

Schauen wir uns die CDU-Vorschläge einmal genauer an. Sie wollen die Nettonull bereits 2015 erreichen. Zur Gegenfinanzierung der dafür notwendigen 768 Millionen € schlagen Sie eine Erhöhung der globalen Minderausgabe im Einzelplan 12 um 318 Millionen € vor; das ist ein Instrumentarium à la Rasenmäher, das wir bewusst heruntergefahren haben. Das ist nichts anderes – da habe ich die volle Unterstützung der Kollegin Aras –, als dass Sie einen Irgendwie-wird-es-schon-ge-

(Dr. Stefan Fulst-Blei)

hen-Antrag stellen. Sie drücken sich vor allem um konkrete Entscheidungen und Aussagen, wo, an welcher Stelle gekürzt werden soll.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Als Zweites schlagen Sie eine Absenkung des Ansatzes für Zinszahlungen um 50 Millionen € vor. Das Finanzministerium hat aber solide gerechnet, und von dieser kaufmännischen Vorsicht weichen wir nicht ab.

Als Drittes schlagen Sie eine Entnahme von 400 Millionen € aus der Rücklage vor – eine Plünderaktion –, obwohl gerade der Anstieg der Kosten für Flüchtlinge von 60 Millionen € im Jahr 2011 auf heute 618 Millionen € zeigt, wie richtig und wichtig es war, eine Rücklage vorzuhalten.

Aber sehen Sie es mir nach: Vorausschauende Steuerung war noch nie Ihre Stärke, und, Herr Mack, Sie haben leider heute nichts anderes bewiesen.

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Hochgradig unseriös werden die Zahlenspiele der Opposition, wenn man zur gleichen Zeit einen Entschließungsantrag zur zeit- und inhaltsgleichen Übertragung des Tarifergebnisses auf die Beamtinnen und Beamten im Land einbringt, ohne – ich betone: ohne – einen wirklichen Vorschlag zur Gegenfinanzierung vorzulegen. Entschuldigen Sie die offene Frage, aber wen wollen Sie damit eigentlich für dumm verkaufen? Ich bleibe bei meiner Aussage: Sie sind die Lehman Brothers der Finanzpolitik. Sie agieren hochgradig unseriös, und das machen wir nicht mit.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Getoppt wird das dann auch mit Ihrem inhaltlich unausgegorenen Antrag zur Erbschaftsteuer. Deutlicher kann man eigentlich nicht mehr sagen, dass Ihr Einfluss bei Herrn Schäuble offensichtlich gegen null geht. Oder haben Sie es schlichtweg nur verschlafen, sich rechtzeitig um das Thema zu kümmern?

Kolleginnen und Kollegen, die Bildungspolitik hat für diese Landesregierung oberste Priorität. 2016 wird der Einzelplan 04 erstmals die Marke von 10 Milliarden € überschreiten. Heute geben wir weitere 170 Millionen € für wichtige bildungspolitische Maßnahmen frei: für die konzeptionelle Umsetzung des Zukunftsprogramms für die Realschulen 350 Stellen, für die konzeptionelle Umsetzung der Inklusion nach 200 Stellen im Jahr 2014 jetzt weitere 400 Stellen sowie weitere 18 Millionen € für die Kommunen sowie für die konzeptionelle Stärkung der Grundschulen 180 Lehrerstellen. Dies alles ist – darin liegt der Unterschied zu alten, schwarz-gelben Zeiten – solide durchfinanziert.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen
– Lachen bei der CDU – Abg. Klaus Herrmann CDU:
Durch Schulden!)

Dagegen haben Sie, Kolleginnen und Kollegen von der CDU, und dagegen hat Herr Wolf vor zwei Wochen den Vorwurf erhoben, wir würden das Land auf Kosten der nachfolgenden Generationen regieren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zurufe von der CDU: Sehr richtig!)

Sie unterschlagen dabei – die Rechnung kommt jetzt –, dass es die CDU war, die in wirtschaftlich guten Zeiten unter Ministerpräsident Teufel die Verschuldung ohne Anlass massiv in die Höhe getrieben hat. Wir reden von einem Sprung der Schulden des Landes von 30 auf 40 Milliarden € in den Jahren 2001 bis 2006. Diese Landesregierung dagegen stellt mit Dr. Nils Schmid einen verantwortungsvollen Finanzminister, der beides im Blick hat: Rekordinvestitionen in die Bildung

(Zuruf des Abg. Klaus Herrmann CDU)

und zugleich solide Finanzen mit drei Mal Nullneuerschuldung, Herr Herrmann, in einer Legislaturperiode. Das hat bisher noch niemand geschafft, und darauf sind wir, die SPD, zu Recht stolz.

(Abg. Winfried Mack CDU: Sie haben doch gar keine Ahnung! Schauen Sie sich mal die Zahlen an!)

Ich sehe es Ihnen nach; Sie kennen sich ja mit der Zahl Null prima aus. Sie haben uns gerade im Bildungsbereich an vielen Stellen ein Null-System hinterlassen. Wie viele Poolstunden haben Sie denn den Realschulen zur Verfügung gestellt? Null. Wir dagegen werden die Zahl der Poolstunden, die wir bereits auf 2,2 pro Zug erhöht haben, jetzt auf sechs und perspektivisch weiter auf zehn erhöhen.

(Abg. Winfried Mack CDU: Wissen Sie überhaupt, was Poolstunden sind?)

Wie viele Lehrerstellen, Herr Mack, hatten Sie für den Modellversuch Inklusion zur Verfügung gestellt?

(Zuruf: Null!)

Null. Wir dagegen 600. Und noch eine Frage: Wie viele Länder hatten 2011 eine schlechtere Lehrerkrankheitsreserve als Baden-Württemberg? Null. Wir dagegen haben die feste Krankheitsreserve bereits in der Vergangenheit um 33 % erhöht und stocken die flexible KV heute um weitere 16 Millionen € auf.

Jetzt die Frage an die Opposition: Wie viele eigene tragfähige Konzepte haben Sie vorgelegt, Herr Mack? Wie viele?

(Zurufe von der SPD: Null!)

Null. Ich wäre ja froh, wenn ich als Bildungspolitiker mich inhaltlich an Ihnen reiben könnte. Aber da ist ja nichts: Null mal null ist null – das ist das Einmaleins Ihrer Bildungspolitik.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren, machen wir uns nichts vor: Der Gegensatz könnte kaum größer sein. Hier unser erfolgreicher Minister für Finanzen und Wirtschaft Dr. Nils Schmid, der verlässlich die Balance zwischen solider Haushaltsführung und Investitionen in die Zukunft unseres Landes meistert,

(Zurufe von der CDU)

ein Minister, der für gute Arbeit, Familien und Bildungsgerechtigkeit steht, eine grün-rote Politik, die über 70 % Zustimmung erfährt; selbst 58 % der CDU-Anhänger finden diese

(Dr. Stefan Fulst-Blei)

Politik gut. Dort die wolfsche „Gestern-CDU“ ohne Konzepte und Ideen, aber gleichzeitig mit der Drohung, das Bildungssystem komplett umkrempleln zu wollen. Dieses Unruhefesten werden wir nicht zulassen.

Meine Damen und Herren, der vorliegende Nachtragshaushalt findet die Zustimmung der SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen
– Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Rülke.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Fulst-Blei, Sie scheinen ein großes Interesse und eine große Begeisterung für die Zahl Null entdeckt zu haben.

(Zurufe von den Grünen und der SPD)

Es wäre ja erfreulich, wenn es nur null wäre, was Sie hier in der Haushaltspolitik dieser Landesregierung vorzulegen haben. Bei den Steuereinnahmen, bei der wirtschaftlichen Lage, bei der Zinssituation, die wir in den letzten Jahren hatten, wäre es ein Leichtes gewesen, nicht nur mit null neuen Schulden Haushaltspolitik in dieser Legislaturperiode zu machen, sondern wie das Land Bayern Schulden zurückzuzahlen. Null wäre gut, meine Damen und Herren, aber davon sind Sie weit entfernt.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Sie brüsten sich mit Rücklagen. Was sind denn das für Rücklagen? Das sind schuldenfinanzierte Juliustürme, die Sie aufgehäuft haben, um dann kurz vor der Landtagswahl Wahlgeschenke verteilen zu können und gleichzeitig gegenüber der Bevölkerung zu behaupten, Sie hätten einen ausgeglichenen Haushalt vorgelegt. Das sind Taschenspielertricks ohne Ende, meine Damen und Herren.

So ist dieser gesamte Nachtragshaushalt eine reine Wahlkampfszenierung. Dieser Nachtragshaushalt wäre in keiner Weise notwendig gewesen. Das Allermeiste, was dort drinsteht, hätten Sie schon in den Urhaushalt einstellen können. Sie haben diesen Nachtragshaushalt nur deshalb vorgelegt, weil Sie sich im beginnenden Wahlkampf vor der Öffentlichkeit inszenieren wollten.

Im Übrigen ist es schon bemerkenswert, dass der Ministerpräsident überall erzählt, er wolle einen kurzen Wahlkampf, die Menschen wollten keine Wahlkampfszenierungen – schon lange, bevor überhaupt die Landtagswahl ansteht. Er hat Herrn Wolf sogar noch eingeladen und gesagt: „Lass uns über einen kurzen Wahlkampf reden.“ Und dann marschiert er mit seinem Finanzminister im Haus der Architekten auf, man tauscht Rucksäcke aus – grüne und rote –, das ist aber angeblich alles kein Wahlkampf;

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Bussi, Bussi! –
Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

es ist kein Wahlkampf, nein, sondern es ist nur ein Beitrag zum „Heimwerker Kretschmann“.

(Lachen bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Das haben wir ja schon oft erlebt, im „Cicero“ und so: Der Ministerpräsident ist ein besonders kompetenter Heimwerker. Und dann bekommt er in diesem Rucksack einen Akkuschauber

(Zuruf: Das ist ja gut!)

„zum Bohren dicker Bretter“. Herr Ministerpräsident, ich hatte gedacht, Sie verstehen etwas vom Heimwerken. Mit einem Akkuschauber müssen Sie an einem Brett relativ lange bohren.

(Vereinzelt Beifall)

Es ist schon eine bemerkenswerte Wahlkampfszenierung, der Bevölkerung zu erzählen, die Menschen wollten keinen langen Wahlkampf, und dann solche Inszenierungen zu machen und einen solchen Haushalt hier vorzulegen – Wohltaten finanziert aus Schulden.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Nein, meine Damen und Herren, Sie hätten alles, was in diesem Haushalt steht, schon im vergangenen Jahr vorlegen können.

Was sicher notwendig ist, sind die Ausgaben für die Flüchtlinge.

(Zuruf von den Grünen: Also doch?)

Aber auch hier hätte es schneller gehen können. Denn die Gründe für die Verzögerung liegen bei Ihnen. Sie sind nicht schnell genug in die Puschen gekommen, und Sie haben sich bei dieser Geschichte auch auf Nebenkriegsschauplätze begeben. Auf ein Ombudswesen hätte man in diesem Zusammenhang beispielsweise gut verzichten können; dadurch hätte man wirklich schneller sein können.

Auch mit den kommunalen Landesverbänden haben Sie zum Thema Inklusion ewig lange verhandelt. Auch dazu wäre bereits im vergangenen Jahr ein Ergebnis möglich gewesen.

Das, was Sie, Herr Fulst-Blei, nun in der Bildungspolitik zu den Realschulen ablassen, beschränkt sich darauf, dass Sie sich mit Poolstunden brüsten. Das Einzige, worauf Sie dabei mit diesem Haushalt abzielen, ist, dass Sie die Realschulen – nachdem Sie festgestellt haben, dass es nicht direkt von vorn geht – durch die Hintertür zu Gemeinschaftsschulen machen wollen. Das ist Ihre Politik.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Es reicht ja nicht, sich auf die Realschulen zu beschränken. Mittlerweile ist ein Papier mit dem Titel „Gymnasium 2020“ bekannt geworden, das offensichtlich im Kultusministerium ausbaldowert wurde. Das Ziel ist ganz klar: Sie wollen das Gymnasium kaputt machen, um zu einer Einheitsschule zu kommen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Eine Schule für alle!)

Die Grüne Jugend hat schon angekündigt, dies ins Wahlprogramm schreiben zu wollen.

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Lediglich die Mittel für die Flüchtlingspolitik sind sachlich notwendig. Aber auch das wäre schneller möglich gewesen, meine Damen und Herren.

Nun zu den Anträgen: Das Deckungskonzept in Bezug auf den Bedarf an Lehrerstellen ist notwendig. Genauso ist es notwendig, bei der Flüchtlingsaufnahme nach dem Konnexitätsprinzip zu verfahren. Sie erklären doch immer, Sie seien kommunalfreundlich. Aber eine Umsetzung des Konnexitätsprinzips im Sinne der Kommunen ist nicht feststellbar.

Wo Sie sparen, meine Damen und Herren, das ist bei den Beamten. Der Finanzminister hat immer erklärt, er sei dabei, den Haushalt zu konsolidieren, und er hat immer Wasserstandsmeldungen verkündet: 500 Millionen € sind strukturell eingespart, 1 Milliarde € ist strukturell eingespart, 1,5 Milliarden € sind strukturell eingespart. Wie die Realität hingegen aussieht, hat die Kollegin Aras gerade aufgezählt: Aufblähung des Haushalts um über ein Viertel, und das Allermeiste davon ist strukturell. Wo sind denn die Einsparungen? Das sind doch alles nur vorgetäuschte Einsparungen, die durch Neuausgaben mehr als kompensiert wurden.

Sie sind kein Sparminister, sondern Sie sind ein Minister, der dafür sorgt, dass dieser Haushalt in Grund und Boden gewirtschaftet wird. Die Nachfolgeregierung wird dann die größten Probleme haben, das Ganze wieder in den Griff zu bekommen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abg. Aras?

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Aber selbstverständlich.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Bitte schön.

Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Herr Rülke, vielen Dank für das Zulassen der Zwischenfrage.

Ich habe in meiner Rede beispielhaft dargestellt, wie sich diese 25 % zusammensetzen. Ich nenne hierzu noch einmal zwei Beispiele und würde danach gern von Ihnen wissen, ob Sie dagegen sind.

Erstens: Die Tarif- und Besoldungserhöhung schlägt im Haushalt nun mit 1,14 Milliarden € zu Buche. Zweitens: Die Zuführung zum Versorgungsfonds und zur Versorgungsrücklage beträgt 339,3 Millionen €. Dann: Gesamtausgaben FAG – also Zahlungen an die Kommunen – 3,36 Milliarden € mehr.

Stimmen Sie diesen Ausgaben zu, oder sind Sie dagegen?

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Frau Kollegin Aras, es gibt ohne Zweifel Ausgaben in diesem Haushalt, die notwendig sind. Aber es gibt ohne Zweifel in diesem Haushalt auch zig Möglichkeiten für Einsparungen.

(Vereinzelt Beifall – Zuruf von der SPD: Welche denn?)

– Welche denn? Die Studiengebühren hätten wir nicht abgeschafft. Die unsägliche Polizeireform hätten wir nicht ge-

macht. Den Nationalpark hätten wir nicht eingeführt. Die Privilegierung der Gemeinschaftsschule hätten wir ebenfalls nicht vorgenommen. All das sind Möglichkeiten, um zu sparen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Nein, Sie haben den Haushalt aufgebläht und aufgeblasen. Sie belasten künftige Generationen. Die Einzigen – wirklich die Einzigen! –, bei denen Sie sparen, sind die Beamten. Das müssen wir noch einmal festhalten. Es ist sicher richtig: Auch wir haben in der Vergangenheit – allerdings in schwieriger Zeit –

(Zuruf von der CDU: So ist es!)

bei den Beamten Besoldungserhöhungen verzögert angepasst. Sie haben vorhin behauptet, Erwin Teufel habe dies in guter wirtschaftlicher Lage getan. Nein, wenn die wirtschaftliche Lage gut war, haben die Beamten auch sofort ihr Geld bekommen. Nur in schwieriger Zeit

(Zuruf von den Grünen: Nicht nur in schwieriger Zeit!)

wurde es – übrigens im Dialog mit dem Beamtenbund und einvernehmlich – so besprochen.

(Glocke der Präsidentin)

Was Sie machen, ist – das ist der Unterschied –, dass Sie auch in guten Zeiten die Beamten belasten, und dies noch dazu einseitig. Das ist nicht in Ordnung, meine Damen und Herren.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Abg. Dr. Rülke, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage der Abg. Aras?

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ja, aber mit der Maßgabe, dass sie auch wirklich eine Frage stellt und nicht noch einmal ihre Rede vorliest.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Genau. – Bitte schön, Frau Abg. Aras.

Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Kollege Rülke, Sie haben gerade gesagt, dass Sie nur in schlechten Zeiten die Tarifanpassung zeitlich verzögert vorgenommen hätten. Es gab 17 zeitlich versetzte Übertragungen. Meine Frage an Sie: Gab es 17 schlechte Jahre in diesen Legislaturperioden?

(Zurufe)

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Frau Kollegin Aras, in keinem Jahr, in dem eine Vorgängerlandesregierung verzögert angepasst hat, gab es Steuereinnahmen in dem Ausmaß wie jetzt. Das ist der Unterschied.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Jetzt zu Ihrem Entschließungsantrag zum Thema Erbschaftsteuer: Das ist wirklich ein Beitrag zur Realsatire. Wenn man diesen Entschließungsantrag liest, dann hat man den Eindruck, der Landtag von Baden-Württemberg könnte auch beschlie-

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

ßen, dass man sich einen schönen Sommer wünscht. Von dieser Qualität ist dieser Entschließungsantrag.

Kollege Mack hat es schon gesagt: Die 100 Millionen € müssen auf Geheiß des Ministerpräsidenten herausgestrichen werden, weil die grünen Fundamentalisten aus Berlin im Staatsministerium interveniert haben

(Widerspruch von den Grünen)

und erklärt haben: „Lieber Ministerpräsident Kretschmann, wir dürfen den Schäuble nicht rechts überholen. Deshalb dürfen wir nicht mit solchen Zahlen agieren.“ Warum bekennen Sie sich denn nicht zum Konzept des Finanzministers? Warum musste der Regierungssprecher erklären, die 100 Millionen € seien innerhalb der Regierung nicht abgesprochen? Das ist doch ganz eindeutig der Grund: Sie wollen sich nicht konkret festlegen; Sie, die Regierungskoalition, wollen sich nicht hinter die Position des Finanzministers stellen, der konkrete Zahlen genannt hat. Deshalb kommt jetzt so ein Wischiwaschiaufguss, der überhaupt nicht weiterführt.

Ich sage es in aller Deutlichkeit: Der Vorschlag, den der Bundesfinanzminister auf den Tisch gelegt hat, ist schwierig: 20 Millionen €, allerdings unternehmensbezogen

(Zurufe: Erbenbezogen!)

– erbenbezogen –, während im Gegenzug der Landesfinanzminister einen Vorschlag mit 100 Millionen €, unternehmensbezogen, auf den Tisch gelegt hat. Bei fünf Erben kommt es auf dasselbe heraus; ab der Zahl von sechs Erben ist der Schäuble-Vorschlag hingegen der bessere. Das ist die Situation.

Nun besteht eben die Gefahr, dass das, was der Bundesfinanzminister vorgeschlagen hat, auch beschlossen wird, weil er einen starken Rückhalt bei der Bundes-SPD findet. Deshalb wäre es eine Chance gewesen, sich, um das Schlimmste zu verhindern, hinter dem Vorschlag des baden-württembergischen Finanzministers zu versammeln. Wir wären dazu bereit gewesen. Ich habe es in der letzten Landtagssitzung angeboten. Aber es wird deutlich: Der Ministerpräsident ist nicht dazu bereit, und die CDU-Fraktion hat gesagt: „Wir wollen eine möglichst hohe Freigrenze,

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Pro Erben!)

eine hohe Freigrenze, die sich am Erben orientiert.“ Das ist die Position der baden-württembergischen Wirtschaft. Ich sage es in aller Deutlichkeit: Das ist die mittelstandsfreundlichste Position, die auf dem Markt ist. Deshalb werden wir das auch unterstützen.

Ich hätte es trotzdem besser gefunden, wir einigten uns auf einen gemeinsamen Weg. Nur so hätten wir vielleicht die Chance gehabt, in Berlin tatsächlich etwas zu erreichen.

Noch ein Wort zum Verkehrsminister, weil dem Kollegen Mack entgegengehalten wurde, er würde ihn falsch zitieren, wenn er sich gegen das Auto ausspricht. Ich weiß nicht, was bei dieser Veranstaltung, die diskutiert worden ist, gesagt wurde. Aber das, was Sie beim „Reutlinger General-Anzeiger“ im Interview gesagt haben, ist nachzulesen, nämlich dass in Zukunft kein vernünftiger Mensch mehr ein Auto kaufen müs-

se. Das haben Sie gesagt; das steht da drin. Damit wird deutlich: Dieser Verkehrsminister und diese Landesregierung sind gegen die Automobilwirtschaft in Baden-Württemberg, und deshalb müssen sie bei der nächsten Landtagswahl weg, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

In guten Zeiten werden Haushalte ruiniert. Dieser Satz wird nicht nur durch Ihre gesamte Haushaltspolitik belegt, sondern auch durch diesen Nachtragshaushalt. Deshalb kann jeder Abgeordnete in diesem Haus, der auch nur einen Rest an Verantwortung für das Land und dessen Landshaushalt übernimmt, diesen Nachtragshaushalt nur ablehnen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Landesregierung erteile ich das Wort Herrn Minister Dr. Schmid.

Minister für Finanzen und Wirtschaft Dr. Nils Schmid: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Baden-Württemberg steht gut da. Unser Land weist mit Bayern die niedrigste Arbeitslosigkeit auf. Es waren noch nie so viele Menschen in Arbeit wie zurzeit. Baden-Württemberg verzeichnet die niedrigste Jugendarbeitslosigkeit in ganz Deutschland. Wir haben in dieser Legislaturperiode finanzpolitisch drei Mal die Nullneuerschuldung erreicht.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Bisher nur zwei Mal!)

Und – heute veröffentlicht – Baden-Württemberg hat im Jahr 2014 mit 2,4 % das höchste Wirtschaftswachstum aller Bundesländer erreicht. Gratulation an die Unternehmen und die Beschäftigten in Baden-Württemberg für diese tolle Leistung.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Trotz dieser Regierung!)

Vor diesem Hintergrund haben wir jetzt in mehreren Runden im Plenum und im Ausschuss den Nachtragshaushalt debattiert. Sie wissen ja, ich bin als genügsamer Mensch bekannt, aber irgendwie hätte ich mir doch mehr erwartet, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wir uns auch!)

Schon zur Einbringung gab es markige Worte, damals noch von Herrn Wolf, der dann in der weiteren Debatte untergetaucht ist. Ich habe dann gehofft, dass zumindest in den Ausschussberatungen die großen Vorschläge kommen, dass Sie nicht nur fordern, sondern endlich auch liefern, aber alles bleibt beim Alten.

Sie fordern eine Absenkung der Nettokreditaufnahme, eine seriöse Gegenfinanzierung bringen Sie aber nicht zustande. Eine globale Minderausgabe zu fordern ist leicht. Aber wo wollen Sie denn sparen? Die Risikorücklagen wollen Sie einfach auflösen. Wo bleibt denn da die von Ihnen so lautstark geforderte Nachhaltigkeit in der Haushaltspolitik?

Dann beklagen Sie sich über einen angeblich aufgeblähten Haushalt. Da frage ich Sie: Wo wollen Sie denn streichen? Ich

(Minister Dr. Nils Schmid)

warte seit vier Jahren auf Aussagen von Ihnen, wo Sie streichen wollen, wenn der Haushalt angeblich so aufgebläht ist. Doch nicht beim Länderfinanzausgleich, doch nicht bei den Leistungen für die Kommunen oder bei den Sanierungsausgaben oder beim Personal und bei den Pensionen – da wollen Sie eher noch etwas drauflegen. Wo wollen Sie streichen? Mit Ausnahme des Dauerbrenners „Wiedereinführung der Studiengebühren“ haben Sie keinen haushaltspolitisch wirklich relevanten Einsparungsvorschlag oder einen Vorschlag zur Entblähung dieses angeblich aufgeblähten Haushalts gemacht. Sie haben seit vier Jahren ein Schauspiel geboten, das einer parlamentarischen Arbeitsverweigerung geglichen hat, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Zum Thema „Tarifabschluss und Übertragung auf die Beamten“. Wir haben doch einen guten und sozial verträglichen Vorschlag gemacht. Wir würdigen damit die hervorragende Arbeit unserer Beamtinnen und Beamten, ohne die Nachhaltigkeit finanzpolitisch aus den Augen zu verlieren. Jetzt fordern Sie die zeit- und inhaltsgleiche Übertragung; das bedeutet Mehrausgaben von über 1 Milliarde € für die Jahre 2015 und 2016. Davon können wir einen Teil mit vorsorglich eingeplanten Mitteln gegenfinanzieren, es bleibt aber immer noch der stattliche Betrag von 435 Millionen €, der zu finanzieren wäre. Wo sollen denn die Ihrer Meinung nach herkommen? Das passt doch alles hinten und vorn nicht zusammen. Das ist Voodoo-Haushaltspolitik. Damit können Sie vielleicht bei Morgan Stanley Karriere machen, aber sicher nicht im soliden Land Baden-Württemberg.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Zu Ihrem ständig wiederholten Ammenmärchen von der vermeintlich einseitigen Belastung der Beamten will ich doch einmal eines klarstellen: Wir haben in dieser Legislaturperiode strukturell wirkende Konsolidierungsmaßnahmen mit Wirkung für 2020 in der Größenordnung von 1,6 Milliarden € beschlossen und damit das strukturelle Defizit abgebaut.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Auf den Bereich der Personalausgaben entfallen 440 Millionen € von diesen 1,6 Milliarden €. Das macht 27 % der strukturellen Einsparungen aus, und das bei einem Anteil der Personalausgaben von über 40 %. Wo da die einseitige Belastung der Beamtinnen und Beamten liegen soll, das müssen Sie dann schon noch erläutern, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Weil das die einzigen wirklichen Einsparungen sind! Alles andere sind Taschenspielertricks!)

Ich bitte Sie also: Wenn Sie die Schuldenbremse ernst nehmen, wenn Sie solide Haushaltspolitik machen wollen, dann müssen Sie einmal ein ausgearbeitetes Gesamtkonzept vorlegen. Es reicht nicht, nur „Nein, nein“ zu sagen und die Wiedereinführung der Studiengebühren zu fordern. Sie müssen Ross und Reiter nennen. Sie müssen auf den Euro genau und unter Benennung des Haushaltstitels sagen, wo Sie denn sparen wollen. Bei dieser Debatte zum Nachtrag kam nichts von der FDP/DVP und kamen nur Luftbuchungen von der CDU.

Damit ist klar: Es ist gut, dass dieses Land nicht Ihnen anvertraut ist, sondern uns.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zurufe der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch und Winfried Mack CDU)

Dann gibt es noch diesen eilig zusammengeschusterten Entschließungsantrag von CDU und FDP/DVP zur Erbschaftsteuerreform. Mir geht es jetzt gar nicht um die Details, mir geht es eher um den Zeitpunkt. Eine solche Bundesratsinitiative macht zur jetzigen Zeit einfach keinen Sinn. Die Debatte zur Erbschaftsteuer ist im vollen Gang. Am 7. Mai ist die nächste Gesprächsrunde im Bundesfinanzministerium.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Eine Bundesratsinitiative wird das Verfahren nicht beschleunigen, ganz im Gegenteil. Was Sie beantragen, hilft den Familienunternehmen und dem Mittelstand in Baden-Württemberg keinen Meter weiter.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Es ist doch ganz offenkundig, worum es Ihnen eigentlich geht. Sie, Herr Wolf, wollen mit Ihren Kollegen hier im Landtag richten, was Sie in den letzten Monaten vergeigt haben. Fakt ist doch, Herr Wolf: Auf Sie hört in Berlin niemand.

(Lachen des Abg. Guido Wolf CDU)

Der CDU-Bundesfinanzminister aus Baden-Württemberg verprellt nicht nur den baden-württembergischen Mittelstand, er pfeift auf Sie, Herr Wolf. Sie geben ja so gern den Wolf, aber ein Wolf ohne Zähne und Klauen funktioniert einfach nicht.

(Heiterkeit des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Sie sind nicht der Wolf Baden-Württembergs, Sie sind Schäubles Pudel. Machen Sie endlich Ihren Job, wir machen unseren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Ein Pudel ist auch nicht schlecht! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Pudel sind intelligente Tiere!)

Wissen Sie, Herr Wolf: Mein Job ist es nicht, Ihre innerparteilichen Beziehungen zu kitten. Diese ganze Debatte wäre viel einfacher gewesen, wenn Sie auch nur einmal im Vorfeld mit Herrn Schäuble ernsthaft darüber gesprochen hätten, welchen Vorschlag er bringt, genauso wie es insgesamt Ihr Job in der Opposition wäre, mehr dafür zu sein, als einfach nur zu sagen, wogegen man ist. Ich glaube, meine sehr verehrten Damen und Herren, mit diesem Nachtrag halten wir ganz klar unseren haushaltspolitischen Kurs.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das stimmt! Das Schuldenmachen geht weiter! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das stimmt! Das müssen wir einräumen!)

Wir sorgen vor und investieren in die Zukunft unseres Landes, in das Fundament unseres starken Standorts. Deshalb stärken wir, wie in der Vergangenheit auch, vor allem die Bildung. Wir machen den Weg frei für eine erfolgreiche Inklusion mit

(Minister Dr. Nils Schmid)

jeweils 200 zusätzlichen Lehrerstellen für ein noch besseres Betreuungsverhältnis.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie ruinieren die Realschulen!)

Wir verbessern die Unterrichtsversorgung und stärken die Realschulen. Wir stellen sicher, dass unsere Hochschulen auch in Zukunft spitze bleiben. Es ist ja bezeichnend, dass Sie zur zweiten Lesung des Hochschulfinanzierungsvertrags-Begleitgesetzes auf eine Debatte verzichten.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Genau!)

So schlecht kann es ja nicht sein mit dem Hochschulfinanzierungsvertrag, wenn Sie nicht einmal zur zweiten Lesung eine Aussprache beantragen.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Über die Tagesordnung informieren! – Weitere Zurufe von der CDU)

Es ist ja ein Offenbarungseid, wenn Sie das Kernstück hochschulpolitischer Maßnahmen,

(Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU – Unruhe bei der CDU)

die größte hochschulpolitische Maßnahme in der zweiten Lesung einfach so durchwinken.

(Abg. Winfried Mack CDU: Jetzt ist es aber gut!)

Das zeigt doch: Sie haben nicht nur finanzpolitisch, sondern auch bildungspolitisch inhaltlich überhaupt nichts zu bieten in diesem Landtag von Baden-Württemberg.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zurufe der Abg. Karl-Wilhelm Röhm und Guido Wolf CDU)

Die Bereitstellung von 444 Millionen € mehr für die Grundfinanzierung verdient auch die einstimmige Zustimmung des Landtags von Baden-Württemberg. Da sind wir uns sicher einig, meine Damen und Herren.

(Zurufe von der CDU)

Neue Stellen und jährlich 100 Millionen € Sondermittel für den Hochschulbau, das verdient die einstimmige Zustimmung des Landtags von Baden-Württemberg, und deshalb müssen wir darüber nicht weiter diskutieren. Das ist richtig.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Habe ich nichts dagegen!)

Deshalb freue ich mich, dass wir in Baden-Württemberg als dem bundesweit ersten Land die Weichen für Forschung, für die Hochschulen im Land gestellt haben und sie in bundesweit einmaliger Weise stärken.

Wir sorgen mit der Förderung von acht Lernfabriken für Industrie 4.0 für eine smarte Aus- und Weiterbildung sowie für beste Voraussetzungen für eine erfolgreiche Digitalisierung.

Außerdem – das ist numerisch der größte Anteil des Nachtragshaushalts – werden wir unserer Verantwortung gegenüber denen gerecht, die bei uns Schutz und Zuflucht suchen.

Deshalb brauchen wir eine bessere Ausstattung der Landeserstaufnahmestellen sowie eine bessere Betreuung und schlankere Verfahren. Vor allem brauchen wir auch handlungsfähige Kommunen, die uns dabei unterstützen.

All dies stellen wir mit diesem Nachtragshaushalt sicher.

Es freut mich auch, dass es im Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft auf Antrag von Grünen und SPD gelungen ist, eine Ermächtigung zur Umsetzung des geplanten Investitionsprogramms des Bundes für finanzschwache Kommunen in den Haushalt einzufügen. Damit stellen wir schon jetzt sicher, dass die Mittel des Bundes, sobald das Gesetzgebungsverfahren im Bund abgeschlossen ist, an die Kommunen in Baden-Württemberg schnell weitergeleitet werden können. Auch dies beweist einmal mehr: Wir handeln vorausschauend und pragmatisch.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Wir werden in diesem Nachtragshaushalt auch 226 Stellen bei der Polizei verstetigen und damit Prävention und Aufklärung im Bereich der Wohnungseinbrüche vorantreiben.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Im Dezember haben Sie es noch abgelehnt!)

Denn wir wollen, dass sich die Menschen bei uns in Baden-Württemberg sicher fühlen – besonders in den eigenen vier Wänden.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Endlich folgen Sie unserem Vorschlag!)

Das Interessante ist: Herr Wolf hat noch gesagt, ihm würde das nicht reichen, was bei der inneren Sicherheit geschieht. Aber es gab keinen entsprechenden Antrag im Ausschuss, und es gibt auch heute keinen Antrag zu diesem Thema.

(Unruhe bei der CDU)

Wer schnell noch mehr Stellen fordert, macht es sich zu einfach.

(Abg. Guido Wolf CDU: Wer lesen kann, ist im Vorteil! – Abg. Winfried Mack CDU: Lesen Sie mal die Anträge! – Weitere Zurufe von der CDU)

Einfach mehr Stellen zu fordern, das geht doch nicht; Herr Wolf, das wissen Sie ganz genau.

(Abg. Guido Wolf CDU: Wer lesen kann, ist im Vorteil!)

Wo sind denn arbeitslose Polizistinnen und Polizisten, mit denen man neue Stellen einfach besetzen könnte? Das, was Sie vertreten, ist doch völliges Wunschdenken. Wir verstetigen das, was da ist. Aber man kann doch nicht einfach so tun, als würden arbeitslose Polizistinnen und Polizisten auf der Straße stehen, die, wenn man einfach ein paar Stellen schaffen würde, sofort eingesetzt werden könnten.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Die muss man ausbilden! – Unruhe bei der CDU)

Zu einer seriösen Haushaltspolitik gehört eben auch, keine Nebelkerzen zu werfen.

(Minister Dr. Nils Schmid)

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen
– Abg. Peter Hauk CDU: Die gibt es doch schon!)

Meine Damen und Herren, es bleibt bei dem, was ich schon zur Einbringung dieses Nachtrags gesagt habe: Dieser Nachtrag steht für mehr Chancen, mehr Bildung und mehr Lebensqualität. Wir übernehmen Verantwortung für all jene, die bei uns Zuflucht und Schutz suchen, und wir sorgen damit auch in Zukunft für einen starken Standort.

Deshalb bitte ich um Zustimmung auch in der abschließenden Beratung hier im Landtag.

(Anhaltender Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Klaus Herrmann CDU: Der Beifall steht in umgekehrtem Verhältnis zur Substanz der Rede! – Unruhe bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Mack. – Herr Mack, Sie haben noch 17 Sekunden Redezeit.

Abg. Winfried Mack CDU: Herr Finanzminister, Sie tun mir leid. Sie haben das mit der Erbschaftsteuer ehrlich gemeint. Sie sind jetzt von Ihrer eigenen Regierungskoalition eingesammelt worden und stehen da wie ein begossener Pudel.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP – Zuruf von der CDU: Bravo!)

Zur Beamtenversorgung kann man nur sagen: Wir sind erst seit 2006 überhaupt dafür zuständig, Frau Aras. Seitdem ist die Anpassung nur einmal verschoben worden, nämlich in der Weltwirtschaftskrise, und das im Einvernehmen mit dem Beamtenbund. Das unterscheidet uns von Ihnen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Drittens: Sie, Frau Aras, haben Erwin Teufel angesprochen.

(Zurufe von den Grünen und der SPD)

Erwin Teufel hatte Jahr für Jahr netto weniger Einnahmen zur Verfügung. Er hat den Haushalt damals um durchschnittlich 1,5 % erhöht. Sie haben ihn in den vergangenen Jahren um durchschnittlich 5 % aufgebläht und neue Schulden gemacht.

(Abg. Sandra Boser und Abg. Charlotte Schneidewind-Hartnagel GRÜNE deuten auf die Uhr.)

An diesen Zahlen sehen Sie, in welche strukturelle Schieflage Sie diesen Haushalt gebracht haben.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Viertens.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Abgeordneter, ich bitte Sie, zum Ende zu kommen. Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Abg. Winfried Mack CDU: Wie weiland Ulrich Maurer geht jetzt Winfried Hermann vor. Er hat als Autonummer für sein Auto „S – VM 2021“ gewählt.

(Zuruf von den Grünen: Die Redezeit ist abgelaufen!)

Er hat gesagt, er wolle bis 2021 Verkehrsminister bleiben; er gehe davon aus, dass die Grünen die Wahl gewinnen

(Unruhe bei den Grünen und der SPD)

und dass er auch noch Verkehrsminister bleibt. – Gott möge all dies verhüten,

(Oh-Rufe von den Grünen und der SPD)

zum Wohle Baden-Württembergs.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das hat die verzweifelte Lage der CDU noch mal so richtig deutlich gemacht! – Zuruf von den Grünen: Mein Gott!)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dr. Fulst-Blei das Wort.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Wie viel Redezeit hat er?)

Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Ganz ruhig. – Herr Mack, eine Anmerkung noch, weil Sie immer wieder mit Zahlen operieren: Sie haben auch vorhin wieder nicht dazugesagt, dass wir 2011 in Sachen Steuereinnahmen das Niveau von 2008 überhaupt erst wieder erreicht haben, gleichzeitig aber die Ausgaben permanent gestiegen sind.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Sie haben doch die Ausgaben erhöht!)

– Herr Herrmann, ich verstehe ja, dass Sie sich aufregen. Auch ich würde mich ärgern. Ausgerechnet wir kommen nach was weiß ich wie vielen Jahren an die Regierung und schaffen das, was Sie nie geschafft haben: drei Mal die Nullnettoneuverschuldung in einer Legislaturperiode.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zuruf des Abg. Klaus Herrmann CDU)

Sehen Sie es mir nach, aber ich brauche noch etwas Zeit. Ich muss Herrn Rülke mal wieder eine mitgeben.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ich zittere!)

Denn eines ärgert mich einfach maßlos. Wir stellen die Realschulen mit dem heutigen Tag mit dem Konzept zukunftssicher auf, und wir schreiben den Gymnasien eindeutig eine starke Rolle als eine von zwei Säulen des Bildungssystems zu.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Sie hingegen kommen wiederum mit keinen Inhalten, Sie operieren wiederum mit Angst, statt Konzepte vorzulegen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie entwerten die zehnte Klasse!)

Soll ich mal den Rülke machen? – Zukunftssicherheit im Schulsystem – das haben Sie nicht gemacht.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie berauben sie um ein Schuljahr!)

(Dr. Stefan Fulst-Blei)

Ganztagsschulen und Inklusion – haben Sie nicht gemacht. Perspektive für den ländlichen Raum durch die Gemeinschaftsschule – haben Sie nicht gemacht.

Hören Sie auf mit Ihrer Angstmacherei. Hören Sie auf mit Ihrer Schlechtmacherei, was andere Schularten angeht. Kommen Sie endlich mit Konzepten; dann können wir über so etwas auch vernünftig reden.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zuruf des Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Meine Damen und Herren, in der Allgemeinen Aussprache liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen daher in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m m u n g**. Ich lasse zunächst über den Entwurf des Gesetzes über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2015/16 entscheiden. Abstimmungsgrundlage dafür ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/6776.

Zu dem Nachtragshaushaltsplan liegen sechs Änderungsanträge der Fraktion der CDU, Drucksachen 15/6810-1 sowie 15/6810-3 bis 15/6810-7, zwei gemeinsame Entschließungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksachen 15/6810-2 und 15/6810-8, ein Entschließungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/6810-9, ein Entschließungsantrag der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der SPD, Drucksache 15/6810-11, und ein Entschließungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 15/6810-10, vor. Die Änderungs- und Entschließungsanträge werde ich jeweils an der betreffenden Stelle aufrufen und darüber abstimmen lassen.

Ich bitte Sie, damit einverstanden zu sein, dass ich die Einzelpläne, soweit dies möglich ist, jeweils im Ganzen aufrufe. – Sie stimmen zu.

Ich rufe Abschnitt I der Beschlussempfehlung auf, den neu aufzunehmenden

Einzelplan 01

Landtag

Wer Einzelplan 01 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist dem Einzelplan 01 einstimmig zugestimmt.

Ich rufe Abschnitt II der Beschlussempfehlung auf:

Einzelplan 02

Staatsministerium

Wer Einzelplan 02 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. –

(Abg. Jörg Fritz GRÜNE: Weiter so! – Abg. Walter Heiler SPD: Das geht doch! Das tut nicht einmal weh!)

Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist dem Einzelplan 02 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe Abschnitt III der Beschlussempfehlung auf:

Einzelplan 03

Innenministerium

Zu Einzelplan 03 Kapitel 0314 bis Kapitel 0316 liegt der Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/6810-1, vor, der die Erhaltung sämtlicher Stellen bei der Polizei, die im Rahmen des Einstellungskorridors geschaffen wurden, fordert.

(Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

Sind Sie damit einverstanden, über die drei Ziffern des Änderungsantrags gemeinsam abzustimmen? – Das ist der Fall. Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/6810-1, zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! –

(Oh-Rufe von der CDU)

Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Für Personalabbau bei der Polizei!)

Wer Einzelplan 03 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist dem Einzelplan 03 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe Abschnitt IV der Beschlussempfehlung auf:

Einzelplan 04

Ministerium für Kultus, Jugend und Sport

Wer Einzelplan 04 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist dem Einzelplan 04 mehrheitlich zugestimmt.

Wir haben noch abzustimmen über den Entschließungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 15/6810-2, zu Einzelplan 04 Kapitel 0404 – Staatliche Schulämter –, der zusätzliche Verwaltungskräfte zur Unterstützung der Schulpsychologen fordert. Wer diesem Entschließungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Entschließungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe Abschnitt V der Beschlussempfehlung auf:

Einzelplan 05

Justizministerium

Wer Einzelplan 05 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist dem Einzelplan 05 mehrheitlich zugestimmt.

(Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch)

Ich rufe Abschnitt VI der Beschlussempfehlung auf:

Einzelplan 06

Ministerium für Finanzen und Wirtschaft

Wer Einzelplan 06 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist dem Einzelplan 06 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe Abschnitt VII der Beschlussempfehlung auf:

Einzelplan 07

Ministerium für Finanzen und Wirtschaft (Wirtschaft)

Wer Einzelplan 07 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist dem Einzelplan 07 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe Abschnitt VIII der Beschlussempfehlung auf:

Einzelplan 08

Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz

Wer Einzelplan 08 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist dem Einzelplan 08 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe Abschnitt IX der Beschlussempfehlung auf:

Einzelplan 09

Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren

Wer Einzelplan 09 in der Fassung der Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist dem Einzelplan 09 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe Abschnitt X der Beschlussempfehlung auf:

Einzelplan 10

Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft

Wer Einzelplan 10 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist dem Einzelplan 10 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe Abschnitt XI der Beschlussempfehlung auf:

Einzelplan 12

Allgemeine Finanzverwaltung

Zu Einzelplan 12 liegen fünf Änderungsanträge und ein Entschließungsantrag der Fraktion der CDU, ein gemeinsamer Entschließungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP und ein gemeinsamer Entschließungsantrag der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der SPD vor.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/6810-3, zu Kapitel 1206 – Schulden und Forderungen – zum Thema Überschüsse abstimmen. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/6810-4, zu Kapitel 1206 – Schulden und Forderungen – zum Thema Zinsen. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Nun lasse ich über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/6810-5, zu Kapitel 1212 – Sammelansätze – zum Thema Überschüsse abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/6810-6, zu Kapitel 1212 – Sammelansätze – zum Thema „Rücklage für Haushaltsrisiken“. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Jetzt stelle ich den Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/6810-7, zu Kapitel 1212 – Sammelansätze – zum Thema „Globale Minderausgaben“ zur Abstimmung. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. –

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Peinlich, peinlich!)

Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Wer Einzelplan 12 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist dem Einzelplan 12 mehrheitlich zugestimmt.

Wir haben nun noch über einen gemeinsamen Entschließungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, einen gemeinsamen Entschließungsantrag der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der SPD und einen Entschließungsantrag der Fraktion der CDU abzustimmen.

Zunächst stelle ich den Entschließungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP zur Erbschaftsteuer, Drucksache 15/6810-8, der Kapitel 1201 – Steuern – betrifft, zur Abstimmung. Wer stimmt diesem Entschließungsantrag zu? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist der Entschließungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Jetzt stelle ich den Entschließungsantrag der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der SPD zur Erbschaftsteuer, Drucksache 15/6810-11, zur Abstimmung. Wer stimmt diesem Entschließungsantrag zu? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist dem Entschließungsantrag mehrheitlich zugestimmt.

(Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch)

Nun stelle ich den Entschließungsantrag der Fraktion der CDU zur Beamtenbesoldung, Drucksache 15/6810-9, zur Abstimmung. Wer stimmt diesem Entschließungsantrag zu? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist der Entschließungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe Abschnitt XII der Beschlussempfehlung auf:

Einzelplan 14

Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst

Wer Einzelplan 14 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist dem Einzelplan 14 einstimmig zugestimmt.

Ich rufe Abschnitt XIII der Beschlussempfehlung auf:

Einzelplan 15

Ministerium für Integration

Wer Einzelplan 15 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist dem Einzelplan 15 mehrheitlich zugestimmt.

Wir haben noch abzustimmen über den Entschließungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 15/6810-10, zu Kapitel 1503 – Aufnahme und Integration – zum Thema „Pauschale Erstattung und Aufwendungen für die Aufnahme, Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen“. Wer stimmt diesem Entschließungsantrag zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Entschließungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Meine Damen und Herren, wir kommen in der Zweiten Beratung zur **E i n z e l a b s t i m m u n g** über den Entwurf des Nachtragsgesetzes der Landesregierung, Drucksache 15/6688:

Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2015/16

Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/6777. Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, dem Gesetzentwurf in der Fassung der Drucksache 15/6777 zuzustimmen.

Zu dem Gesetzentwurf liegen ein Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/6811-2, und ein gemeinsamer Antrag der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der SPD, Drucksache 15/6811-1, vor. Die Änderungsanträge werde ich an den betreffenden Stellen aufrufen und darüber abstimmen lassen.

Ich rufe auf

§ 1

Wer § 1 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/6777, zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – § 1 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 2

Wer § 2 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – § 2 ist mehrheitlich zugestimmt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der SPD, Drucksache 15/6811-1, der die Einfügung eines neuen § 2 a begehrt.

(Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Was?)

Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Änderungsantrag ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 3

Hierzu liegt der Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/6811-2, vor, der das Thema Überschüsse betrifft. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wer § 3 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – § 3 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 3 a

Wer § 3 a zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – § 3 a ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 4

Wer § 4 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/6777, zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – § 4 ist mehrheitlich zugestimmt.

Wir kommen nun in der Dritten Beratung zur **A b s t i m m u n g**. Abstimmungsgrundlage sind die soeben in der Zweiten Beratung gefassten Beschlüsse zu den Drucksachen 15/6776 und 15/6777.

Zunächst rufe ich wieder den Entwurf des Nachtragshaushalts der Landesregierung auf.

Ich rufe auf

Einzelplan 01

Landtag

Wer Einzelplan 01 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Einzelplan 01 ist einstimmig zugestimmt.

(Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch)

Ich rufe auf

Einzelplan 02

Staatsministerium

Wer Einzelplan 02 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Einzelplan 02 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 03

Innenministerium

Wer Einzelplan 03 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Einzelplan 03 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 04

Ministerium für Kultus, Jugend und Sport

Wer Einzelplan 04 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Einzelplan 04 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 05

Justizministerium

Wer Einzelplan 05 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Einzelplan 05 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 06

Ministerium für Finanzen und Wirtschaft

Wer Einzelplan 06 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Einzelplan 06 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 07

Ministerium für Finanzen und Wirtschaft (Wirtschaft)

Wer Einzelplan 07 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Einzelplan 07 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 08

Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz

Wer Einzelplan 08 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Dem Einzelplan 08 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 09

Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren

Wer Einzelplan 09 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Einzelplan 09 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 10

Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft

Wer Einzelplan 10 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Dem Einzelplan 10 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 12

Allgemeine Finanzverwaltung

Wer Einzelplan 12 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Einzelplan 12 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 14

Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst

Wer Einzelplan 14 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Einzelplan 14 ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 15

Ministerium für Integration

Wer Einzelplan 15 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Einzelplan 15 ist mehrheitlich zugestimmt.

Jetzt kommen wir in der Dritten Beratung zur **A b s t i m m u n g** über den Gesetzentwurf der Landesregierung:

Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2015/16

Der Gesetzentwurf liegt Ihnen als Drucksache 15/6688 vor. Abstimmungsgrundlage sind die soeben in Zweiter Beratung gefassten Beschlüsse. Ich weise darauf hin, dass in der Zweiten Beratung der neue § 2 a aufgenommen wurde.

Ich rufe auf

§ 1

Wer § 1 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – § 1 ist mehrheitlich zugestimmt.

(Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch)

Ich rufe auf

§ 2

Wer § 2 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – § 2 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf den neuen

§ 2 a

Wer § 2 a zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – § 2 a ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 3

Wer § 3 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – § 3 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 3 a

Wer § 3 a zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – § 3 a ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 4

Wer § 4 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – § 4 ist mehrheitlich zugestimmt.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 29. April 2015 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2015/16“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmt, den bitte ich, sich zu erheben. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Gesetz ist mehrheitlich zugestimmt.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Damit ist Punkt 3 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Hochschulfinanzierungsvertrags-Begleitgesetz (HoFV-Begleitgesetz) – Drucksache 15/6653

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wissenschaft, Forschung und Kunst – Drucksache 15/6754

Berichterstatte rin: Abg. Sabine Kurtz

(Unruhe)

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat festgelegt, in der Zweiten Beratung keine Aussprache zu führen.

Wir kommen daher gleich zur **A b s t i m m u n g** über den Gesetzentwurf Drucksache 15/6653. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wissenschaft, Forschung und Kunst, Drucksache 15/6754. Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, dem Gesetzentwurf zuzustimmen.

Sind Sie damit einverstanden, dass ich die Artikel 1 bis 4 des Gesetzentwurfs gemeinsam zur Abstimmung stelle? – Das ist der Fall.

Artikel 1 bis Artikel 4

Wer den Artikeln 1 bis 4 des Gesetzentwurfs Drucksache 15/6653 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Gesetzentwurf ist mehrheitlich zugestimmt.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 29. April 2015 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Hochschulfinanzierungsvertrags-Begleitgesetz (HoFV-Begleitgesetz)“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmt, den bitte ich, sich zu erheben. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Gesetz ist mehrheitlich zugestimmt.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Punkt 4 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zu dem Staatsvertrag zur Änderung des Staatsvertrags über den Südwestrundfunk – Drucksache 15/6779

Das Wort zur Begründung erteile ich Herrn Minister Peter Friedrich in Vertretung der dienstlich verhinderten Frau Ministerin Silke Krebs.

Minister für Bundesrat, Europa und internationale Angelegenheiten Peter Friedrich: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Ziel des Gesetzentwurfs ist die Umsetzung der SWR-Staatsvertragsnovelle in Landesrecht. Mit dem Änderungsstaatsvertrag setzen wir die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts in seinem Urteil vom 25. März 2014 zum ZDF-Staatsvertrag um.

(Unruhe)

(Minister Peter Friedrich)

Das Bundesverfassungsgericht hat im Urteil zum ZDF-Staatsvertrag wesentliche Grundsätze zur verfassungskonformen Zusammensetzung der Gremien der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten aufgestellt, die auch beim SWR zu beachten sind. Es hat insbesondere dargelegt, welche Anforderungen an eine hinreichend staatsferne und vielfältige Gremienbesetzung, aber auch an die gesetzgeberische Ausgestaltung der Rechtsstellung der Gremienmitglieder als Sachwalter der Allgemeinheit zu stellen sind. Darüber hinaus hat das Bundesverfassungsgericht Maßnahmen aufgezeigt, die unter dem Gesichtspunkt der Transparenz der Gremienarbeit für die Öffentlichkeit geboten sind.

Bei der letzten Novellierung des SWR-Staatsvertrags, die zu Beginn 2014 in Kraft getreten ist, war das Urteil des Bundesverfassungsgerichts noch nicht gesprochen und bekannt. Schon damals sind wir aber sehr weit in die richtige Richtung gegangen. Deshalb ist der Änderungsbedarf jetzt auch erfreulich gering, was uns eine zügige Umsetzung der Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts ermöglicht.

Mit dieser schnellen Umsetzung stellen wir nicht nur sicher, dass die Neukonstituierung der SWR-Gremien im Juli 2015 nach verfassungskonformen Regeln erfolgt. Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz sind auch die ersten Länder, die die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts für die eigenen Landesrundfunkanstalten umsetzen.

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Sehr gut!)

Zu den Änderungen im Einzelnen.

Erstens zur Staatsferne bzw. zur Drittelvorgabe: Bereits in früheren Urteilen hat das Bundesverfassungsgericht die Organisation des öffentlich-rechtlichen Rundfunks dem Gebot der Staatsferne unterstellt. Die Aufsichtsgremien dürfen daher nicht einem bestimmenden Einfluss staatlicher oder staatsnaher Mitglieder unterliegen. Das bedeutet nach Maßgabe des Urteils zum ZDF-Staatsvertrag, dass der Anteil staatlicher und staatsnaher Mitglieder in den Aufsichtsgremien ein Drittel der gesetzlichen Mitglieder nicht übersteigen darf.

Um diese Drittelvorgabe im SWR-Verwaltungsrat zu erfüllen, wird die Landesregierung von Baden-Württemberg künftig anstelle von zwei nur noch eine Vertreterin bzw. einen Vertreter in das Gremium entsenden. Stattdessen wird der Rundfunkrat ein weiteres Mitglied aus seiner Mitte in den Verwaltungsrat wählen, welches nicht der Bank der staatlichen oder staatsnahen Vertreter angehört.

Die Zusammensetzung des SWR-Rundfunkrats selbst entspricht dagegen schon jetzt den Kriterien des Bundesverfassungsgerichts, sodass hier keine Änderungen erforderlich sind.

Die Drittelvorgabe gilt zukünftig zudem aber auch für die Zusammensetzung der Ausschüsse sowie der Gremien- und Ausschussvorsitzenden.

Durch eine Erweiterung der bestehenden Inkompatibilitätsregelungen wird zweitens sichergestellt, dass der vom Bundesverfassungsgericht als staatlich bzw. staatsnah definierte Personenkreis nicht von staatsfernen Organisationen entsandt oder als staatsfern in den Verwaltungsrat gewählt werden kann.

Über die schon jetzt bestehenden Inkompatibilitätsregelungen hinaus werden nun auch von der Inkompatibilität umfasst:

hauptamtliche kommunale Wahlbeamtinnen und -beamte, Vertreterinnen und Vertreter der kommunalen Landesverbände auf Leitungsebene sowie Vertreterinnen und Vertreter politischer Parteien, soweit sie Mitglied des obersten Leitungsgremiums auf Landes- bzw. Bundesebene sind.

Zum Dritten hat uns das Bundesverfassungsgericht auch benannte Ziele der Vielfaltsicherung mit auf den Weg gegeben, die uns aber bereits bei der letzten Novellierung des SWR-Staatsvertrags ein wichtiges Anliegen waren. Dementsprechend haben wir unter Berücksichtigung der gesellschaftlichen Entwicklung auch neue Entsenderechte, z. B. für Muslime oder die Gemeinschaft der Sinti und Roma, geschaffen.

Um aber auch weiterhin sicherzustellen, dass gesellschaftliche Entwicklungen bei der Gremienzusammensetzung Berücksichtigung finden können, soll die Zusammensetzung des Rundfunkrats zukünftig regelmäßig jeweils nach Ablauf von zwei Amtsperioden überprüft und im Zweifel fortgeschrieben werden.

Die Zusammensetzung der Gremien soll zusätzlich durch eine Begrenzung der zulässigen Amtszeiten einem geregelten Wechsel unterliegen. Um aber zugleich eine gewisse Kontinuität in der Gremienarbeit zu wahren, wird die Mitgliedschaft im Rundfunkrat und – jetzt neu – auch im Verwaltungsrat auf drei Amtsperioden festgelegt. In beiden Gremien zusammen sind zukünftig maximal vier Amtsperioden eines Mitglieds möglich.

Viertens zur Transparenz: Mit der Umstellung der Finanzierung des öffentlichen Rundfunks auf den geräteunabhängigen Rundfunkbeitrag ist auch die Forderung nach mehr Transparenz in allen Bereichen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und seiner Gremienarbeit gewachsen. Im Rahmen der letzten Novellierung des SWR-Staatsvertrags hatten wir uns bereits für mehr Transparenz in Bezug auf die Arbeit und die Entscheidungsprozesse innerhalb des SWR eingesetzt und beispielsweise die Öffentlichkeit der Sitzungen des Rundfunkrats vorgeschrieben. Auch im Urteil zum ZDF-Staatsvertrag wird dieses Erfordernis der Transparenz der Arbeit in den Gremien betont und der Gesetzgeber aufgefordert, wesentliche Grundsatzentscheidungen hier selbst zu treffen.

In Umsetzung dessen sollen künftig u. a. die Organisationsstrukturen und die Zusammensetzung der Organe und Ausschüsse sowie die Tagesordnungen aller Sitzungen veröffentlicht werden. Die Sitzungen des Verwaltungsrats bleiben nicht öffentlich. Die Öffentlichkeit muss aber im Anschluss an die Sitzungen über die wesentlichen Ergebnisse informiert werden. Auf diese Weise soll dem Grundsatz der Öffentlichkeit unter Wahrung der Vertraulichkeitserfordernisse einer sachgemäßen Gremienarbeit Rechnung getragen werden.

Das Bundesverfassungsgericht hat darüber hinaus gleich an mehreren Stellen die Beachtung des Gleichstellungsauftrags hinsichtlich der Geschlechter durch den Gesetzgeber angemahnt. Hierzu hatten wir im Rahmen der letzten Novellierung des SWR-Staatsvertrags verbindliche Quotierungen bei den Gremienbesetzungen eingeführt und damit die jetzige Vorgabe des Bundesverfassungsgerichts bereits vollumfänglich erfüllt.

Die Mitglieder der Aufsichtsgremien sind überdies Sachwalter der Allgemeinheit und als solche an Weisungen nicht ge-

(Minister Peter Friedrich)

bunden. Das Bundesverfassungsgericht betont in diesem Zusammenhang die Notwendigkeit, die Rechtsstellung der Mitglieder mit entsprechenden Garantien auszustatten, die eine intransparente oder unsachliche Einflussnahme Dritter verhindern. Daher sollen künftig auch die Mitglieder des Verwaltungsrats, wie bereits jetzt die Mitglieder des Rundfunkrats, nur noch aus wichtigem Grund abberufen werden können.

Jenseits der Regelungen, die auch Ausfluss des Urteils zum ZDF-Staatsvertrag sind, haben wir ein Anliegen aus dem Kreis der Landtagsfraktionen aufgegriffen, das ich abschließend noch erwähnen möchte.

So soll die Intendanz, die die Verantwortung für den gesamten Betrieb und die Programmgestaltung trägt, zukünftig wieder von Rundfunkrat und Verwaltungsrat gemeinsam gewählt und gegebenenfalls abberufen werden können. Hierdurch schaffen wir eine breitere Legitimationsbasis für die herausragende Leitungsfunktion im SWR.

Mit den jetzigen Änderungen im SWR-Staatsvertrag ergänzen wir unsere umfangreiche Novellierung in einzelnen Punkten und haben damit meines Erachtens einen zeitgemäßen und zukunftsfähigen Rechtsrahmen, der die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts voll umsetzt, für den SWR als Medienunternehmen geschaffen.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aussprache über den Gesetzentwurf eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Pauli das Wort.

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Das wird eine Lobesrede!)

Abg. Günther-Martin Pauli CDU: Liebe Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Staatsvertrag über den Südwestrundfunk wäre eine ideale Plattform für eine fraktionsübergreifende Initiative, bei der wir ohne parteipolitischen Schlagabtausch sachorientiert etwas zu Papier bringen und dann beschließen könnten.

Herr Minister Friedrich, ich bedaure, dass Sie jetzt den Kopf hinhalten müssen. Sie sind in diesem Fall nicht letztverantwortlich, aber die Frau Ministerin hat sich ja entschuldigt. Ich hoffe, dass wir uns im Ständigen Ausschuss über den vorliegenden Entwurf noch entsprechend austauschen können.

Um bei dem von Ihnen, Herr Minister, zuletzt genannten Punkt zu beginnen: Man muss schon hinzufügen, dass der Intendant künftig wieder vom Verwaltungsrat und vom Rundfunkrat gewählt werden soll. Selbstverständlich ist dann die gemeinsame Akzeptanz größer. Es ist auch unlogisch gewesen, dass Sie beim letzten Staatsvertrag, den wir vor anderthalb Jahren mit grün-roter Mehrheit hier durchgepeitscht bekamen,

(Lachen der Abg. Rosa Grünstein SPD)

ebendies geändert hatten. Denn bisher war das so üblich; das hat sich auch bewährt. Wir haben das schon damals kritisiert. Aber, wie gesagt, die Regierungsfractionen haben das einfach so mitgetragen.

(Zuruf des Abg. Alexander Salomon GRÜNE)

Ich bedanke mich aber, dass Sie diesen Fehler eingestehen und da eben auch unserer Argumentation folgen.

Dieser Änderungsbedarf hätte nicht bestanden, wenn Sie unserem zweiten Ratschlag gefolgt wären, den der Kollege Rau und ich vor anderthalb Jahren hier im Parlament vorgetragen hatten, nämlich mit der Verabschiedung des Staatsvertrags abzuwarten, bis das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vorliegt. Es war damals schon absehbar, dass es bis zur Vorlage nur ein paar Wochen dauern würde. Deswegen hat sich dieser Handlungsbedarf eben ergeben. Das verstehen wir nach wie vor nicht. Sie hätten abwarten können, und wir hätten überhaupt keinen Änderungsbedarf mehr gehabt.

(Zuruf des Abg. Alexander Salomon GRÜNE)

Meine Bitte wäre gewesen, dass Sie, wie beim ersten Rundfunkstaatsvertrag, den Sie uns vorgelegt haben, rechtzeitig alle Fraktionen dieses Hauses mit einbinden. Das haben Sie diesmal unterlassen. Nachdem die Landesregierung nach wie vor durch die Gegend reist und von der Politik des Gehörtwerdens redet, ist es nicht nachvollziehbar, warum man nicht den Sachverstand aller Fraktionen hier mit einbindet.

Deren Einbindung lohnt sich bei Staatsverträgen, insbesondere beim SWR-Staatsvertrag. Wir alle wollen dazu beitragen, diesen starken Sender weiter zu stärken. Wir sitzen hier in einem Boot und sollten gemeinsam konstruktiv mitwirken können. Das haben Sie versäumt.

Wenn ich an dieser Stelle einen weiteren Kritikpunkt anbringen darf: Es ist nicht nachvollziehbar, warum nach dem Bundesverfassungsgerichtsurteil die Länderparlamente bei der Besetzung des ZDF-Fernsehrats völlig außen vor bleiben. Ich hätte insbesondere von Ihrer Regierung bei Ihrem Selbstbeweihräucherungsanspruch schon auch erwartet, dass Sie das nicht einfach festklopfen, sondern vielleicht auch neue Wege gehen. Ihnen hat der Mut gefehlt, mit dafür zu sorgen, dass der Landtag insgesamt bei den Beratungen und bei den Vorschlägen zur künftigen Besetzung des ZDF-Fernsehrats aus Baden-Württemberg mitreden kann und auch mit einbezogen wird. Das wäre zukunftsorientiert gewesen und hätte zu der Erreichung des Ziels, Staatsferne vorzuleben – das uns das Bundesverfassungsgericht vorgibt –, beigetragen.

Ansonsten kritisieren wir nochmals deutlich die Überregulierungen, was die Gremienbesetzung angeht, die Sie mit dem ersten Staatsvertrag zum SWR vor eineinhalb Jahren durchgepeitscht haben. Im Ständigen Ausschuss erleben wir, dass zum Teil Entscheidungen getroffen werden, die grotesk sind. Sie hatten sich zum Ziel gesetzt, die Beteiligung von Frauen zu fördern. Wir müssen jetzt zwischen Frauen auswählen.

(Zuruf von der CDU: So ist es!)

Beispielsweise von den Künstlerverbänden stehen zwei Frauen zur Auswahl. Wir müssen eine davon außen vor lassen. Wir

(Günther-Martin Pauli)

halten das nicht für zielführend. Sie stehen sich da mit Ihrer Überregulierung selbst im Weg. Das ist nach wie vor nicht zu begrüßen; wir kritisieren das aufs Schärfste.

Wir freuen uns auf die Auseinandersetzung im Ständigen Ausschuss. Wie gesagt, das Angebot steht. Wir bitten darum, bei künftigen Staatsverträgen wieder rechtzeitig eingebunden zu werden. Das wäre nicht unanständig, sondern geboten.

Vielen Dank.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort Herrn Abg. Salomon.

Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Herr Minister Friedrich hat im Grunde bereits alles ausgeführt. Er hat das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum ZDF-Staatsvertrag angesprochen, aufgrund dessen wir auch beim SWR nachbessern müssen.

Aber, Herr Pauli, man muss festhalten, dass Sie damals auch keine hellseherischen Fähigkeiten hatten. Wir hatten schon nachgebessert, indem wir den Staatsvertrag vor eineinhalb Jahren wesentlich verbessert hatten. Das war auch Beispiel für das Bundesverfassungsgericht; da sind wir uns relativ sicher. Das ist auch Beispiel für andere Rundfunkanstalten und andere Landesparlamente, wie man den Staatsvertrag abändern kann.

Ich will nur ein paar Punkte ansprechen. Der Herr Minister hat das Wesentliche schon ausgeführt. Die Transparenz der Ausschussarbeit ist uns sehr wichtig. Auch die Amtszeitbegrenzung trägt wesentlich dazu bei, dass der zweite Effekt zum Tragen kommt, nämlich die Dynamisierung der Gremien im SWR. Das heißt nicht nur, dass neue Köpfe hineinkommen. Vielmehr wurde eine Regelung im Staatsvertrag implementiert, die vorsieht, dass man sich alle zwei Jahre über die Zusammensetzung der Gremien unterhalten muss und schauen muss, ob noch alles stimmt.

Sie hatten auch angesprochen, dass wir uns im Ständigen Ausschuss darüber unterhalten müssen, ob wir die eine oder die andere Frau für den Rundfunkrat des SWR auswählen. Dem ist mitnichten so. Wir können auch beide Damen wählen. Sie müssen die Regelungen noch einmal genau studieren. Denn auch dies ist in diesem Fall möglich. Sie müssen nämlich einmal den Korb als Ganzes anschauen, Herr Pauli.

(Abg. Günther-Martin Pauli CDU: Evangelische Kirche! Das sind derzeit zwei Frauen! Sie dürfen nicht mehr!)

– Herr Pauli, wir können uns darüber unterhalten. Aber wenn Sie sich die Regeln einmal genau anschauen, dann sehen Sie, dass das alles okay ist.

(Abg. Günther-Martin Pauli CDU: Die dürfen nicht mehr! Nicht unterhalten! Staatsvertrag!)

Sie haben auch immer kritisiert, dass es nicht mehr möglich ist, dass die kommunalen Landesverbände einen Repräsentanten oder eine Repräsentantin in den Verwaltungsrat schicken. Bieten Sie doch Ihren Platz im Verwaltungsrat an. Seien Sie doch einmal so mutig, zu sagen, dass die kommunalen

Landesverbände über Ihr Votum – wir bestätigen das im Landtag, auch mit dem Verwaltungsrat – dort weiter sitzen dürfen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Günther-Martin Pauli CDU: Die CDU nominiert einen Landrat!)

– Nein, er ist ein Maulheld; um es einmal so zu sagen.

(Abg. Thaddäus Kunzmann CDU: Studentenplenum! Benehmen Sie sich einmal!)

Sie versuchen hier immer, etwas zu dramatisieren, was es so gar nicht gibt.

Seien Sie doch einmal mutig, und machen Sie diesen Schritt. Dann ist es auch wirklich ehrlich, und dann kann man Ihre Worte in diesem Fall auch ernst nehmen.

Wir beenden das an dieser Stelle. Denn Sie haben natürlich auch recht: Wir möchten die Staatsverträge gerade im Medienbereich übergreifend machen. Ich nehme es einmal in diesem Sinn.

Meines Erachtens ist es ein guter Gesetzentwurf, den wir vorgelegt bekommen haben. Er ist zustimmungsfähig.

In der Zukunft müssen wir uns trotzdem darüber unterhalten, wie die Struktur und die Arbeit der Gremien funktionieren. Denn das ist ein wesentlicher Faktor. Dazu haben Sie einen Vorschlag gemacht, der sicherlich diskussionswürdig ist. Wir werden uns in der direkten Arbeit intensiv darüber unterhalten.

Ich bitte Sie: Stimmen Sie dem Gesetz zu – für den SWR.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Binder.

Abg. Sascha Binder SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir beraten heute die Änderung des Staatsvertrags über den Südwestrundfunk zwischen den Ländern Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg. Die beiden Regierungen haben über diesen Staatsvertrag verhandelt, Herr Kollege Pauli. Deshalb ist ein Staatsvertrag nur schwer so zu verändern, dass sich die Fraktionen hier im Landtag von Baden-Württemberg zusammensetzen, etwas aufschreiben und hoffen, dass Rheinland-Pfalz am Ende zustimmt. Ich glaube, das ist nicht Sinn und Zweck der Zusammenarbeit zwischen den beiden Bundesländern.

Sie haben recht, dass es um Transparenz geht, darum, die Verhandlungsergebnisse mit den Fraktionen im Landtag zu diskutieren und auch Ideen aufzunehmen. Dazu gab es im Ständigen Ausschuss Informationen. Insofern können wir uns nicht über mangelnde Transparenz beschweren.

Sie haben das Thema Intendanz angesprochen. Das war vor allem ein Wille aus den Gremien des SWR, den wir, die SPD-Landtagsfraktion, aufgenommen und in die Verhandlungen mit Rheinland-Pfalz eingebracht haben. Es ist zwar eine Trennung der Aufgaben im Verwaltungsbereich – Verwaltungsbetrieb und Programm – vorhanden, der Intendant ist aber für

(Sascha Binder)

beides zuständig. Deswegen haben – dieser Auffassung sind wir – beide Aufsichtsgremien den Intendanten zu wählen.

Was die Zusammensetzung von Verwaltungsrat und Rundfunkrat anbelangt, sind wir jetzt auf dem Stand der Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts. Aber – das war schon damals meine Auffassung und ist sie auch heute – es war richtig, einen Vorschlag zu unterbreiten. Denn man kann nicht immer auf Gerichte warten. Wir haben unsere Auffassung einer Staatsferne dargelegt. Wie wir jetzt sehen, sind wir nicht so weit weg von dem, was das Bundesverfassungsgericht vorge schlagen hat.

Insofern bin ich der Auffassung, dass die Landesregierung mit sehr gutem Beispiel vorangegangen ist, indem sie nämlich gesagt hat: „Wir verzichten freiwillig auf einen Sitz im Verwaltungsrat, um einerseits die Größe der ‚Staatsbank‘ entsprechend dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu reduzieren und andererseits das Gremium des Verwaltungsrats nicht unnötig zu vergrößern.“

Wir wissen um die Diskussion über das Thema „Kommunale Vertreter“. Dabei gibt es immer noch Möglichkeiten.

Herr Kollege Pauli, zur Ehrlichkeit gehört dazu: Wenn Sie die „kommunale Bank“ in entsprechender Form mit in den Verwaltungsrat bekommen wollen, müssen Sie das Gremium vergrößern. Denn sonst können Sie den Anteil, den das Bundesverfassungsgericht vorschlägt, nicht einhalten.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es!)

Kollege Pauli, das gehört zur Ehrlichkeit dazu.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Man muss auch ehrlich sein!)

Während unsere Regierung auf einen Sitz verzichtet, werden Sie wohl an einem Vergrößerungsvorschlag nicht vorbeikommen. Dann kann sich jeder herausuchen, welcher der vernünftigeren Vorschlag ist, meine Damen und Herren.

(Zuruf des Abg. Alexander Salomon GRÜNE)

Insofern bin ich dankbar, dass wir jetzt sehr zügig zu einem Ergebnis gekommen sind und die Gremienwahl jetzt vor uns liegt.

Herr Kollege Pauli, Sie haben gar nichts mehr zu den Gruppen gesagt, die jetzt gemeinsam Sitze besetzen. Herr Kollege Rau und Sie haben immer gesagt: „Was ihr da für ein Bürokratiemonstrum schafft, wenn mehrere Verbände gemeinsame Sitze haben! Das wird zu ausufernden Wahlen im Ständigen Ausschuss führen.“ Herr Kollege Pauli, Sie können es nachzählen: Bei der jetzigen Auswahl stehen im Ständigen Ausschuss weniger Entscheidungen an, als es noch bei der letzten Konstituierung

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Es trägt zur Kommunikation zwischen den Verbänden bei! – Gegenruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD: Genau! – Gegenruf des Abg. Günther-Martin Pauli CDU: Stimmt doch gar nicht!)

des SWR-Rundfunkrats – bei dem Staatsvertrag, den Sie zu verantworten hatten – der Fall war.

Insofern können wir nicht von einem zusätzlichen Aufwand, sondern von einer guten Zusammensetzung des Rundfunkrats und des Verwaltungsrats im Sinne des Bundesverfassungsgerichts sprechen.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich das Wort Herrn Abg. Professor Dr. Goll.

Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Staatsvertrag setzt das Ziel der Staatsferne um. Ich kann jetzt schon sagen, dass die liberale Fraktion ausgehend von ihren Überzeugungen mitziehen wird. Insofern beschränke ich mich auf zwei Anmerkungen bzw. Hinweise.

Es wurde schon vom Kollegen Pauli klargestellt, dass es jetzt nicht mehr um die Art geht, wie die Gremien besetzt werden. Diese haben wir kritisiert: Wir halten sie für eine Bevormundung der entsprechenden Organisationen. Wir halten das für völlig verzwungen. Lieber Herr Binder, auch wenn sich die Betroffenen jetzt zähneknirschend einigen, ist diese Regelung nicht gut. Übrigens haben sich noch nicht alle geeinigt. Deswegen haben wir den letzten Staatsvertrag – im Gegensatz zu diesem – auch abgelehnt.

Zu meiner zweiten Bemerkung: Ich verstehe auch den Kollegen Pauli von der CDU, der gefragt hat: Wo bleiben die Landtage? Überlegen wir einmal logisch: Wenn man immer mehr Staatsferne schafft, in welchem Bereich kommt man dann an? Man kommt im privaten Bereich an, ganz einfach. Irgendwann ist man bei der Frage nach dem Charakter des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Ich möchte schon sagen: Man kann sich hier mit guten Gründen Gedanken darüber machen, ob Oberbürgermeister, kommunale Amtsträger zum öffentlichen Bereich gehören. Aber ich frage mich schon, ob dann hinterher –

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Das sagt das Bundesverfassungsgericht! Das sagen nicht wir!)

– Ich sage ja, wir werden dem im Endeffekt zustimmen. Ich sage nur, welchen Weg wir beschreiten. Wenn wir sagen, auch kommunale Amtsträger sind öffentlich, sind staatlich

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Sind die nicht staatlich?)

– die Frage war hier mehr als umstritten –, stellt sich doch irgendwann die Frage: Brauchen wir dann eigentlich eine öffentlich-rechtliche Anstalt für den Rundfunk?

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Ich stelle diese Frage hier nur einmal in den Raum. Deswegen bietet dieser Staatsvertrag für die, die den öffentlich-rechtlichen Rundfunk erhalten wollen, nicht nur Grund zum Jubeln.

Aber ich komme an den Anfang zurück: Staatsferne ist für Liberale etwas Positives. Deswegen werden wir dem Staatsvertrag zustimmen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Meine Damen und Herren, es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Die Aussprache ist damit beendet.

Ich schlage vor, den Gesetzentwurf Drucksache 15/6779 zur weiteren Beratung an den Ständigen Ausschuss zu überweisen. – Es erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Punkt 5 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 6** der Tagesordnung auf:

a) Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der CDU, der Fraktion GRÜNE, der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP – Gesetz zur Stärkung der parlamentarischen Kontrolle des Verfassungsschutzes – Drucksache 15/6746

b) Große Anfrage der Fraktion der SPD und Antwort der Landesregierung – Parlamentarische Kontrolle des Verfassungsschutzes in Baden-Württemberg – Drucksache 15/4660

Meine Damen und Herren, für die Aussprache über den Gesetzentwurf Drucksache 15/6746 und die Besprechung der Großen Anfrage hat das Präsidium eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt. Der Fraktion der SPD steht für das Schlusswort zur Großen Anfrage noch eine zusätzliche Redezeit von fünf Minuten zu.

Das Wort für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Schebesta.

Abg. Volker Schebesta CDU: Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Gestatten Sie mir eine Bemerkung zu Beginn. Wir haben uns darauf verständigt, dass wir trotz der Fülle der Tagesordnungspunkte heute im Plenum diesen Punkt noch aufrufen. Dazu war es notwendig, bestimmte Entscheidungen für die Abfolge zu treffen. Wir haben auf eine Aussprache zu einem Tagesordnungspunkt heute verzichtet.

Unsere Bereitschaft zu solchen Entscheidungen wird natürlich nicht dadurch gesteigert, dass wir dann von Finanz- und Wirtschaftsminister Schmid dafür kritisiert werden, dass zu dem betreffenden Punkt keine Aussprache stattfindet. Da bitte ich einfach darum, etwas anders miteinander umzugehen. Das ist nicht in Ordnung.

(Beifall bei der CDU)

Zu Rechtsterrorismus und zum Nationalsozialistischen Untergrund haben wir einen Untersuchungsausschuss. Aber unabhängig davon gibt es schon jetzt Lehren aus diesen Vorgängen. Bundesweit sind wir alle der Meinung, dass wir die parlamentarischen Kontrollgremien schlagkräftiger ausgestalten müssen. Zum derzeitigen Stand hat Baden-Württemberg als einziges Bundesland mit dem Ständigen Ausschuss, dem G-10-Gremium und der G-10-Kommission drei solche Gremien, und Baden-Württemberg hat auch weniger Rechte als andere Bundesländer in der Kontrolle des Verfassungsschutzes.

Das wollen wir mit dem vorliegenden Gesetzentwurf ändern und die Kontrollbefugnisse des Ständigen Ausschusses und des G-10-Gremiums zusammenfassen und in einem Parlamen-

tarischen Kontrollgremium bündeln. Dieses Parlamentarische Kontrollgremium soll öfter tagen als die bisherigen Gremien. Wir wollen dafür auch neue Rechte begründen.

Das Parlamentarische Kontrollgremium soll sich aus elf Personen zusammensetzen. Darauf haben wir uns für diese Legislaturperiode geeinigt. Ich will aber auch an dieser Stelle sagen: Für effektives Arbeiten in diesem Kontrollgremium wäre sicher eine kleinere Größe des Gremiums sinnvoll. Es wird dann Aufgabe sein, das in der nächsten Legislaturperiode zu regeln. Neue Rechte sind insbesondere die Akteneinsicht in die Vorgänge beim Landesamt für Verfassungsschutz, das Recht, Angehörige des Landesamts für Verfassungsschutz unmittelbar zu befragen, und auch die Erlaubnis für Bedienstete des Landesamts, sich ohne Einhaltung des Dienstwegs an das Parlamentarische Kontrollgremium zu wenden.

Ich glaube, wir sind zu einem guten Ergebnis gekommen. Herzlichen Dank an die Kollegen, die in dieser interfraktionellen Arbeitsgruppe mitgewirkt haben, insbesondere auch an die Kollegen von der SPD und Herrn Binder in der organisatorischen Leitung. Dank für die Zusammenarbeit auch den Mitarbeitern der Fraktionen, Dank aber auch für die Unterstützung vonseiten der Landesregierung, insbesondere vom Innenministerium.

Wir haben vereinbart, dass wir eine Anhörung durchführen werden. Aber wir sind auf einem guten Weg. Wenn es Änderungen gibt, die wir nach der Anhörung einarbeiten, dann werden wir das sicher auch wieder gemeinsam hinbekommen.

Auf der Strecke tauchte das Thema „Standards für V-Leute“ noch zusätzlich auf, weil auf Bund-Länder-Ebene darüber diskutiert worden ist, auch einen gesetzlichen Standard für den Einsatz von V-Leuten festzulegen. Das wollen wir bei der Gesetzesberatung mit einem Änderungsantrag in der Sitzung des Ständigen Ausschusses für die Zweite Beratung mit einfügen. Auch dazu haben wir eine Verständigung gefunden.

Die Grünen sind in der Öffentlichkeit vorgeprescht mit ihrer Forderung, nur gewaltbereiten Extremismus durch V-Leute beobachten zu lassen. Für unsere Fraktion ist klar: Das ist ein wichtiges Instrument, das wir auch für eine effektive Arbeit des Verfassungsschutzes im Vorfeld von gewaltbereitem Extremismus für wichtig halten. Auch in den anderen Bereichen, die der Verfassungsschutz zu beobachten hat, gilt es, Augen und Ohren in dieser Art und Weise offenzuhalten. Es ist deshalb gut, dass der Vorschlag von den Grünen nach dem Gegenwind schon in der Arbeitsgruppe nicht mehr aufrechterhalten worden ist.

Natürlich werden wir uns auf der Grundlage der Erkenntnisse des Untersuchungsausschusses mit den Empfehlungen auseinandersetzen. Für uns besteht bisher – Stand jetzt – kein Anlass, mit der gesetzlichen Grundlage für V-Leute in die Richtung, wie es die Grünen gefordert haben, zu gehen. Wir glauben, dass wir jetzt einen guten Weg gefunden haben.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der SPD und der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort Herrn Abg. Seckerl.

Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Das ist heute, denke ich, ein guter Tag für das Parlament. Wieder einmal gelingt es, sich interfraktionell auf ein Vorhaben zu verständigen. Wir finden das gut. Wir bedanken uns ausdrücklich gleich am Anfang bei dem Kollegen Binder für die Initiative und die organisatorische Durchführung der Arbeitsgruppe, aber auch bei den anderen Kollegen, bei Ihnen, Herr Schebesta, bei Herrn Hitzler, bei Herrn Goll, der in der Schlussphase dazugestoßen ist, sowie auch beim Kollegen Wahl für die Diskussion der letzten Wochen. Ich glaube, wir haben uns sehr schnell auf diesen Vorschlag verständigt.

Auch für uns war klar: Es ist jetzt wichtig, da interfraktionell zusammenzuarbeiten. Deswegen haben wir auch an der einen oder anderen Stelle eigene Forderungen oder Erwartungen zurückgestellt. Die Einigung ist wichtig. Baden-Württemberg ist das letzte Bundesland, das ein Parlamentarisches Kontrollgremium einrichtet. Nicht nur die Ereignisse der letzten Jahre unter den Stichworten Rechtsterrorismus oder NSU führen uns dazu, sondern auch insgesamt haben wir festgestellt, dass es bei einem Verfassungsschutz, der wichtige Aufgaben ausübt, aber gleichzeitig natürlich viele dieser Aufgaben amtsbedingt und aufgabenbezogen im Verborgenen ausübt, richtig ist, erstens die parlamentarische Kontrolle zu stärken und zweitens die Kompetenzen des Ständigen Ausschusses, die in der Vergangenheit außerordentlich beschränkt waren, und des G-10-Gremiums in einem neuen Gremium zusammenzuführen. Das ist ein richtiger Schritt nach vorn.

Der Kollege Schebesta hat die neuen Zuständigkeiten erläutert. Das kann ich mir an dieser Stelle ersparen. Ich glaube, dass das zu einer konstruktiven parlamentarischen Tätigkeit führen wird. Wir bewegen uns mit den Standards, die wir vereinbart haben, durchaus auf dem Niveau der anderen Bundesländer. Auch das ist ein gutes Ergebnis.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Wir haben gesagt – das ist für uns wichtig, und das gebietet auch der Respekt vor der Tätigkeit des Untersuchungsausschusses; ich finde, diesem Untersuchungsausschuss gebührt großer Respekt für seine intensive, verantwortungsvolle Tätigkeit, für das, was er bisher geleistet hat –, dass es für uns logisch und notwendig ist, dass wir auf Empfehlungen des Untersuchungsausschusses hören und uns gründlich damit beschäftigen werden. Die wird es auch zum Thema Verfassungsschutz geben. Das ist der Materie geschuldet und unausweichlich.

Deswegen sagen wir: Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf und auch mit der ergänzenden Regelung für die V-Leute, die dann in der Zweiten Beratung kommen wird, machen wir einen wichtigen Schritt nach vorn, aber er ist für uns nicht abschließend. Wir sind wirklich sehr gespannt, was der Untersuchungsausschuss im Weiteren noch zutage fördern wird. Wir werden uns intensiv damit beschäftigen.

Was die V-Leute betrifft, gibt es natürlich schon noch Diskussionsbedarf. Wir sagen ja nicht, V-Leute seien gänzlich entbehrlich. Das wäre ganz falsch. Ich nenne nur einmal das Stichwort „Islamistischer Terrorismus“. Da werden wir sehr schnell zu einer Verständigung kommen. Aber es gibt auch andere Bereiche, bei denen man einmal fachlich abgeschich-

tet und differenziert darüber reden kann, wie man mit V-Leuten umgeht.

Wir finden es wichtig, dass wir eine gesetzliche Grundlage für deren Einsatz finden. Das ist der Schritt nach vorn. Das ist auch, so denke ich, ein wichtiger Schritt für die Öffentlichkeit, weil das Ganze nach den Erfahrungen der letzten Jahre auch unter der Überschrift „Wiederherstellung von Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Sicherheitsbehörden“ läuft. Das ist eine gemeinsame Aufgabe.

Deswegen begrüßen wir, wie gesagt, diesen Schritt des gemeinsamen Gesetzentwurfs und werden das morgen auch konstruktiv im Ständigen Ausschuss und dann in der zweiten Lesung beraten.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die SPD-Fraktion erlaube ich Herrn Abg. Binder das Wort.

Abg. Sascha Binder SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben heute einen durchaus bedeutenden Tag für den Landtag von Baden-Württemberg, weil wir die Rechte des Landtags von Baden-Württemberg im Hinblick auf die Kontrolle des Landesamts für Verfassungsschutz stärken. Ich möchte mich recht herzlich bei den Kollegen bedanken, die gemeinsam an einem Strang gezogen haben und die Regelungen für – die Kollegen haben es erwähnt – die Zusammenführung der Befugnisse des G-10-Gremiums und der Kontrollrechte des Ständigen Ausschusses in einem Parlamentarischen Kontrollgremium mit erweiterten Kontrollrechten erarbeitet haben.

Herzlichen Dank für die sehr gute Arbeit. Wir wissen, auch die innere Sicherheit ist oft ein hart umkämpftes politisches Thema, und gerade auch beim Thema Verfassungsschutz gibt es durchaus unterschiedliche Auffassungen in den Reihen der Fraktionen hier im Landtag von Baden-Württemberg. Deshalb ist es gerade bei diesem Thema bemerkenswert, dass wir es geschafft haben, uns auf eine Einigung zu verständigen. Dafür noch einmal einen herzlichen Dank an Sie, an die Mitarbeiter und auch an den Innenminister und Herrn Armbruster für die fachliche Unterstützung und die Beratung. Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben sicherlich bei all dem, was wir z. B. im Zuge des NSU-Skandals in Thüringen erlebt haben, einen Verlust von Vertrauen in die Tätigkeit der Sicherheitsbehörden zu verzeichnen gehabt. Wir haben keinen Verfassungsschutzskandal in Baden-Württemberg.

(Vereinzelt Beifall – Abg. Karl Zimmermann CDU:
So ist es!)

In den letzten Tagen wurde ich mehrmals danach gefragt. Das ist richtig. Das heißt aber nicht, dass wir unsere Kontrolle nicht verbessern müssen, um damit auch den Spagat zwischen dem Arbeiten im Verborgenen – das muss der Verfassungsschutz, um die innere Sicherheit zu gewährleisten – und der größtmöglichen Transparenz, damit die Bürgerinnen und Bür-

(Sascha Binder)

ger sehen, warum und weshalb und unter welchen Voraussetzungen das gemacht wird, besser zu bewerkstelligen. Das wollen wir im Parlamentarischen Kontrollgremium gewährleisten.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Der Brandstifter sollte nicht gerade bei der Feuerwehr sein!)

Wir wollen z. B. auch dem Thema Datenschutz in dieser Hinsicht Rechnung tragen. Wir haben jetzt die Möglichkeit, den Landesdatenschutzbeauftragten in einer Sitzung beizuziehen, um gerade sehr schwierige datenschutzrechtliche Fragen zu klären. Denn Freiheit auf der einen Seite und Sicherheit auf der anderen Seite, das ist immer eine Frage der Abwägung der Rechtsgüter im Interesse der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land. Um dies wirklich sorgfältig abwägen zu können, haben wir diese Regelungen getroffen.

Im Übrigen haben wir uns bewusst dafür entschieden, Regelungen für V-Leute gesetzlich zu fixieren, und zwar auch parallel zur Arbeit des NSU-Untersuchungsausschusses und bevor dessen Tätigkeit abgeschlossen ist, weil wir da Regelungsbedarf sehen und das jetzt gemeinsam mit dem Gesetz zur Stärkung der parlamentarischen Kontrolle des Verfassungsschutzes regeln wollen.

Auch dort wird jetzt transparent, unter welchen Voraussetzungen V-Leute eingesetzt werden können. Da ist z. B. eine spannende Frage: Kann man diesem Gesetz denn auch entnehmen, wer überhaupt als V-Mann oder V-Frau in einer bestimmten Organisation tätig sein kann, oder nicht? Aber es gibt noch genügend Möglichkeiten, weiterhin V-Frauen und V-Männer zum Erreichen des Ziels, gewaltbereite und nicht gewaltbereite Organisationen zu überwachen, einzusetzen. Dazu gehört dann auch, zu beobachten, ob es in einer Organisation, die bisher nicht gewaltbereit war, Tendenzen zu Gewaltbereitschaft gibt, und diese dann zu verhindern, um nicht erst dann in die Arbeit eintreten zu müssen, wenn etwas passiert ist.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Das wollen ja die Grünen!)

– Ja, Kollege Zimmermann, aber da ich Redner der SPD-Landtagsfraktion bin, werde ich dazu jetzt nicht in einen Diskurs mit Ihnen gehen. Ich habe meine Position dargelegt, und diese Position werden Sie dann morgen im Ständigen Ausschuss an dem Änderungsantrag, den wir dort einbringen werden – ich hoffe, Sie haben das gelesen –, noch einmal sehen.

Ich glaube, das ist ein guter Tag für die innere Sicherheit in Baden-Württemberg, für die Stärkung des Parlaments und für einen Vertrauenszugewinn für die Sicherheitsbehörden, um ihre Arbeit, wie sie sie bisher gemacht haben, weiter so gut fortsetzen zu können.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Abg. Professor Dr. Goll das Wort.

Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Zustimmung zu diesem Gesetzentwurf fällt der liberalen Fraktion natürlich denkbar leicht.

Denn ich könnte jetzt die Papiere mitbringen, die mein Kollege – damals im Bundestag – Hartfrid Wolff und ich zusammen ein-, zweimal zu diesen Themen „Parlamentarische Kontrolle des Verfassungsschutzes“ und „Qualität von V-Leuten“ vorgelegt haben. Dann würden Sie sehen, dass darin eigentlich genau dasselbe steht wie jetzt hier in dem Gesetzentwurf. Ich gehe nicht so weit, zu behaupten, das sei von uns abgeschrieben worden. Es ist einfach vernünftig, und das sind die Erkenntnisse, zu denen auch wir schon gekommen waren. Deswegen also ganz klar Zustimmung.

Man darf den Dingen, die gesagt wurden und die alle völlig richtig sind, die ich nicht wiederholen will, vielleicht nur ein, zwei Hinweise hinzufügen. Wir haben eigentlich in Baden-Württemberg von der Sache her nicht den größten Handlungsbedarf gehabt. Denn manchmal scheint in der Formulierung „Wir sind die Letzten, die ein solches Gesetz machen“ durch – das könnte man daraus schließen –, wir hätten das größte Problem gehabt.

Gott sei Dank hat dieser Blick in die ganze Republik, der aufgrund der Arbeit des NSU-Bundestagsuntersuchungsausschusses gemacht wurde und etliche Mängel in der Zusammenarbeit der Dienste ergeben hat, klar zutage gefördert – ich drücke es einmal so aus –, man wäre schon froh gewesen, wenn es überall so wäre wie in Baden-Württemberg. Insofern gießt bei uns dieses Gesetz eine ordentliche Praxis in eine transparente Form. Aber das ist eben auch wichtig, weil das natürlich zur Vertrauensbildung beiträgt und weil in der Tat aufgrund der Ereignisse in den letzten Jahren manche irritiert waren und gefragt haben: Was machen die eigentlich? Wie machen die das? Wie funktioniert das?

Jetzt haben wir Transparenz. Jetzt haben wir Kontrolle, die nicht dem Misstrauen dient, sondern eben der Transparenz, übrigens auch der Aufwertung des Geschehens. Das Parlamentarische Kontrollgremium wertet diesen Bereich ja auch auf. Das ganze Reglement macht jetzt deutlich, dass es sich bei dem, womit es die Verfassungsschutzbehörden in ihrer nicht immer ganz leichten Tätigkeit zu tun haben, um ein wichtiges Handlungsfeld gerade auch der Prävention handelt, wovon wir bisher eigentlich nicht so groß Notiz genommen haben.

Es wird der Einsatz der V-Leute geregelt; es ist nicht selbstverständlich, dass das gelungen ist. Die Regelung ist jetzt ähnlich der im Bund, was wiederum vernünftig ist. Wie gesagt: Einigkeit in vielen Bereichen.

Lieber Herr Binder, ich bin übrigens auch der Meinung, dass das ein bedeutender Tag ist. Darin möchte ich mich Ihnen anschließen.

Auffällig ist, dass die Grünen ihre Bedenken in dem einen Punkt zurückgestellt haben. Aber wir dürfen schon noch einmal deutlich machen, dass es nur ihre Bedenken waren, wenn es darum geht, im sogenannten legalistischen Bereich V-Leute möglichst nicht einzusetzen. Was heißt das? Es gibt natürlich Organisationen, die sich zumindest gesetzeskonform gebärden. Aber aus diesen Organisationen entstehen schnell Strukturen, die gewaltbereit oder sogar gewalttätig sind. Wo sonst sollen sie entstehen als in diesem Vorfeld?

(Zuruf des Abg. Alexander Salomon GRÜNE)

(Dr. Ulrich Goll)

Deswegen wäre es sicher ein Fehler, aus diesem Bereich die V-Leute herauszunehmen.

(Vereinzelt Beifall)

Sollten Sie dazu einen Vorstoß machen, können wir natürlich unsere Unterstützung nicht signalisieren.

Im Übrigen ist es ein gutes Gesetz. Wir werden zustimmen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP, der Grünen und der SPD)

Stelly. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Landesregierung erteile ich das Wort Herrn Minister Gall.

Innenminister Reinhold Gall: Werte Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich will zu dem Tenor der Aussagen, die von Herrn Binder und von Herrn Dr. Goll gemacht worden sind, es sei heute ein wichtiger Tag, was das Thema innere Sicherheit anbelangt, schlicht und ergreifend sagen: Es ist ein wichtiger Tag, und zwar deshalb, weil Sie, meine Damen und Herren, in den zurückliegenden Monaten wirklich gute Arbeit geleistet haben und, wie ich finde, ein prima Gesetz erarbeitet haben.

Wie es so ist: Manchmal ist der Weg ein bisschen steinig und bedarf der einen oder anderen Diskussion. Aber jetzt haben wir etwas, worauf wir in Baden-Württemberg zu Recht auch stolz sein dürfen. Denn, meine Damen und Herren, mit dem Gesetzentwurf, der heute in der ersten Lesung behandelt wird, der die parlamentarische Kontrolle des Verfassungsschutzes betrifft, schließen wir nicht nur in vielen Bereichen an den Bund oder die anderen Bundesländer auf, sondern wir gehen sogar, wenn Sie sich einmal die Aufschlüsselung anschauen, in vielen Bereichen zum Teil über das hinaus, was andere Bundesländer haben. Das kann man übrigens nachlesen in der Beantwortung der Großen Anfrage der SPD-Fraktion. Dort haben wir das entsprechend ausgeführt. Damit hinken wir nicht weiter hinterher, sondern wir zeigen, dass die effektive Kontrolle des Verfassungsschutzes ein gemeinsames Anliegen der Parlamentarier, der Legislative, aber auch – das will ich ausdrücklich unterstreichen – der Landesregierung von Baden-Württemberg ist.

Das Kontrollgremium, das geschaffen werden soll und geschaffen werden wird, wird noch besser in der Lage sein als beispielsweise die bestehenden Gremien Ständiger Ausschuss und G-10-Gremium, die entsprechenden Kontrollen und die Überwachung durchzuführen, weil wir die Befugnisse des Ständigen Ausschusses und des G-10-Gremiums in diesem neuen Kontrollgremium bündeln. Das heißt, alles, was bislang an Kompetenzen vorhanden ist, wird gebündelt und, wie ich meine, deutlich ausgeweitet. Wie gesagt, die Antwort zu der Großen Anfrage der SPD-Fraktion macht dies deutlich.

Die erweiterten Kontrollen wurden auch angeschnitten. Diese brauche ich nicht zu wiederholen. In § 15 d sind sie im Einzelnen aufgeführt. Wenn man in einer Auflistung die Kontrollrechte in anderen Bundesländern gegenüberstellt, können Sie daraus ersehen, dass in diesem Gesetz all das beinhaltet ist, was teilweise in den Gesetzen anderer Länder aufgeführt ist.

Ich bin auch dankbar dafür, meine Damen und Herren – das scheint mir auch wichtig bei einer solchen Diskussion –, dass

die Redner deutlich gemacht haben, dass mit der Erarbeitung dieses neuen Gesetzes keine Kritik an der Arbeit unseres Verfassungsschutzes in Baden-Württemberg verbunden ist und auch keine Kritik an den bisherigen Kontrollgremien und an denen, die dort im Ständigen Ausschuss und im G-10-Gremium ihre Arbeit geleistet haben. Es war auch wirklich geübte gute Praxis in Baden-Württemberg, dass nicht nur ich, sondern dass auch die Innenminister der Vorgängerregierungen immer wieder die Gremien informiert haben über entsprechende Vorkommnisse, Veränderungen, über die Tätigkeit des Verfassungsschutzes im Allgemeinen und auch, wenn es besondere Anlässe gegeben hat.

Natürlich darf dieser Befund, den ich durchaus als positiv bezeichnen möchte, nicht zu dem Schluss führen, das habe auf Dauer Gültigkeit und da müsse nichts reformiert oder angepasst werden. Sie haben diese Anpassungen jetzt entsprechend vorgenommen.

Es ist schon wichtig, dass wir noch einmal darauf hinweisen, dass logischerweise auch Ergebnisse und Forderungen des NSU-Untersuchungsausschusses auf Bundesebene, aber auch Ergebnisse der von den Innenministern eingesetzten Bund-Länder-Kommission berücksichtigt sind.

Deshalb begrüße ich ausdrücklich das, was gemeinsam erarbeitet worden ist, weil es eine effektivere Kontrolle des Verfassungsschutzes ermöglicht. Das ist auch wirklich erforderlich, weil dadurch eine gesteigerte Akzeptanz in der Bevölkerung erreicht werden kann. Wir sind jetzt transparent im Handeln. Wir machen deutlich: Es findet eine Kontrolle statt, und das Parlament hat auch die Instrumentarien, die hierzu erforderlich sind.

Meine Damen und Herren, es ist natürlich immer wichtig, zu erwähnen – das ist überhaupt keine Frage; das hat auch der Kollege Sckerl gesagt –, dass es in der Natur des Verfassungsschutzes liegt, Dinge geheim zu machen, aber in die richtige Balance zu bringen mit dem, was kontrolliert werden muss, dass eingeschränkte Informationsmöglichkeiten auch in der Zukunft gegeben sein müssen, aber weitestgehend auch Transparenz hergestellt werden kann.

Was ich zum Schluss noch sagen möchte – das unterstreiche ich ausdrücklich –: Der Gesetzentwurf hält auch im Lichte der Gewaltenteilung an einer Verantwortungsteilung fest. Das halte ich für außerordentlich wichtig. Denn eine Verwischung der Verantwortung führt nicht automatisch zu einer besseren Kontrolle. Der Gesetzentwurf gewährleistet gerade dieses.

Deshalb sage ich allen Beteiligten noch einmal herzlichen Dank, und ich weise auch schon darauf hin, dass wir, wenn wir morgen diesen Änderungsantrag diskutieren, dann etwas in ein Gesetz gießen, was wir weitestgehend – jedenfalls in der geübten Praxis, durch entsprechende Anweisungen, beispielsweise des Innenministers – im Verfassungsschutz schon tun. Den Änderungsantrag – das will ich heute schon einmal andeuten – unterstütze ich vorbehaltlos.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen, der SPD und der FDP/DVP – Zuruf: Sehr gut!)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Meine Damen und Herren, es liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache beendet.

Ich schlage vor, den Gesetzentwurf Drucksache 15/6746 zur weiteren Beratung an den Ständigen Ausschuss zu überweisen. – Es erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Die Große Anfrage ist ebenfalls besprochen.

Punkt 6 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt.

Die nächste Sitzung findet am Mittwoch, 6. Mai 2015, um 10:00 Uhr statt.

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

Schluss: 13:08 Uhr